



**UNTERBEZIRKS-**

**PARTEITAG**

**27. APRIL 2019  
NEUSTADT AM RÜBENBERGE  
ANTRAGSBUCH**

# Inhalt

## A: Mobilität und Infrastruktur

A1 Leitantrag „Mobilität der Zukunft“ .....	8
A2 Fond für umwelt- und sozialverträgliche Verkehrswende einrichten.....	32
A3 Einführung eines umlagefinanzierten ÖPNV.....	34
A4 Radschnellweg von Altwarmbüchen bis zur Musikhochschule .....	35
A5 Einführung der Wasserstoffkreislaufwirtschaft .....	38
A6 Stärkung der Attraktivität des ÖPNV in der Region Hannover.....	40
A7 VW Dieselmanipulationen: Angemessene Entschädigungen, transparente Aufklärung und klar nachvollziehbare Konsequenzen .....	41
A8 Freier ÖPNV für alle SchülerInnen und Schüler gleichermaßen! .....	43
A9 Chancen für die MHH und deren Nutzer und Nutzerinnen nicht verspielen! .....	44
A10 Mehr Kompetenz für „Politik vor Ort“ bezüglich der übertragenen Wirkungskreise .....	45
A11 Sanierung des Radwegs Mittellandkanal .....	46
A12 24h-Ticket.....	48
A13 Zukunftsorientierter ÖPNV in Hannover .....	49
A14 Nachsternverkehr an 365 Tagen im Jahr .....	50
A15 Freie Fahrt statt Fahrverbote- ÖPNV nach Wiener Vorbild in Hannover.....	51
A16 Zeitgemäße Ausstattung von Bushaltestellen.....	52
A17 Kostenfreie ÖPNV-Nutzung für alle Freiwillig Dienstleistende Bundesweit.....	53
A18 Mobil mit Bus, Bahn, und Rad – Bikesharing in den ÖPNV integrieren!.....	54
A19 Abschaffung der Straßenbaubeitragsatzung .....	56
A20 Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/stärken.....	57
A21 Mehr Strecke fürs Ticket .....	58
A22 Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Pflicht .....	59
A23 Zweisprachige Lautsprecheransagen in Hannover .....	60

## B: Kampf gegen Kinderarmut

B1 Leitantrag Gemeinsam Chancen schaffen gegen Kinderarmut.....	61
B2 Kindergrundsicherung jetzt! .....	64
B3 Erarbeitung eines ressortübergreifenden bundesweiten Konzepts mit Kampagne der SPD zur „Bekämpfung der Kinderarmut“ .....	65

B4 Grundschule: Gleichstellen und Unterstützen .....	66
B5 Berufliche Bildung weiterentwickeln: Elterninformation verbessern, Fachkräfteausbildung durch Doppelqualifikation aufwerten, durch Förderunterricht stützen und Schulkooperation erleichtern! .....	67
B6 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.....	69
B7 Quantitativer und qualitativer Ausbau von Krippen- und Kita-Plätzen.....	70
B8 Stärkung und Ausweitung von Familienzentren .....	71
B9 Reform der Erzieher*innenausbildung .....	72
B10 Vernetzung von sozialen Einrichtungen, Kindertagesstätten und Grundschulen.....	73
B11 Sprachförderprogramme in den Kitas ausweiten .....	74
B12 Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels .....	75
B13 Gesundes und kostenloses Essen in Kitas und Schulen .....	76
B14 Stärkung von regionalen Schulverbänden .....	77
B15 Weiterer qualitativer und quantitativer Ausbau von Ganztagsgrundschulen .....	78
B16 Ausweitung der Programme „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ und „Schule PLUS“ .....	79
B17 Flächendeckende Einführung von multiprofessionellen Teams.....	80
B18 Wiedereinführung des GHR-Lehramtsstudiums in der Hochschul- und Wissenschaftsstadt Hannover.....	81
B19 Herkunftssprachlicher Unterricht.....	82
B20 Professionalisierung von Schulsozialarbeit.....	85
B21 „Werte und Normen“ als Unterrichtsfach für alle Grundschulen in Niedersachsen.....	86
B22 Lernmittelfreiheit.....	87
B23 Sozialindex für die Kommunen .....	88
B24 110%ige Unterrichtsversorgung .....	89
B25 Hauptfächer und Kernkompetenzen stärken .....	90
B26 Soziales Lernen, Differenzierung und Individualisierung im Unterricht .....	91
B27 Ausbildungslots*innen für alle Schulen .....	92
B28 Aufstockung der Jugendhilfe in den Kommunen .....	93
B29 Jugendarbeitslosigkeit auf 0!.....	94
B30 Stärkung und Professionalisierung von Jugendberufsagenturen .....	95
B31 Berufsberatung als fester Baustein fürs Kerncurriculum .....	96
B32 Schulspezifisches Berufsorientierungskonzept an allen weiterführenden Schulen .....	97
B33 Aufbau von Berufsnetzwerken.....	98
B34 Mehr finanzielle Beteiligung des Landes für die Prävention von Jugendarbeitslosigkeit.....	99
B35 Mehr Stellen für BBS-Lehrende und Landesprogramm zur Stärkung von BBSen.....	100

B36 Medien- und Digitalpädagogik an Schulen.....	101
B37 Mindestausbildungsvergütung einführen – und zwar jetzt! .....	102
B38 Gesetzliche Garantie für die Ausbildung .....	103
B39 Quantitative und qualitative Aufwertung der Berufsberatung der Agentur für Arbeit .....	104
B40 Inanspruchnahme von Mitteln des Bildungs- Teilhabepaket in den Kommunen steigern.....	105
B41 Unterstützung der Kommunen zur Stärkung sozialer und kultureller Teilhabe .....	106
B42 Kinderarmut in einkommensschwächeren Familien verhindern – SGB II und SGB XII reformieren.....	107
B43 Kindergrundsicherung als wesentlicher Baustein zur Bekämpfung von Kinderarmut.....	108
B44 Weitere Stärkung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT).....	109
B45 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) fair gestalten .....	110
B46 Integration durch Bildung.....	111
B47 Entwicklung und Umsetzung eines Sozialindex für Grundschulen.....	113
B48 Ausbau und Mittelaufstockung für Schulverweigerungsprojekte.....	114

#### C: Parteiarbeit und Kommunikation

C1 Informationen für Mitglieder durch eine App .....	115
C2 Ehrenamtliche Quote für Delegierte bei Parteitag .....	116
C3 Informationen verlässlich und verständlich gestalten .....	118
C4 Interessen bedienen, Expertise gewinnen, MAVIS ergänzen.....	119
C5 Die Trennung von Amt und Mandat vorantreiben: keine Vorstandsämter für Spitzen der Regierungen und Verwaltungen.....	120
C6 Sitzungszeiten flexibler gestalten .....	121
C7 Entwicklung einer Kommunikationsstrategie .....	122
C8 SPD erneuern – Einführung einer Ehrenamtlichen-Quote im Bundesvorstand .....	123
C9 SPD erneuern – mehr Teilhabe- und Entscheidungsrechte der Basis bei der zukünftigen Bestimmung des Parteivorsitzes und der Kanzlerkandidatur .....	124
C10 Keine erneute Koalition mit der Union – für einen klaren Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit.....	125
C11 Struktur von Parteitagen .....	126
C12 Parteitage und ähnliche Formate wieder sinnvoll nutzen .....	127
C13 Einrichtung eines Arbeitskreises „Säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ .....	128
C14 Implementierung von Gleichstellungskonzepten auf allen Parteebenen .....	129
C15 Anträge verständlicher gestalten .....	131
C16 Antrag: „Partei erneuern, aber wie?“ .....	132

## D: Arbeit und Soziales

D1 Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld wieder auf 27 Jahre setzen .....	135
D2 Kinderfreibeträge abschaffen.....	136
D3 Antrag zur Änderung der bisherigen gesetzlichen Regelung betrieblicher Altersvorsorge (bAV) durch Entgeltumwandlung .....	137
D4 Wiederanhebung des gesetzlichen Rentenniveaus auf 70%.....	138
D5 Wiedereinführung elementarer Sozialleistungen/ Arbeits-losenentschädigung neu.....	139
D6 Wiedereinführung elementarer Sozialleistungen/BAföG als Voll-zuschuss.....	140
D7 Wiedereinführung elementarer Sozialleistungen/ Berufsunfähig-keitsrente .....	141
D8 Erweiterung des KiTaG (niedersächsisches Kindertagesstätten Gesetz) .....	142
D9 Familienzentren institutionell stärken.....	143
D10 Mit dir chill´n, das ist, was ich will! Für ein zeitgemäßes Bundesurlaubsgesetz .....	144
D11 BAföG reformieren .....	145
D12 Spielen kennt keine Behinderungen – ein barrierefreier Spielplatz für Hannover.....	147
D13 Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte .....	149

## E: Umwelt und Freihandel

E1 Ablehnung von TTIP, Ceta und TISA.....	152
E2 Natur gestalten: Eine progressive Positionierung zur Grünen Gentechnik.....	154
E3 Das Klima wird heute gestaltet. Gerechte Umweltpolitik, jetzt! .....	158
E4 Nachhaltiger in die Ferne.....	162
E5 Wiedereinbeziehung der Fluggesellschaften in den EU weiten Emissionshandel bei transatlantischen Flügen .....	163

## F: Wohnen

F1 Neufassung zur Grundsteuer.....	164
------------------------------------	-----

## G: Frieden und Internationales

G1 Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben.....	165
G2 Bekämpfung von israelbezogenen Antisemitismus – „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“ .....	167

## H: Kommunales und Finanzen

H1 Gebt den Kommunen Luft zum Leben! Für eine auskömmliche Finanzierungsausstattung der Städte und Gemeinden.....	169
H2 Stärkung der kommunalen Finanzen .....	171
H3 Wiederbelebung der Vermögenssteuer.....	172
H4 Umsetzung von Beschlüssen .....	174
H5 Ausweitung des Aktiv Pass.....	175
H6 Kostenloser Eintritt in Museen in der Region Hannover .....	176

## I: Ehrenamt

I1 NKomVG novellieren, kommunalpolitisches Ehrenamt stärken.....	177
I2 Ehrenamt – Freistellung von kommunalpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern .....	179
I3 Ehrenamt – Ehrenamtgesetz.....	180

## J: Gesundheit

J1 Für eine umfassende (Gesundheits-) Politik der sexuellen Selbstbestimmung.....	181
J2 Verpflichtende Kostenübernahme durch gesetzliche und private Krankenkassen .....	183
J3 Verpflegungsdesaster in Krankenhäusern .....	184
S1 Satzungsänderungsantrag.....	185

## Mitglieder der Antragskommission

Name	Vorname
Albers	Marco
Andres	Katharina
Boidol	Nina-Jamile
Gamoori	Afra
Keil-Süllow	Hans-Dieter
Dr. Meyer	Kirsten
Meyer-Grosu	Frauke
Neessen	Philipp
Nurkovic	Ermana
Peisker	Niklas
Rödel	Bernd
Dr. Schmitz	Robert
Schröder	Katja
Straßburger	Frank
Thieves	Ronda
Tillmann	Hans-Georg
Wendt	Rolf

# A1 Leitantrag „Mobilität der Zukunft“

Antragsteller\*innen: Projektgruppe „Mobilität“

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion Hannover, SPD-Regionsfraktion, Kommunale SPD-Räte und SPD-Stadtbezirksratsfraktionen

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

## 1. Einleitung

1 Das Thema „Mobilität“ beschäftigt uns fast tagtäglich in allen  
2 Lebensbereichen. Sobald wir das Haus verlassen, stellt sich uns die  
3 Frage, wie wir kostengünstig, bequem und schnell an unser  
4 angepeiltes Ziel kommen. Wenn es nicht durch Fußmarsch zu  
5 erreichen ist, dann wählen wir das Auto, den Öffentlichen  
6 Nahverkehr (ÖPNV), das Fahrrad oder eine Kombination aus diesen  
7 Verkehrsmitteln.

**Was ist  
Mobilität?**

8 *Was bedeutet Mobilität für uns?*

9 Im Grunde heißt Mobilität erst einmal, von einem Ort zum anderen zu gelangen. Mobilität ist  
10 aber vor allem eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Gewährleistung  
11 dieser Teilhabe muss gestaltet werden.

12 Wie man von A nach B kommt, entscheiden die Nutzerinnen und Nutzer in Abhängigkeit vom  
13 Angebot. Wenn kein Bus fährt, stellt sich nicht die Frage, ob man mit dem Bus fahren möchte.

14 Verstopfte und mit Schadstoffen belastete Innenstädte, zu viel Ausstoß klimaschädlicher Gase  
15 egal wo man sich aufhält und ein oft wenig attraktives Angebot im ländlichen Raum. Das sind  
16 die Herausforderungen, denen wir bei der Gestaltung von Mobilität gegenüberstehen.

17 Das Thema Mobilität rückt meist nur in das Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn es um  
18 Preiserhöhungen (Ticket, Benzin), häufige Verspätungen durch Bauarbeiten (egal ob Auto, ÖPNV  
19 oder Rad), Wegfall von Haltestellen oder Unfälle geht.

20 Wie die genaue technische Entwicklung in den nächsten 30 Jahren weitergehen wird, kann  
21 niemand vorhersagen. Aber wir können eine Idee davon entwickeln, wie sich die Menschen  
22 fortbewegen werden. Und es ist unsere Aufgabe als SPD, die Mobilität der Zukunft in der Region  
23 Hannover zu gestalten.

24 Die Aufgabe sozialdemokratischer Politik sehen wir darin, Rahmenbedingen zu schaffen und zu  
25 erhalten, die es den Menschen ermöglichen, alle Ziele möglichst stressfrei zu erreichen und sich  
26 im besten Fall während des Weges sogar entspannen zu können (beispielsweise auf dem Weg  
27 von oder zur Arbeit). Zügig, günstig, komfortabel, barrierefrei, sozial und umweltverträglich.

28 Wir müssen Mobilität neu denken. Gerade vor dem Hintergrund des weiter voranschreitenden,  
29 menschengemachten Klimawandels können wir nicht weitermachen wie bisher.

30 Zur Erreichung der Klimaziele hat die Bundesregierung im Klimaschutzplan eine Reduzierung der  
31 Treibhausgas-Emissionen um mindestens 80 % gegenüber dem Jahr 1990 verankert. Im

32 Verkehrssektor konnte – auch aufgrund der allgemeinen Zunahme – bisher keine Reduzierung  
33 erreicht werden. Es ist in unser aller Verantwortung, aktiv zu werden, um dieses Ziel in den  
34 nächsten 30 Jahren zu erreichen.

35 Daher wollen wir bessere und modernere Angebote schaffen und so die Menschen überzeugen,  
36 auf ökologischere Mobilitätsformen umzusteigen und mit diesem Angebot gleichzeitig für alle  
37 Menschen in der Region Hannover gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

38 Nur attraktive ÖPNV-Angebote und die Stärkung des nicht-motorisierten Verkehrs wie E-Bikes,  
39 Fahrrad- und Fußgängerverkehr durch entsprechend gut ausgebauter Infrastruktur können  
40 Autofahrerinnen und Autofahrer zum Umsteigen veranlassen und Verkehrsprobleme wie Staus  
41 und Verkehrsunfälle vermeiden.

42 Mobilität muss allen gleichermaßen zur Verfügung stehen, unabhängig von der Lebenssituation  
43 der Menschen. Ein gutes Mobilitätsangebot muss sich an sozialen Faktoren orientieren. Eine  
44 breite Verfügbarkeit in der Fläche, größtmögliche Flexibilität für den Einzelnen und  
45 Barrierefreiheit für eine inklusive Verkehrsteilnahme stehen für uns außer Frage.

46 Ein wesentlicher Faktor bei der Wahl der Verkehrsmittel ist der Komfort, der sich nicht nur durch  
47 Straßenbreiten, Fahrwege oder Schnelligkeit ausdrückt, sondern auch durch die Wahrnehmung  
48 und Attraktivität der unterschiedlichen Verkehrsarten. Hierzu gehört auch das Verhalten der  
49 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Vorsicht, Rücksicht und Nachsicht – das sind die  
50 wesentlichen Werte für ein positives Verhalten im Verkehr. Diese Werte wollen wir bei der  
51 Begegnung unterschiedlicher Verkehrsarten fördern.

52 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten suchen den Ausgleich und Kompromiss  
53 zwischen den verschiedenen Bedürfnissen. Wir wissen, dass wir auch im Verkehrsbereich eine  
54 Wende hin zu einem ökologischen und sozialen Verkehrssystem brauchen.

55 Unser Ziel ist es, eine Vision von der Mobilität in der Region Hannover für die nächsten 30 Jahre  
56 zu entwerfen und Wege aufzuzeigen, die das verwirklichen.

57 In 30 Jahren soll die Region Hannover über eines der modernsten, flexibelsten, zuverlässigsten  
58 und zugänglichsten ÖPNV-Systeme Europas verfügen. Der Busverkehr wird vollständig  
59 elektrisch abgewickelt. Bereits jetzt werden E-Busse im Stadtverkehr Hannovers eingesetzt. Das  
60 gilt es sowohl im städtischen als auch ländlichen Raum weiter auszubauen. Das ÖPNV-System  
61 wird vollständig barrierefrei sein. Die Grundpfeiler der Mobilität der Zukunft werden von  
62 ökologischer und sozialer Verträglichkeit gebildet. Das sind die Bedingungen für eine Mobilität  
63 vieler Menschen in Qualität und Würde!

64 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover widmet sich dem Thema immer mit Blick auf all diese  
65 Dimensionen. Entschlossen und geschlossen, emotional und rational, offen und mutig wollen  
66 wir Perspektiven aufzeigen, die breite Zustimmung erfahren. Dabei setzen wir auf eine intensive  
67 Beteiligung unserer Basis sowie von Expertinnen und Experten.

## 2. Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit

### 2.1 Gesundheit

68 Gesundheit ist ein hohes Gut, das insbesondere in Ballungszentren aufgrund des erhöhten  
69 Verkaufsaufkommens geschützt werden muss. Die richtigen und wichtigen Maßnahmen, die

70 wir durchführen, um dem wachsenden Anspruch an Mobilität und Infrastruktur  
71 nachzukommen, dürfen nicht dazu führen, dass Menschen in Städten durch ihre Umgebung  
72 belastet werden oder wir uns unsere natürlichen Lebensgrundlagen selbst entziehen.

73 Sowohl die Luftverschmutzung als auch die Lärmemissionen durch Straßen- und  
74 Schienenverkehr sind für die Menschen in (Innen-)Städten eine erhebliche Belastung. Wir lehnen  
75 Dieselfahrverbote für bestimmte Straßen ab, da diese zu Umleitungsfahrwegen und  
76 zusätzlichen Emissionen an anderer Stelle führen und somit nicht zu einer Reduzierung von  
77 Emissionen beitragen. Gleichwohl müssen wir die Gefahren durchaus ernst nehmen und  
78 entsprechende Vorkehrungen treffen. Die Digitalisierung bietet die Chance durch  
79 Verkehrsleitmaßnahmen – wie klassische Parkleitsysteme, aber auch die Erfassung einzelner  
80 Stellplätze – den Parkraumsuchverkehr drastisch zu reduzieren. Entsprechend intelligente  
81 Ampelschaltungen bieten ein zusätzliches Potenzial zur Verkehrsfluss-Verbesserung. Diese  
82 Möglichkeiten wollen wir nutzen.

83 Ein dichter Stadtverkehr ist hierbei aber nicht nur der größte Verursacher dieser Emissionen, hier  
84 schlummert zugleich ein riesiges Potential zur künftigen Vermeidung eben dieser Emissionen.  
85 Indem wir Innovationen und Entwicklungen in diese Richtung fördern und vorantreiben, können  
86 wir die Region Hannover nicht nur zu einem gesünderen und lebenswerteren Ort für Mensch  
87 und Tier machen, sondern wirklich moderne Konzepte und Vorstellungen von Mobilität  
88 entwerfen und in unserer Region verwirklichen.

89 Deshalb geht der Anspruch an einen gesundheitsverträglichen und emissionsarmen  
90 Mobilitätsbegriff Hand in Hand mit unserem Streben nach Modernisierung und Fortschritt. Nur  
91 ein gesunder Fortschritt ist ein sozialdemokratischer Fortschritt!

92 *Wir fordern zur Erreichung einer gesunden Luftqualität und Eindämmung von Lärmemissionen,*

- 93 • dass moderne Vorkehrungen wie z. B. Verkehrsleitmaßnahmen, intelligente  
94 Ampelschaltungen und weitere, digitalunterstützte Innovationen eingeführt werden.

## 2.2 Soziale Gerechtigkeit

95 Die Lebensqualität eines Dorfes, eines Stadtteils, einer Kommune oder sogar eines ganzen  
96 Bundeslandes steigt oder fällt mit einem guten Mobilitäts-Angebot. Mobilität ist einer der  
97 wichtigsten Standortfaktoren bei der Entscheidung „hier“ als Single, Paar oder Familie zu  
98 wohnen oder sich „dort“ als Betrieb oder Unternehmen anzusiedeln. Eine intakte Mobilität ist  
99 existenziell für viele Bürgerinnen und Bürger.

100 Dabei hängen Akzeptanz von Angeboten und das Nutzungsverhalten stark von den angesetzten  
101 Preisen ab. Mobilität muss sozial gerecht gestaltet werden. Das bedeutet für uns, dass jeder  
102 Mensch – unabhängig seiner finanziellen Möglichkeiten – die Chance hat, jederzeit den ÖPNV  
103 zu nutzen, um von A nach B zu gelangen. Daran müssen wir arbeiten, indem wir eine soziale  
104 Preispolitik umsetzen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir der festen  
105 Überzeugung, dass günstigere Fahrpreise Menschen früher an den ÖPNV heranziehen, die  
106 Attraktivität der Nutzung erhöhen und letztlich auch die Auslastung steigern.

107 Deshalb müssen wir für stabile Preise sorgen, es darf zu keinen Anstiegen oberhalb der  
108 Kaufkraftentwicklung kommen. Mittelfristig werden wir erste Versuche mit Preissenkungen  
109 durchführen.

## Jugend-Netzkarte für Azubis und günstige Netzkarte für Seniorinnen und Senioren

110 Die Jugendnetzkarte, mit der Jugendliche für 15 Euro im Monat den gesamten öffentlichen  
111 Nahverkehr in der Region Hannover nutzen können, ist ein großer Erfolg. Mittelfristig werden  
112 wir dieses Angebot für Auszubildende einführen, um das Angebot erkennbar sozialer zu  
113 gestalten. Daneben setzen wir uns für eine preiswerte Netzkarte für Seniorinnen und Senioren  
114 ein, um für aus dem Beruf ausscheidende Menschen einen Anreiz zur (Weiter-)Nutzung des  
115 ÖPNV zu schaffen.

116 Wir zielen auf ein neues und vereinfachtes Preis-, Ticket- und Zonensystem ab.

117 Unser Ziel ist es ein günstiges Jahresticket nach dem Vorbild eines 365-Euro-Tickets als Jahres-  
118 Karte einzuführen. Diese Einführung darf aber keinesfalls auf Kosten des Liniennetzes oder der  
119 Lohnbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsunternehmen gehen. Es  
120 soll geprüft werden inwiefern die Einführung dieses Tickets in einem Modellprojekt  
121 beispielsweise für eine bestimmte Zielgruppe getestet werden kann. Ein 365-Euro-Ticket stellt  
122 ein einfaches und kostengünstiges Angebot im ÖPNV dar und trägt daher wesentlich zu einem  
123 sozialgerechten Angebot bei.

124 Durch die Umsetzung eines Modellprojektes lassen sich die Wirkungen, insbesondere  
125 hinsichtlich der Erhöhung der Fahrgastzahlen abschätzen, um die Einführung in Abhängigkeit  
126 von den Tarifzonen abwägen zu können.

127 Voraussetzung für eine flächendeckende Einführung ist, dass die Infrastruktur mitwächst.

128 *Für einen sozial gerechten ÖPNV fordern wir,*

- 129 • ein ÖPNV-Angebot, das sozial verträglich ist und allen Bürgerinnen und Bürgern die  
130 Nutzung jederzeit ermöglicht,
- 131 • die Ausweitung des Angebotes der Jugendnetzkarte für Auszubildende,
- 132 • die Senkung der Kosten für Senioren/innen-Karten sowie
- 133 • auf langfristige Sicht die Einführung eines 365-Euro-Tickets als Jahres-Card.

## 2.3 Verkehrssicherheit

134 Die Wahrung der Verkehrssicherheit stellt sowohl in Hannover als auch in den dicht besiedelten  
135 Gebieten im Umland und den ländlich geprägten Bereichen der Region Hannover bei  
136 zunehmenden Verkehrsaufkommen eine wegweisende Herausforderung dar. Hierbei braucht es  
137 neben den herkömmlichen Maßnahmen auch die Erprobung von neuen Ansätzen.

138 Das Verkehrssicherheitskonzept der Region Hannover und das „Mobilnetzwerk Hannover“ als  
139 Plattform verschiedener Akteure verfolgen das gemeinsame Ziel, die Anzahl der Getöteten und  
140 Schwerverletzten in der Region bis zum Jahr 2035 um 40 % zu verringern. Zu diesem Zweck  
141 wurden Maßnahmen wie Umgestaltung von Verkehrskreuzungen, die bauliche Veränderung  
142 von Ortsdurchfahrten, die Ausstattung öffentlicher Flotten mit Abbiegeassistenten und  
143 Aufklärungskampagnen definiert.

144 Gerade durch den sinnvollen Einsatz von neuen Lichtsystemen kann die Verkehrssicherheit  
145 erhöht und zugleich auf die konkreten Verkehrssituationen angemessen und individuell reagiert  
146 werden. So kann zu einer intelligenten Verkehrssteuerung beigetragen werden.

147 Die Lichtbedingungen müssen zur Wahrung der Verkehrssicherheit ausreichend sein. Besonders  
148 in schlecht ausgeleuchteten Bereichen kommt es immer wieder zu Unfällen. Wir unterstützen  
149 benötigte Straßen-, Fahrradweg- und Gehwegbeleuchtungen an sonst schwer einsehbaren  
150 Stellen (Brückenunterführungen etc.) in unseren Städten ausdrücklich. Hier gibt es erste  
151 technische Lösungen, die Straßenbeleuchtung so zu steuern, dass sie im Bedarfsfall leuchtet und  
152 ansonsten nicht aktiv ist. Dadurch kann die Lichtsituation an gefährlichen Stellen verbessert  
153 werden und gleichzeitig die Lichtverschmutzung insgesamt verringert werden.

154 Wir setzen uns dafür ein, Pilot-Projekte zu Beleuchtungen im Verkehrsraum umzusetzen und bei  
155 Erfolg zu etablieren. Beispielsweise Zebrastreifen, die dort auftauchen, wo sie benötigt werden.  
156 Der digitale Zebrastreifen, der gerade in London getestet wird oder auch die Bike-Flash-Anlage  
157 in Garbsen, die mit einem Lichtsignal an einer Ampel rechts-abbiegende Lkws vor querenden  
158 Fahrradfahrern warnt, sind echte Innovationen für die intelligente Verkehrsführung und die  
159 Verkehrssicherheit.

160 Besonderes Augenmerk wird auf diejenigen Stellen gelegt, an denen Fußgängerinnen und  
161 Fußgänger sowie und Radfahrerinnen und Radfahrer, die von Autos befahrenen Straßen queren  
162 oder die Straßen von unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern tendenziell  
163 gemeinsam genutzt werden, wie beispielsweise in „Tempo-30-Zonen“. Jeder Verkehrsunfall ist  
164 einer zu viel, daher wollen wir Straßen durch Einengungen, Fahrbahn-Aufpflasterungen und  
165 einen Wechsel der Fahrbahnbeläge so absichern, dass Unfälle mit Fußgängerinnen und  
166 Fußgängern bzw. Radfahrerinnen und Radfahrern für die Zukunft nahezu ausgeschlossen  
167 werden können. In diesen Bereichen soll zudem geprüft werden, ob Lichtsignalanlagen durch  
168 bauliche Maßnahmen ersetzt werden können, die die Ansprüche der nicht-motorisierten  
169 Nutzerinnen und Nutzer weiter in den Vordergrund rücken.

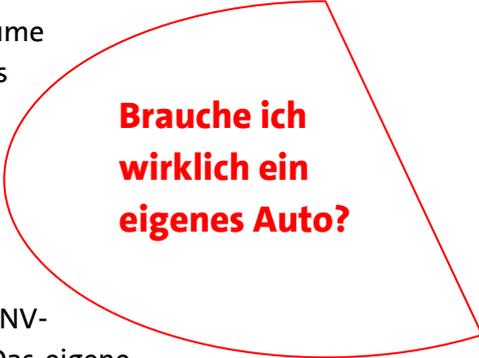
170 Im innerörtlichen Verkehr möchten wir die Möglichkeiten einer Temporeduzierung auf 30 km/h  
171 beispielsweise in Ortsdurchfahren deutlich ausweiten. Eine Temporeduzierung ist eine der  
172 wirksamsten Maßnahmen, um Unfälle zu verhüten und insbesondere Kindern und älteren  
173 Menschen ein größeres Sicherheitsgefühl zu geben. Hier müssen die Verkehrsbehörden durch  
174 Gesetzesänderungen deutlich mehr Handlungsspielraum erhalten. Unser Ziel ist es, die  
175 Entscheidungshoheit für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen auf innerörtlichen Straßen in  
176 kommunale Hand zu legen.

177 *Wir fordern,*

- 178 • den sinnvollen Einsatz von neuen Lichtsystemen, damit die Verkehrssicherheit erhöht  
179 wird und auf konkrete Verkehrssituationen angemessen und individuell reagiert werden  
180 kann,
- 181 • Straßen-, Fahrradweg- und Gehwegbeleuchtungen an sonst schwer einsehbaren Stellen  
182 (Brückenunterführungen etc.) und
- 183 • intelligente Verkehrsführung unter Einsatz von z. B. Bike-Flash-Anlagen und digitalen  
184 Zebrastreifen und
- 185 • die Entscheidungshoheit für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen auf innerörtlichen  
186 Straßen in kommunale Hand zu legen.

### 3. Vom Rad in die Bahn und Sharing-Angebote nutzen (Verknüpfung von Verkehrsmitteln – Intermodalität / Multimodalität)

187 Sowohl für die urbanen als auch für die ländlichen Räume  
188 innerhalb der Region Hannover ist es zukünftig immens  
189 wichtig, die unterschiedlichen Verkehrsmittel bestmöglich  
190 zu verknüpfen. Nur durch verknüpfte Angebote, die  
191 Mobilitätslücken in individuellen Wegen schließen, lässt  
192 sich der Verkehr der Zukunft ökologisch und ökonomisch  
193 gestalten. Der Weg von Zuhause zum Bahnhof wird solange  
194 mit dem eigenen Auto erledigt, wie es kein attraktives ÖPNV-  
195 Angebot oder keinen gut ausgebauten Fahrradweg gibt. Das eigene  
196 Auto wird solange benötigt, bis sich sämtliche Wege auch durch alternative Verkehrsformen  
197 gestalten lassen und beispielsweise das Car-Sharing-Angebot für den Wocheneinkauf oder den  
198 Verwandten-Besuch eine erkennbare Möglichkeit darstellt. Durch aktives Handeln der Akteure  
199 lassen sich Chancen entwickeln, die Verknüpfung der Verkehrsmittel zu verbessern, um den  
200 Wechsel zwischen unterschiedlichen Verkehrsmitteln zu erleichtern oder erst möglich zu  
201 machen.



**Brauche ich  
wirklich ein  
eigenes Auto?**

#### 3.1 Verknüpfung der Verkehrsarten

202 Die SPD in der Region Hannover setzt sich für die Schaffung und den Ausbau von  
203 Umsteigestationen zwischen den Verkehrsmitteln wie für den Bau zusätzlicher  
204 Fahrradabstellanlagen und Park & Ride-Anlagen ein. Dabei steht immer der Komfort – sprich der  
205 barrierefreie Ausbau und die Verknüpfung mit anderen ökologischen Verkehrsmitteln – im  
206 Fokus. Wie beispielsweise die Verknüpfung mit Fahrrädern und E-Bikes. Hierzu braucht es auch  
207 gute Radwege und eine sichere Aufbewahrungsmöglichkeit der Fahrräder.

208 Im städtischen Raum fehlt es an der sicheren Aufbewahrung von Fahrrädern insbesondere an  
209 den S-Bahnstationen. Hier sollten vollautomatische Parkhäuser für Fahrräder eingerichtet  
210 werden.

211 Intelligente Verknüpfungspunkte wie Mobilitätsstationen, an denen möglichst viele  
212 Mobilitätsformen verknüpft werden, machen das Mobilitätsangebot für viele Nutzer erst  
213 sichtbar und aufgrund der Angebotsbreite auch für individuelle Wegeketten nutzbar. Der  
214 Aufbau solcher Stationen soll in einer Pilotphase unter Einbeziehung aller existenten  
215 Verkehrsarten wie Car-Sharing und Ride-Sharing sowie Leihrädern und tangierender Angebote  
216 wie Ladeinfrastruktur erprobt werden.

217 An ausgewählten End- und Umsteigepunkten wollen wir die Aufenthaltsqualität deutlich  
218 verbessern. Dazu soll neben WLAN, witterungsgeschützten und kameraüberwachten  
219 Warteräumen auch personelle Präsenz gehören.

220 Um die erste und letzte Meile mit dem Rad attraktiver zu machen, setzen wir uns für eine  
221 kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bus und S-Bahn außerhalb der Stoßzeiten ein. Wir  
222 wollen Öffentlichkeitsarbeit leisten, die dazu beiträgt, die Fahrradmitnahme als Gewinn und  
223 nicht als Belästigung anzusehen.

224 *Um eine Verknüpfung der Verkehrsarten zu erreichen, fordern wir,*

- 225 • die Schaffung und den Ausbau von Umsteigestationen zwischen den Verkehrsmitteln  
226 sowie den Bau zusätzlicher sicherer Fahrradabstellanlagen, vollautomatischer  
227 Fahrradparkhäuser und Park & Ride-Anlagen sowie
- 228 • Warteräume, die attraktiv und sicher sind. Dies bedeutet für uns: Sie sind mit WLAN  
229 ausgestattet, witterungsgeschützt, kameraüberwacht und personell ausgestattet.

### 3.2 Bike-, Scooter, Car- und Ride-Sharing

230 Die bestehenden Ansätze, kommunale Flottenfahrzeuge als Car-  
231 Sharing-Autos während der Stillstandszeiten anzubieten, sollen  
232 weiterverfolgt und verbreitet werden.

233 Bike- und E-Scooter-Sharing-Angebote können  
234 Mobilitätslücken schließen und so zu einer Verknüpfung mit  
235 Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs beitragen. Daher  
236 sollen solche Projekte gefördert werden.

237 Für eine zeitgemäße und in die Zukunft gerichtete  
238 Verkehrsteilnahme gehört es auch, verbesserte Angebote „auf  
239 Abruf“ (on-demand) zu etablieren. Dies werden wir durch den Ausbau von  
240 Ruf-Taxis bzw. von Ruf-Bussen, von Ride-Sharing und durch das Einsetzen von Shuttlebussen  
241 ermöglichen.

#### Ride-Sharing

242 Beim Ride-Sharing teilen sich Bürgerinnen und Bürger mit ähnlichen Fahrzielen ein Fahrzeug und  
243 sparen so bei den Kosten für ihre Mobilität. Gleichzeitig wird gegenüber individuell gestalteter  
244 Mobilität auch der Schadstoffausstoß gemindert.

245 Eine Form von Ride-Sharing ist beispielsweise der Einsatz von Shuttlebussen, dabei übernimmt  
246 ein Mobilitätsdienstleister die Sammlung und Koordination der Fahrtwünsche sowie die  
247 Bereitstellung des Fahrzeugs.

248 Anders als beim Car-Sharing, das über den Ersatz des eigenen Fahrzeugs durch entsprechende  
249 Kurzzeitmiet-Angebote vor allem zu einer Reduzierung des ruhenden Verkehrs – d. h. weniger  
250 parkende Autos – beiträgt, werden mit den unter dem Sammelbegriff Ride-Sharing  
251 zusammenzufassenden Mobilitäts-Angeboten Effekte bei der Reduzierung des fließenden  
252 Verkehrs und damit auch beim Schadstoffausstoß erreicht.

253 Unsere Vision für die Sharing-Angebote: In 30 Jahren wird im Innenstadtbereich der Stadt  
254 Hannover ein Großteil des Individualverkehrs über Sharing-Angebote abgewickelt. Im ländlichen  
255 Bereich werden durch diese Angebote eine Vielzahl von Mobilitäts-Lücken geschlossen. Dabei  
256 wird die Region Hannover eine aktive Rolle einnehmen. Die Car- und Ride-Sharing-Flotten  
257 werden dabei ausschließlich über alternative Antriebe verfügen.

258 *Wir fordern,*

- 259 • die Förderung des Angebots, kommunale Flottenfahrzeuge als Car-Sharing-Autos  
260 während der Stillstandszeiten anzubieten,

**Wie kann  
man  
Mobilität  
teilen?**

- 261 • Bike- und E-Scooter-Sharing-Angebote zu stärken, um Mobilitätslücken zu schließen und  
262 • den Ausbau von Ruf-Taxis bzw. von Ruf-Bussen, dem Ride-Sharing und das Einsetzen von  
263 Shuttlebussen.

### 3.3 Information

264 An Haltestellen des ÖPNV wird der Ausbau der Fahrgastinformation mit Echtzeit-Angaben  
265 sowohl über stationäre Anzeigen vor Ort als auch über mobile Medien vorangetrieben.

266 App-basierte Angebote erleichtern es, verschiedene Verkehrsmittel innerhalb einer  
267 Mobilitätskette zu kombinieren und machen diese Kombination komfortabler. Daher prüft die  
268 Region Hannover, welche vorhandene Applikation für den Einsatz in der Region in Frage kommt.  
269 Dabei werden alle Verkehrsarten einbezogen, von der Fahrplaninformation über die Darstellung  
270 von freien Parkplätzen und freien Ladesäulen für E-Fahrzeuge bis hin zur Anzeige und Buchung  
271 von Car-Sharing-Angeboten.

272 Insbesondere bei der Entlastung der Innenstädte, aber auch bei der Förderung der  
273 Elektromobilität bieten die Möglichkeiten der digitalen Welt enormes Potential. Wir schaffen die  
274 Voraussetzungen für die Bereitstellung von Echtzeit-Informationen zu allgemeinen Stellplätzen  
275 und Ladeplätzen. Dazu zählt neben der Erfassung der Daten auch der Ausbau der digitalen  
276 Infrastruktur.

277 Bei allen Mobilitäts-Angeboten gilt: „Ich kann sie nur nutzen, wenn ich von den Angeboten  
278 weiß“. Deswegen werden wir das Angebot besser kenntlich machen. Das regionsweite Corporate  
279 Design an Haltestellen, Mobilitätspunkten und an Informationspunkten außerhalb der Strecken  
280 soll ausgebaut werden. Parallel zum Ausbau sollen Hinweise auf ergänzende Angebote in  
281 einfacher Sprache plakativ dargestellt werden.

282 Nachhaltige Mobilität ist nicht nur gut für die Umwelt, Gesundheit und das Stadtbild, sie kann  
283 auch schneller, günstiger und entspannter für die Nutzerinnen und Nutzer sein. Das ist unser Ziel  
284 und das gilt es auch in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Deswegen wollen wir Menschen für  
285 verschiedene Verkehrsmittel begeistern.

#### 286 *Wir fordern zur Verbesserung der Informationen,*

- 287 • den Ausbau der Fahrgastinformation mit Echtzeit-Angaben sowohl über stationäre  
288 Anzeigen vor Ort als auch über mobile Medien und Apps, die verkehrsmittelübergreifend  
289 ausgelegt sind und  
290 • digitale Echtzeit-Informationen zu allgemeinen Stellplätzen und Ladeplätzen.

### 4 Ländlicher Raum

291 Bei allem gilt es, die unterschiedlichen Mobilitätsansprüche in verdichteten und ländlichen  
292 Räumen zu beachten. In den ländlichen Gebieten der Region Hannover hat beispielsweise Bike-  
293 Sharing ein wesentlich geringeres Potenzial. Daneben existieren hier andere Lücken, die es zu  
294 schließen gilt. Insbesondere, da viele der städtischen Herausforderungen mit dem motorisierten  
295 Individualverkehr darauf beruhen, dass Menschen aus dem Umland einpendeln, für die die  
296 Nutzung des ÖPNVs aufgrund ungünstiger Verbindungen unattraktiv ist.

297 Daher machen wir uns für ein Modellprojekt für autonome Taxis und vernetzte Kleinbusse  
298 insbesondere im ländlichen Raum stark. Dabei möchten wir insbesondere auf  
299 umweltfreundliche Elektro-Mobilität setzen.

300 Neben dem Ausbau des Angebotes für Car- und Bike-Sharing gemeinsam mit den Kommunen  
301 sollen auch private Sharing-Formen geprüft und bürgerschaftliche Mobilitätsinitiativen (z. B.  
302 lokal organisierte Mitfahrgelegenheiten) unterstützt und gefördert werden. Die Idee der  
303 Mitfahrerbanken führt ebenfalls zur Schließung von Mobilitätslücken und stärkt zudem die  
304 Hilfsbereitschaft vor Ort. Daher werden wir ein Beratungsangebot für die Umsetzung von  
305 Mitfahrerbanken, insbesondere dort wo auf absehbare Zeit kein ÖPNV-Angebot geschaffen  
306 werden kann, in der Region installieren.

307 Ein weiterer Ansatz den Herausforderungen von weniger mobilen Personen im ländlichen Raum  
308 zu begegnen, ist die Anschaffung von Autos für einen kommunalen Bürger-Betrieb in Dörfern.  
309 Einzelfahrten zu Ärzten und zum Einkauf werden durch ehrenamtliche Fahrer übernommen. So  
310 kann ein wichtiger Beitrag zum Schließen der Mobilitätslücke geleistet werden. Außerhalb der  
311 organisierten Fahrtzeiten dient das Auto der Allgemeinheit als Car-Sharing-Auto.

312 *Wir fordern zur Schließung von Mobilitätslücken im ländlichen Raum,*

- 313 • ein Modellprojekt zum Einsatz von autonomen Taxis und vernetzten Kleinbussen zu  
314 initiieren,
- 315 • die Unterstützung von privaten Ride-Sharing, wie die Organisation von  
316 Mitfahrgelegenheiten oder Mitfahrerbanken, zu fördern sowie
- 317 • die Unterstützung kommunaler Bike- und Car-Sharing-Formen beispielsweise auch von  
318 sogenannten Bürger-Autos.

## 5. Stadtverkehr

319 In vielen Verkehrsbereichen gibt es unterschiedliche Zielsetzungen und Methoden hinsichtlich  
320 der Gestaltung der Mobilität. Dies wurde in den verschiedenen Kapiteln entsprechend  
321 berücksichtigt. Insbesondere der Wirtschaftsverkehr stellt jedoch eine eigene urbane  
322 Herausforderung dar und wird an dieser Stelle intensiver betrachtet.

323 Liefer- und Wirtschaftsverkehre bieten in innerstädtischen Bereichen ein großes Potential zur  
324 Reduzierung von Emissionen. Die Umstellung auf alternative Antriebe bringt aufgrund ihrer  
325 Kilometerleistung ebenfalls höhere Effekte als bei Privatfahrzeugen.

326 Hinzu kommen die steigenden Wachstumsraten von Verkehren in diesem Bereich, die den  
327 Handlungsdruck weiter erhöhen. Der Umstieg auf elektrische Antriebe soll durch Anreizsysteme  
328 und Kooperationen unterstützt werden. Hierzu zählen beispielsweise Möglichkeiten der  
329 Bevorrechtigung von elektrisch angetriebenen Lieferfahrzeugen bei der Verkehrsführung, die  
330 stärkere Berücksichtigung des Wirtschaftsverkehrs in Entwicklungsplänen, Kooperationen bei  
331 Car-Sharing-Projekten, privilegiertes Parken und Durchfahrtsberechtigungen.

332 Cargo-Bikes werden schon heute von einigen Lieferdiensten, Paketzustellern, aber auch  
333 Bäckereien und Gastronomie genutzt. Um diese Form emissionsfreier und flexibler Mobilität  
334 weiter zu stärken, sollen Cargo-Bikes als Alternative für innerstädtische Wirtschaftsmobilität  
335 gefördert werden.

336 Die Teilnahme der Landeshauptstadt an der Projektinitiative „Urbane Logistik“ wird dazu führen,  
337 dass in Kürze verstärkt schadstofffreie Lieferfahrzeuge zum Einsatz kommen. Dieser Ansatz wird  
338 weiterverfolgt und soll auf Übertragbarkeit in andere verdichtete Räume der Region Hannover  
339 überprüft werden.

340 Intelligente Vernetzung und smarte Mobilitätslösungen können Liefer- und Logistikverkehr  
341 effizienter und ressourcenschonender gestalten und zum Erhalt lebenswerter Städte beitragen.  
342 Digitale Kommunikations- und Steuerungstechniken helfen bedarfsgerechte und nachhaltige  
343 Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Der Einsatz von elektrisch angetriebenen  
344 Lieferfahrzeugen leistet einen Beitrag zur Luftreinhaltung in den Städten. Dazu sind vorhandene  
345 und innovative technologische Ansätze zusammenzuführen und praxistaugliche Lösungen für  
346 urbane Räume anzuwenden.

347 *Wir fordern,*

- 348 • die Umstellung auf alternative Antriebe im Liefer- und Wirtschaftsverkehr,  
349 beispielsweise durch die Bevorrechtigung von elektrisch angetriebenen Lieferfahrzeugen  
350 bei der Verkehrsführung, die stärkere Berücksichtigung des Wirtschaftsverkehrs in  
351 Entwicklungsplänen, Kooperationen bei Car-Sharing-Projekten, privilegiertes Parken  
352 und Durchfahrtsberechtigungen,
- 353 • die Förderung von Cargo-Bikes in urbaner Wirtschaftsmobilität und
- 354 • eine intelligente Vernetzung, smarte Mobilitätslösungen, digitale Kommunikations- und  
355 Steuerungstechnik für bedarfsgerechte und nachhaltige Mobilität.

## 6. Inklusive Mobilität

356 Grundsätzlich sollte Gesellschaft lernen, barrierefrei zu denken und somit auch barrierefrei zu  
357 handeln. Der Gesetzgeber ist aufgefordert durch entsprechende Gesetze für mehr  
358 Barrierefreiheit zu sorgen. Digitale Neuerungen wie Apps oder mobile Endgeräte können positive  
359 Auswirkungen haben, da sie Menschen mit Behinderung zum Beispiel das selbstbestimmte  
360 Reisen ermöglichen. Sinnvoll ist es deshalb, Menschen mit Behinderung als Expertinnen und  
361 Experten in eigener Sache anzuhören und ihre Vorschläge in die Umsetzungspraxis einfließen zu  
362 lassen.

363 Der Straßenraum muss für alle sichtbar und nutzbar sein. So sollte gewährleistet sein, dass  
364 Straßenübergänge für rollstuhlfahrende Personen z. B. durch Abpollerung der gesenkten  
365 Gehsteige nutzbar werden und nicht zugestellt/ -geparkt sind. Auch Gehwege müssen breit  
366 genug sein. Es sollen Konzepte entwickelt werden wie gehörlose und sehbehinderte Menschen  
367 und Personen mit anderen Einschränkungen am Verkehrsleben teilhaben können.

368 Zur inklusiven Gestaltung des ÖPNV gehört der stringente barrierefreie Ausbau des  
369 Stadtbahnnetzes mit Hochbahnsteigen und barrierefreien Bushaltestellen. Die Fortsetzung des  
370 Ausbaus von 100 barrierefreien Haltestellen jährlich soll fortgeführt werden.

371 Ein wichtiges Zwischenziel ist es, in jedem Ortsteil der gesamten Region Hannover mindestens  
372 eine barrierefreie Bushaltestelle vorzufinden. Die Errichtung zusätzlicher Aufzüge steht  
373 ebenfalls außer Frage.

374 Auch der demografische Wandel spielt bei der Barrierefreiheit eine Rolle, da die Gruppe der  
375 Menschen, die darauf angewiesen ist, immer größer wird. Für immer mehr Personen wird die  
376 Nutzung des ÖPNV zu einer Herausforderung – zum Beispiel das Ziehen einer Fahrkarte oder die  
377 Orientierung mithilfe von Fahrplänen. Diese Tatsache treibt die Veränderung hin zu mehr  
378 Barrierefreiheit und Zugänglichkeit an.

379 *Wir fordern für eine inklusive Teilhabe an Mobilität,*

- 380 • einen stringent barrierefreien Ausbau des Stadtbahnnetzes mit Hochbahnsteigen und  
381 barrierefreien Bushaltestellen. Es braucht in jedem Ortsteil in der Region mind. eine  
382 barrierefreie Bushaltestelle.

## 7. Bus und Stadtbahn (ÖPNV)

383 Der ÖPNV erfüllt als einziges Verkehrsmittel unseren Anspruch, für alle zugänglich, inklusiv,  
384 ökologisch und bezahlbar sein zu können. Deshalb fällt ihm die zentrale Rolle auf dem Weg in  
385 eine zukunftsgerechte Mobilität zu.

386 Wir bekennen uns zum Erhalt der Nahverkehrsunternehmen Üstra und RegioBus in öffentlicher  
387 Hand.

388 Die Organisation von Mobilität in verdichteten Räumen ist eine zentrale Fragestellung für die  
389 Kommunalpolitik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Hierbei stehen wir im Kern vor der  
390 Herausforderung, einerseits den Anspruch an ein hohes Maß von individueller Mobilität  
391 innerhalb von Städten nachzukommen und andererseits eine hohe Aufenthaltsqualität in  
392 unseren Innenstädten zu gewährleisten.

393 Daher müssen wir den ÖPNV mit Stadtbahn, Busverkehr und S-Bahn kontinuierlich ausbauen  
394 und modernisieren. Dazu gehört ein Ausbau der innerstädtischen Kapazitäten, aber auch ein  
395 Ausbau in der Fläche, um außerhalb liegende Ortsteile besser anzubinden.

### 7.1 Moderner und attraktiver

396 Zu einer Attraktivitätssteigerung des ÖPNV gehört nicht nur der Ausbau von Strecken und  
397 Takten, sondern auch die Modernisierung des Rollmaterials und die Ausmusterung alter  
398 Fahrzeuge. Daneben spielen das Erscheinungsbild, gepflegte Verkehrsanlagen und das digitale  
399 Angebot eine entscheidende Rolle. Daher streben wir die komfortable Ausstattung des ÖPNV  
400 mit W-Lan, Handy-Lademöglichkeiten usw. an. Die Abstimmung der Fahrpläne zwischen den  
401 unterschiedlichen Verkehrsträgern, aber auch mit den angrenzenden Regionen wird stetig  
402 weiterverfolgt.

403 *Wir fordern zur Stärkung des ÖPNV als nachhaltiges Verkehrsmittel,*

- 404 • diesen kontinuierlich auszubauen und zu modernisieren,
- 405 • den Komfort durch Maßnahmen wie W-Lan und Handy-Lademöglichkeiten zu erhöhen  
406 sowie
- 407 • die Abstimmung der Fahrpläne zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln und zu  
408 den angrenzenden Regionen stetig zu verbessern.

## 7.2 Ausbau

409 Auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten und ökologischen Mobilität ist die Anbindung großer  
410 neuer Wohngebiete an die Stadtbahn eine für uns unverzichtbare Maßnahme. Hier müssen  
411 neue Streckenabschnitte geschaffen werden.

412 Wir streben die Schaffung von Stadtbahn-Verlängerungen nach Garbsen und Langenhagen an.  
413 Eine Verlängerung nach Berenbostel bzw. in Arnum soll geprüft werden. Mit der Entstehung  
414 eines weiteren Neubaugebietes am Kronsberg und gewerblicher Entwicklung gerät die dort  
415 verkehrende Stadtbahnlinie an ihre Kapazitätsgrenzen. In der Innenstadt Hannover muss sich  
416 diese Linie einen Ast mit drei anderen Linien teilen (darunter die ebenfalls an der Grenze der  
417 Belastung fahrende Linie zur MHH). Daher wollen wir prüfen, ob eine weitere Anbindung dieser  
418 Linie über eine neu zu bauende Trasse (früher D-Süd genannt) erfolgen kann. Zur weiteren  
419 Entlastung und Effizienzsteigerung des Stadtbahnnetzes sollten zudem folgende  
420 Lückenschlüsse untersucht werden:

- 421 - Endpunkt Haltenhoffstraße – Herrenhäuser Gärten (alternativ: Leinhausen/Bahnhof)
- 422 - Messe/Ost – Laatzen
- 423 - Bothfeld – Alte Heide

424 Die Verwirklichung all dieser Maßnahmen wäre ein hundert Millionen Euro schweres  
425 Mammutprogramm. Wir wollen eine zeitgemäße Wirtschaftlichkeitsprüfung dieser  
426 Maßnahmen und dabei auch die Reduzierung bislang nicht berücksichtigter ökologischer  
427 Folgekosten einbeziehen.

428 Am Hauptbahnhof werden zusätzliche Gleise (Gleis 15/16) gebaut, um zusätzliche Schienen-  
429 Angebote zu ermöglichen.

430 Auch der generelle Einsatz von 3-Wagen-Zügen sowie die Verdichtung der Takte auf den  
431 Stadtbahnlinien ist ein Ziel, um den ÖPNV attraktiver zu machen und die Innenstadt zu  
432 entlasten. Der Bau zusätzlicher Umsteigeanlagen zwischen Bahn und Stadtbahn soll in den Blick  
433 genommen werden.

434 Bei der Planung neuer und Überplanung vorhandener Straßen soll wo immer möglich dem ÖPNV  
435 Vorrang gewährt werden (Vorrang-Schaltung, Busspuren etc.).

436 Der ÖPNV erzielt einen Großteil der positiven Effekte für Mensch, Klima und Umwelt, vor allem  
437 durch die allgemeine Entlastung der Verkehrsdichte und damit auch des Flächenbedarfs.  
438 Aufgrund der hohen Zahl gefahrener Kilometer erzielt die Umstellung der Antriebsart einen  
439 besonders hohen Wirkungsgrad bei den gewünschten Effekten. Daher steht die Förderung des  
440 elektrifizierten ÖPNV im Fokus.

441 Aufgrund der Strecken bedarf es entsprechender Batterieleistungen. Alternativ hierzu sind  
442 induktive Ladesysteme eine Möglichkeit die Reichweite der Linienbusse zu erhöhen. Die aktuell  
443 von der ÜSTRA eingesetzten E-Busse verfügen bereits über die Möglichkeit induktiver  
444 Ladevorgänge. Es gilt die laufenden Modellprojekte zum induktiven Laden genau zu beobachten,  
445 um möglichst frühzeitig die entsprechende Infrastruktur in der Region, vor allem bei dem Aufbau  
446 neuer Linien bei den Planungen berücksichtigen zu können.

447 Das vorhandene Busnetz in Stadt und im Umland ist eine gute Basis. Wir wollen es zuverlässiger,  
448 sicherer, komfortabler und schneller machen. Neubaugebiete sollen bei der Angebotsplanung  
449 frühzeitig integriert werden. Dies betrifft insbesondere auch die Anbindung von Grund- und  
450 Mittelzentren und ihren Ortsteilen. Bei Erweiterungen von Schienenanschlüssen (Stadtbahn, S-  
451 Bahn) wollen wir das entsprechende Busangebot gemeinsam mit den jeweiligen Städten,  
452 Gemeinden und Bürgerinnen und Bürgern (z. B. durch Runde Tische etc.) ebenfalls verbessern.

453 Unsere Vision ist es, durch die angeführten Maßnahmen bei der Fortschreibung des Masterplans  
454 Mobilität den Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs von momentan 25 % auf einen  
455 Anteil von 35 % im Jahr 2035 und in den nächsten 30 Jahren konsequent weiter zu steigern.

456 *Wir fordern zur Erhöhung des Anteils der ÖPNV-Nutzer,*

- 457 • das vorhandene Busnetz in der gesamten Region Hannover zuverlässiger, sicherer,  
458 komfortabler und schneller zu machen,
- 459 • dass neue Streckenabschnitte geschaffen werden,
- 460 • Neubaugebiete bei der Angebotsplanung frühzeitig in das ÖPNV-Netz zu integrieren,  
461 • bei Planung neuer und Überplanung vorhandener Straßen möglichst dem ÖPNV Vorrang  
462 zu gewähren,
- 463 • die Förderung des elektrifizierten ÖPNV,
- 464 • den Bau zusätzlicher Umsteigeanlagen zwischen Bahn und Stadtbahn und  
465 • den generellen Einsatz von 3-Wagen-Zügen sowie die Verdichtung der Stadtbahn-Takte.

466 *Zur Verdichtung des Angebotes in der Stadt Hannover fordern wir daneben,*

- 467 • den Einsatz für Stadtbahn-Verlängerungen nach bzw. in, Garbsen und Langenhagen,
- 468 • die Prüfung der Verlängerung der Stadtbahn nach Arnum und Berenbostel sowie
- 469 • die Prüfung einer neu zu bauenden Trasse zur effektiven Anbindung des Neubaugebietes  
470 am Kronsberg (früher D-Süd) und möglicher Lückenschlüsse (Endpunkt Haltenhoffstraße  
471 – Herrenhäuser Gärten (alternativ: Leinhausen/Bahnhof), Messe/Ost – Laatzen, Bothfeld  
472 – Alte Heide).

## 8. Fahrrad fahren

473 Die Region Hannover bekommt 4,3 Mio. Euro aus dem sogenannten Dieselfond vom  
474 Bundesumweltministerium. Ziel dieses Fonds ist es, durch Investitionen  
475 Stickstoffoxid (NOX) -Einsparungen im Verkehrsbereich zu  
476 erzielen.

477 Ein großes Potential bietet dabei die Förderung von Fuß-  
478 und Radverkehr. Auf diesen Bereich entfällt bereits jetzt  
479 ein großer Mobilitätsanteil. Trotzdem sind uns viele  
480 Städte voraus, was das Bereitstellen entsprechender  
481 Infrastruktur angeht. Die Region Hannover braucht ein  
482 modernes, integriertes Radwegekonzept, das das Radfahren  
483 attraktiv macht und sowohl gute innerstädtische Verbindungen als auch Verbindungen in das  
484 Umland hinein und im Umland bietet.

**Sollte ich  
lieber mit dem  
Fahrrad zur  
Arbeit fahren?**

## 8.1 Radwegekonzept

485 In vielen Bereichen der Region gibt es bereits relativ gut ausgebaute Strecken, die schon heute  
486 gern von Berufspendlerinnen und Berufspendlern genutzt werden. Diese Strecken sollen in der  
487 Fortschreibung des Radwegekonzeptes der Stadt und Region Hannover zu einem verbundenen  
488 Netz weiterentwickelt werden.

489 Das Radwegekonzept muss einen flächendeckenden Ausbau von bestehenden und neuen  
490 Radwegen bieten. Es muss durchgehende Radwege auf allen Hauptverkehrsstrecken geben. Wir  
491 müssen außerdem die Radwege abseits der Straßen besser ausbauen, beispielsweise durch  
492 Asphaltierung und Beleuchtung.

493 Bei der Fortschreibung des Radwegekonzeptes muss insbesondere das Alltags-Radwegenetz in  
494 den Fokus genommen werden, da dieses das größte Potential an Schadstoff-Reduzierungen  
495 mitsamt all der anderen positiven Auswirkungen für Klima sowie die Nutzerin oder den Nutzer  
496 bietet.

497 Die Lastenrad-Nutzung nimmt in den letzten Jahren zu, sie werden präserter im Straßenraum.  
498 Auch bei den Lastenrädern sollen weitere Anreize geschaffen werden, so wie es zum Beispiel  
499 schon mit dem "Hannah-Lastenrad" gemacht wird, indem man dieses umsonst ausleihen kann.

500 *Wir fordern zur Stärkung des Radverkehrs,*

- 501 • das Radwegekonzept der Region Hannover fortzuschreiben, um Lücken im Radwegenetz  
502 zu schließen,
- 503 • Radwege abseits der Straßen beispielsweise durch Asphaltierung und Beleuchtung  
504 besser auszubauen und
- 505 • weitere Anreize zur Nutzung von Lastenrädern (wie beispielsweise kostenlose Ausleihe)  
506 zu verstärken und zu schaffen.

## 8.2 Ausbau

507 Auf Grundlage des Radwegekonzeptes muss ein durchgehendes und  
508 baulastträgerübergreifendes Radwegenetz in der Region Hannover geplant und umgesetzt  
509 werden. Im Stadtgebiet Hannover besteht das Ziel, ein lückenloses Fahrradnetz aufzubauen.

510 Dazu gehört der Bau von Radschnellwegen, aber auch die Anbindung der einzelnen Ortsteile im  
511 Umland zu den Haltestellen der Regionalbahn. Hierbei besteht das Ziel der „Stern-Anbindung“,  
512 das heißt, dass zumindest jeder nächstliegende Ortsteil vom Bahnhof bequem und sicher  
513 erreichbar sein muss.

514 Insbesondere im Umland heißt Ausbau nicht unabdingbar Neubau, hier gibt es in etlichen  
515 Bereichen vorhandene Strecken, die entweder aufgrund fehlender Kennzeichnung oder  
516 aufgrund kleiner Lücken nicht als Fahrradverbindung genutzt werden. Diese Bereiche sollen im  
517 Radwegekonzept überprüft werden und in einem Maßnahmenkatalog münden. Hierbei ist eine  
518 plakative, offensichtliche und einheitliche Ausschilderung der Fahrradrouten mit deutlicher Ziel-  
519 Kennzeichnung ähnlich wie bei Linien des ÖPNV unabdingbar. Die Umsetzung der Maßnahmen,  
520 auch auf kommunaler Ebene, sollen weitestgehend von der Region gefördert werden.

521 *Wir fordern insbesondere zur Stärkung des Alltagsradverkehrs,*

- 522 • die Schaffung eines durchgehenden Radwegenetzes in der gesamten Region Hannover,
- 523 • den weiteren Bau von Radschnellwegen,
- 524 • die Anbindung der einzelnen Ortsteile im Umland zu den Haltestellen der Regionalbahn
- 525 sowie
- 526 • die Förderung plakativer, offensichtlicher und einheitlicher Ausschilderung alternativer
- 527 Fahrradstrecken.

### 8.3 Sicherheit und Kennzeichnung

528 Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Motivation zur Nutzung des Fahrrads ist die  
529 Sicherheit und das Sicherheitsgefühl.

530 Aktuell gibt es in Hannover eine ganze Reihe von Radweg-Ausprägungen. Mal neben dem  
531 Bürgersteig, mal auf die Straße gemalt, mal zwischen fahrenden und parkenden Autos etc. und  
532 häufig trifft man auf einzelne Abschnitte, an denen es selbst auf stark befahrenen Straßen  
533 keinen ausgewiesenen Radweg gibt.

534 Darum muss der Radverkehr weitestgehend separat von der Straße auf Nebenanlagen und für  
535 den ungestörten Verkehrsfluss auch weitestgehend separat vom Fußgängerverkehr geführt  
536 werden. Überall wo dies nicht möglich ist, muss eine einheitliche und deutliche Kennzeichnung  
537 die vorgesehene Führung der verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer  
538 verdeutlichen.

539 Auf außerörtlichen einspurigen Gemeindestraßen mit, in Relation zum Ausbaustand der Straße,  
540 relativ viel motorisiertem Individualverkehr und geringem Aufkommen an Radverkehr soll  
541 geprüft werden, ob in einem Modellprojekt durch die Schaffung von Fahrradstreifen das  
542 Sicherheitsempfinden der Radfahrenden und das Aufkommen des Radverkehrs erhöht werden  
543 kann, um die Radfahrerinnen und Radfahrer besser zu schützen.

544 Viele Konfliktsituationen zwischen den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und -  
545 teilnehmern haben ihre Ursache in mangelnden Kenntnissen. Radfahrende dürfen die Fahrbahn  
546 benutzen, sie müssen auch bei bestehenden Fahrradstreifen mit 1,50 m Abstand überholt  
547 werden. Der ADFC-Hamburg hat mit der Polizei Verkehrsschilder aufgestellt, die auf diese  
548 Abstände hinweisen. In Bremen tragen die Busse diese Information auf ihrer Rückseite und in  
549 Köln trägt sogar die Rückseite der Polizeiautos diese Hinweise. Wir wollen keine Schilderflut,  
550 aber wir wollen in Kampagnen und unter Nutzung der bestehenden öffentlichen Flächen auf die  
551 Rechte aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer hinweisen, um das Bewusstsein  
552 für ein Miteinander auf der Straße zu stärken.

553 *Wir fordern zur Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs,*

- 554 • den Radverkehr weitestgehend separat von der Straße auf Nebenanlagen und
- 555 weitestgehend separat vom Fußgängerverkehr zu führen,
- 556 • eine einheitliche und deutliche Kennzeichnung von Fahrradwegen und -spuren,
- 557 • die Prüfung eines Modellprojektes für Fahrradstreifen auf außerörtlichen, einspurigen
- 558 Gemeindestraßen sowie

- 559       • die Initiierung von Kampagnen (auch unter Nutzung öffentlicher Flächen) in denen auf  
560       die Rechte aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer hingewiesen wird.

#### 8.4 Abstellmöglichkeiten

561 Fast ebenso wichtig wie die Möglichkeit unkompliziert mit dem Fahrrad in die Innenstädte der  
562 Region zu fahren, ist die sichere und in ausreichender Kapazität vorhandene Abstellmöglichkeit  
563 für das Fahrrad. Das Programm der Region 1.000 Fahrradbügel pro Jahr zu fördern, ist ein guter  
564 Ansatz, der weiterverfolgt wird. Es müssen mehr sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder,  
565 beispielweise durch die Schaffung zusätzlicher Abstellanlagen für Fahrräder insbesondere an  
566 zentralen Orten geschaffen werden, die dem Wert der Fahrräder Rechnung tragen.

567 Des Weiteren sollen Radabstellanlagen nicht nur in den Innenstädten, sondern auch im  
568 öffentlichen Raum in Randgebieten, im Wohnungsbau und bei Geschäfts-, Büro und  
569 Gewerbebauten bedarfsorientiert und sicher errichtet werden. Sie müssen in ausreichendem  
570 Maße witterungsgeschützt und absperrbar sein. Barrierefreie Zugänge und gute Auffindbarkeit  
571 durch sichtbare Beschilderung sind wichtige Erfolgskriterien.

572 In der gesamten Region müssen gut gesicherte P&R-Parkplätze an S-Bahn-, Stadtbahn- und  
573 Busstationen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

574 *Wir fordern zur bequemen und sicheren Nutzung von Fahrrädern,*

- 575       • die Schaffung zusätzlicher sicherer Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen  
576       Orten (bei Bedarf auch Fahrrad-Parkhäuser),  
577       • die Förderung von Radabstellanlagen im öffentlichen Raum in Randgebieten, im  
578       Wohnungsbau und bei Geschäfts-, Büro und Gewerbebauten sowie  
579       • die Bereitstellung gut gesicherter B&R-Parkplätze an S-Bahn-, Stadtbahn- und  
580       Busstationen.

#### 8.5 E-Bike-System

581 E-Bikes begegnen uns schon heute in vielen Orten der Region regelmäßig. Die Nutzung von E-  
582 Bikes vereint die positiven Effekte des Elektroantriebs mit weiteren Vorteilen wie geringere  
583 Flächenansprüche bei der Verkehrsführung, Gesundheitsförderung, hoher Effizienz und  
584 Reichweite sowie gegen Null gehende Emissionen. Zudem stellt es für seine Nutzerinnen und  
585 Nutzer sowohl bei der Anschaffung als auch im Betrieb ein kostengünstiges Verkehrsmittel dar.  
586 Der E-Bike-Verkehr kann daher in der Region Hannover zu einer echten Alternative entwickelt  
587 werden.

588 Viele Ansprüche des E-Bike-Verkehrs sind die gleichen wie bei konventionellen Fahrradverkehr  
589 und werden daher nicht gesondert betrachtet, es gibt jedoch Eigenarten, die bei der Integration  
590 des E-Bike-Systems im Radwegkonzept der Region Hannover gesondert beachtet werden  
591 müssen.

592 Die Grundlage einer ersten Planung sollte eine Ermittlung der Nutzerpotentiale sein. Wo bringt  
593 eine E-Bike-Magistrale den größten Nutzen? Wo sind die besten Realisierungschancen?  
594 Zielgruppe der Planung sollten Berufspendlerinnen und -pendler sein. Diese sind an der  
595 kürzesten Strecke und Fahrzeit interessiert, d. h. sicher, schnell und bequem.

596 Als erster Schritt soll eine Bestandsaufnahme erfolgen und die Qualitätsstandards festgelegt  
597 werden. Diese sind eine unablässige Grundlage für eine Planung und eine Kalkulation der  
598 Kosten.

599 In urbanen und verdichteten Gebieten werden vor allem Abstellmöglichkeiten in  
600 Wohngebäuden und beim Arbeitsplatz benötigt, die dem Gewicht und dem Wert der Räder  
601 Rechnung tragen.

602 Aufgrund der erhöhten Geschwindigkeit von E-Bikes sind Fahrradwege für E-Bikes mit einer  
603 Trassierungsgeschwindigkeit von 25 km/h herzustellen. Das heißt auch, dass die Fahrsurbreite  
604 vorhandener und zu planender Strecken wo möglich auf 2,50 m zu konzeptionieren ist.

605 In ländlichen Bereichen oder touristischen Attraktionen kommt aufgrund der anzunehmenden  
606 Streckenlänge auch der Bedarf an Ladeinfrastruktur hinzu. Insbesondere in Gebieten mit  
607 sanftem Tourismus ist zu überlegen den Verleih von E-Bikes zu fördern.

608 *Wir fordern zum Ausnutzen des Potentials der E-Bike-Nutzung,*

- 609 • eine Ermittlung der Nutzerpotentiale des E-Bikeverkehrs, um geeignete Strecken zu  
610 identifizieren,
- 611 • die Festlegung von Qualitätsstandards für den Ausbau,
- 612 • die Unterstützung von Abstellmöglichkeiten in Wohngebäuden und beim Arbeitsplatz,
- 613 • Fahrradwege für E-Bikes mit einer Trassierungsgeschwindigkeit von 25 km/h  
614 herzustellen und wo möglich auf 2,50 m Breite zu konzeptionieren,
- 615 • die Ladeinfrastruktur in ländlichen Bereichen oder nahe touristischer Attraktionen zu  
616 verdichten sowie
- 617 • den Verleih von E-Bikes zu fördern.

618 Unsere Vision für den Radverkehr: In 30 Jahren verfügt die Region Hannover über ein  
619 durchgängiges und einheitliches Radwegesystem, das allen sichere, schnelle und komfortable  
620 Radfahrten durch die gesamte Region ermöglicht. Hannover und die umliegenden Gemeinden  
621 sowie die Gemeinden untereinander werden über ein gut ausgebautes Radwegesystem  
622 miteinander verbunden.

## 9. Zu Fuß gehen

623 Gerade dort wo unterschiedliche Gruppen von Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern  
624 aufeinandertreffen, beispielsweise Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrer:nde sowie  
625 Autofahrerinnen und Autofahrer, entstehen aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse,  
626 Absichten und Bewegungsformen spezielle Herausforderungen. Oft gibt es eine Gruppe, die  
627 dabei der anderen klar unterlegen ist. Unsere Aufgabe ist es zu vermitteln und Lösungen gerade  
628 für unterlegende Gruppen zu entwerfen. Deswegen werden wir uns weiterhin klar für die  
629 Verbesserung der Verkehrssicherheit und partielle Tempolimits speziell vor Schulen und  
630 Kindergärten, aber auch vor Seniorenheimen aussprechen und dort wo der Bedarf besteht, auch  
631 bauliche Maßnahmen wie Mittelinseln, Zebrastreifen und Lichtsignalanlagen fördern.

632 Gerade bei der gewünschten Erhöhung des Radverkehrs kann sich der Konflikt zu der Gruppe der  
633 Zu-Fuß-Gehenden erhöhen. Deswegen ist es umso wichtiger, diese Gruppe im Fokus der  
634 Betrachtungen zu behalten.

635 Unsere Aufgabe ist es Fußgänger und Fußgängerinnen als „schwächste“  
636 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer – zumindest bezüglich Geschwindigkeit und  
637 Verletzungsgefahr – im Nebeneinander der unterschiedlichen Mobilitäts-Gruppen zu schützen.  
638 Daher muss für diese ausreichend eigener Platz in der Stadt eingeräumt werden. Wie bei allen  
639 anderen Verkehrs-Teilnehmenden muss auch hier die Sicherheit durch eine sinnvolle, möglichst  
640 voneinander getrennte Infrastruktur im Mittelpunkt stehen.

641 Kinder und Senioren gehören zu genau dieser Gruppe. Fußgängerverkehr muss frei sein. Die  
642 anderen Gruppen müssen so eindeutigen Kennzeichnungen und Regelungen unterliegen, dass  
643 sich Zufuß-Gehende frei bewegen können. Bei aller Planung muss auch beachtet werden, dass  
644 funktionierende fußläufige Verbindungen nicht über Gebühr gestört werden und es weiterhin  
645 Bereiche gibt, in denen ohne Störung gegangen werden kann.

646 Dazu gehört auch die Überprüfung und Anpassung von Grünphasen an Ampeln. Der optimale  
647 Verkehrsfluss auf der Straße darf nicht zu Lasten von weniger mobilen Fußgängerinnen und  
648 Fußgängern gehen – seien es Kinder, Familien, Seniorinnen und Senioren oder körperlich  
649 eingeschränkte Menschen.

650 Besonders in kleineren Ortschaften im ländlichen Raum stellen die Ortseinfahrten bei der  
651 Verkehrssicherheit einen relevanten Faktor dar. Das Tempolimit ist in geschlossenen  
652 Ortschaften auf 50 km/h begrenzt. Leider wird diese Geschwindigkeit aber oft bis weit in die  
653 Orte hinein überschritten, was zu einer erhöhten Gefährdung und Verunsicherung bei anderen  
654 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern führt. Daher fördern wir die Reduzierung der  
655 Geschwindigkeiten an Ortseinfahrten durch Mittelinseln mit Verschwenkungen oder  
656 Kreisverkehrsplätze.

657 *Wir fordern zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern,*

- 658 • partielle Tempolimits (speziell vor Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen ...)
- 659 auszuweiten,
- 660 • bauliche Maßnahmen wie Mittelinseln, Zebrastreifen und Lichtsignalanlagen zu fördern,
- 661 • ausreichend, sinnvolle, möglichst von anderen Verkehrsarten getrennte Infrastruktur für
- 662 Zu-Fußgehende,
- 663 • die Überprüfung und Anpassung von Grünphasen an Ampeln zugunsten von Kindern,
- 664 Familien, Seniorinnen und Senioren oder körperlich eingeschränkten Menschen,
- 665 • zur Reduzierung der Geschwindigkeiten des motorisierten Verkehrs in Ortseinfahrten
- 666 durch Mittelinseln mit Verschwenkungen oder Kreisverkehrsplätzen beizutragen.

## 10. E-Mobilität

667 Heute steht noch nicht fest, wie die Mobilität in 30 Jahren aussehen wird. Die Vorteile der  
668 Elektromobilität zu nutzen, ist dennoch unsere Aufgabe.

669 Auch mit dem heutigen Strommix bietet die Elektromobilität gegenüber konventionellen  
670 Antrieben CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Betrieb. Bei Nutzung von ausschließlich regenerativer Energie  
671 für den Antrieb, sind – trotz der hohen Energieaufwände bei Produktion und Recycling der  
672 Batterie – bei einer Nutzungsdauer von 150.000 km Fahrleistung auf Seiten der Elektromobilität

673 eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um etwa die Hälfte gegenüber einem Benzin- und einem  
674 Drittel gegenüber einem Diesel zu erreichen.

675 Die Nutzung von Elektromobilität kann wichtige Beiträge für die Reduzierung von  
676 Schadstoffbelastung, insbesondere Stickoxide und Feinstaub, Reduzierung der Schallemissionen  
677 in Innenstädten und der Förderung des Klimaschutzes durch die Nutzung von regenerativen  
678 Energien leisten. Gute Luft und geräuscharme Umgebung tragen zur Attraktivität des  
679 Wohnumfeldes bei. Dass die E-Mobilität nicht die alleinige Lösung der Herausforderungen sein  
680 wird, steht für uns ebenso außer Frage wie, dass sie ein Teil der Lösung sein wird. Deswegen  
681 werden wir die Nutzung von Elektrofahrzeugen fördern und erhöhen, um unseren Beitrag zu  
682 einer Reduktion des Schadstoffausstoßes beizutragen. Stadt, Region und Kommunen kommt  
683 eine hohe Bedeutung bei der Förderung von Elektromobilität zu. Zum einen gilt es, die treibende  
684 Vorbild- und Antriebsfunktion der eigenen Flotten und Liegenschaften auszugestalten, zum  
685 anderen müssen bauliche Rahmenbedingungen und allgemeine Förderungen durch die  
686 kommunalen Ebenen gestaltet werden. Dabei gibt es unterschiedliche Bedarfe an und  
687 Voraussetzungen für Mobilität im ländlich bzw. städtisch geprägten Raum.

688 Mit dem Umsetzungskonzept zur Elektromobilität für das Gebiet der Landeshauptstadt  
689 Hannover ist Hannover gut aufgestellt. Viele der aufgezeigten Maßnahmen lassen sich aber  
690 auch auf die städtischen Gebiete der Umlandkommunen übertragen und werden daher auch für  
691 die Region Hannover verfolgt.

692 Unsere Vision für den Individualverkehr: In 30 Jahren findet der motorisierte Individualverkehr  
693 zu einem relevanten Teil mit E-Antrieb statt. Hierzu werden wir eine flächendeckende  
694 Infrastruktur zum Laden bzw. Betanken von Fahrzeugen aufbauen.

#### 695 10.1 E-Fahrzeugflotte

696 Es wird angestrebt, den Fuhrpark von Kommunen, Stadt und Region sukzessive auf elektrische  
697 Antriebe umzustellen. Auch heute schon sind die Kosten für Elektroautos bei einer  
698 Gesamtbetrachtung annähernd mit denen von Autos mit konventionellen Antrieben zu  
699 vergleichen. Daher wird bei Neu- und Ersatzbeschaffungen des Fuhrparks im öffentlichen  
700 Bereich die Strategie „Vorrang für E-Mobilität“ umgesetzt. Elektroautos haben in der  
701 Beschaffung Vorrang. Es muss im Einzelfall begründet werden, warum die Anschaffung eines E-  
702 Autos nicht zweckmäßig ist.

#### 703 *Wir fordern zur Erhöhung der E-Mobilität als ein Teil von emissionsarmer Mobilität,*

- 704 • die Aufstellung eines Konzeptes zur Stärkung der E-Mobilität für die gesamte Region  
705 Hannover sowie
- 706 • den Fuhrpark von Kommunen, Stadt und Region sukzessive auf elektrische Antriebe  
707 umzustellen.

#### 10.2 Ladeinfrastruktur für PKWs

708 Der Kauf eines Elektrofahrzeuges hängt wesentlich von der Verfügbarkeit von Regelladeplätzen  
709 ab. Die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum und die Unterstützung der  
710 Bereitstellung im privaten Bereich ist daher eine effektive Maßnahme, um die Nutzung von E-  
711 Mobilität im privaten Bereich zu fördern.

712 Die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur auf den Liegenschaften der Region, der Stadt und den  
713 Kommunen entspricht der Nachfrage der Bediensteten, ihr Fahrzeug beim Arbeitgeber aufladen  
714 zu können. Hierbei sind die unterschiedlichen Voraussetzungen der Pendler aus städtischen und  
715 aus ländlichen Bereichen zu berücksichtigen. Welche Nachfrage in ländlichen und welche im  
716 städtischen Umfeld zu erwarten ist, soll in einer Bedarfsanalyse abgeschätzt werden.

717 Neben der Bedarfsdeckung von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Angestellten wird vor  
718 allem an zentralen bzw. frequentierten Orten (außer an Verwaltungsgebäuden auch bei Bädern,  
719 Bibliotheken, Sportstätten, Theatern etc.) die Bereitstellung für die Öffentlichkeit angestrebt.

720 Bei der Planung neuer Gebäude wird die Leistungsfähigkeit der Anschlüsse so ausgelegt, dass  
721 die notwendige Ladeinfrastruktur bereitgestellt werden kann. Separate Hausanschlüsse  
722 ermöglichen eine geteilte Abrechnung sowie den Betrieb der Anschlusspunkte mit regenerativer  
723 Energie.

724 Ladepunkte könnten flächendeckend an Straßenlaternen installiert werden. Daher sollen bei der  
725 Planung neuer Baugebiete insbesondere im städtischen Raum sowie bei Ersatzbauten die  
726 technischen Voraussetzungen hierzu berücksichtigt werden (Anordnung der Laternen zum  
727 Stellplatz, Stromschaltung bei Tage).

728 Neben den harten Maßnahmen und der direkten Förderung spielt die Erkennbarkeit von  
729 Ladestationen oder Privilegien im öffentlichen Raum eine wichtige Rolle, um die Verbreitung von  
730 elektronischen Antrieben zu fördern. Wichtig ist hierbei, soweit möglich auf bundesweit gültige  
731 Kennzeichnungen zurückzugreifen, um eine eindeutige Orientierung auch für Reise- und  
732 Transitverkehre zu gewährleisten.

733 *Wir fordern zur Erhöhung der Verfügbarkeit von Regelladeplätzen,*

- 734 • die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur auf den Liegenschaften der Region, der Stadt  
735 und der Kommunen gemäß einer Bedarfsanalyse,
- 736 • bei der Planung neuer Gebäude die Leistungsfähigkeit der Anschlüsse so auszulegen,  
737 dass die notwendige Ladeinfrastruktur bereitgestellt werden kann,
- 738 • die Möglichkeit von Ladepunkten an Straßenlaternen bei der Planung neuer Baugebiete  
739 zu berücksichtigen sowie
- 740 • die Erkennbarkeit von Ladestationen oder Stellplatz-Privilegien, durch verstärkte  
741 (möglichst bundesweit gültige) Kennzeichnungen, zu erhöhen.

### 10.3 Anreizsysteme

742 Die zeitlich befristete Gebührenbefreiung beim Parken und die Reservierung von Stellplätzen für  
743 Elektrofahrzeuge sollen weitergeführt bzw. ausgebaut werden.

744 An Stellplätzen mit Lademöglichkeiten muss konsequent gegen unberechtigte Nutzung  
745 vorgegangen werden. Je nach aktuellem Verhältnis von genutzten Elektrofahrzeugen und  
746 Angebot von Ladeplätzen ist die maximal mögliche Zeitdauer des Ladevorgangs anzupassen.

747 *Wir fordern,*

- 748 • die zeitlich befristete Gebührenbefreiung beim Parken für Elektrofahrzeuge weiter  
749 fortzuführen und auszubauen sowie

- 750 • ein konsequentes Vorgehen gegen unberechtigte Nutzung von Stellplätzen mit  
751 Lademöglichkeit.

#### 10.4 Handreichung für Kommunen

752 Kommunen werden über Möglichkeiten E-Mobilität zu fördern und in ihren Planungen zu  
753 berücksichtigen, informiert. Dabei wird die Möglichkeit den Ausbau im öffentlichen  
754 Verkehrsraum durch Vergabe einer Konzession zu steuern erörtert, um Zahl, Ausstattung und  
755 Gestaltung beeinflussen zu können. Des Weiteren werden rechtliche Voraussetzungen und  
756 technische Hinweise (wie die Begrenzung von Ladezeiten) sowie Haftungsfragen erläutert.

757 In einer Planungshilfe wird die Beeinflussbarkeit durch Regelungsmöglichkeiten innerhalb  
758 privat-rechtlicher Verträge aufgezeigt. Hierzu gehört beispielsweise die Ausstattung von  
759 Gebäuden und Grundstücken mit E-Tankstellen-Stellplätzen bzw. Garagen oder die  
760 Verpflichtung geeignete Vorkehrungen zu treffen (Leerrohre).

#### 761 *Wir fordern,*

- 762 • Kommunen über Möglichkeiten E-Mobilität zu fördern und in ihren Planungen zu  
763 berücksichtigen sowie rechtliche Voraussetzungen und technische Hinweis, zu  
764 informieren.

#### 11. Ausblick - Autonomes Fahren

765 Wenn das autonome Fahren in der Zukunft für Menschen sicher und auch rechtssicher zur  
766 Anwendung kommt, werden sich politische Fragen stellen. Daher beschäftigen wir uns schon  
767 heute mit den Antworten.

768 Zukünftig wird das autonome Fahren sowohl im Bereich des motorisierten Individualverkehrs  
769 als auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs unsere Mobilität stark prägen. So ist heute schon  
770 eine fahrerlose U-Bahnlinie in Nürnberg unterwegs. Auch im Personen- und Güterverkehr wird  
771 das autonome Fahren Einzug halten. Aktuell helfen sehr viele Assistenzsysteme im Auto  
772 (eigenständiges Einparken, Abstands- und Bremsassistent etc.) die Autofahrt sicherer zu  
773 machen.

774 Der ländliche Raum kann durch autonome Fahrten eine deutlich bessere Anbindung erhalten, so  
775 kann auch die Verknüpfung zu anderen Verkehrsmitteln wie dem schienengebundenen  
776 Nahverkehr erhöht werden.

777 Deshalb positionieren wir uns zum autonomen Fahren, um es kontinuierlich je nach  
778 Entwicklungsstand in den ÖPNV sozialverträglich und zuverlässig einfließen zu lassen, damit wir  
779 zukünftig zum Wohle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger einen sozial gerechteren ÖPNV  
780 haben.

781 Das autonome Fahren birgt Möglichkeiten und Unsicherheiten. Im Hinblick auf die  
782 Entwicklungen am Arbeitsmarkt ist die rechtzeitige politische Gestaltung unabdingbar. Die  
783 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze wegfallen, brauchen eine  
784 Perspektive. Für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer darf die Automatisierung des  
785 Fahrens zudem keine Gefahren bergen.

786 Wir sprechen uns dafür aus, trotz Automatisierung weiterhin Fahrerinnen und Fahrer zu  
787 beschäftigen. Dies bietet zusätzliche Sicherheit für die Bevölkerung und ist für die Akzeptanz der  
788 neuen technologischen Möglichkeiten zwingend erforderlich.

789 Jüngere Kolleginnen und Kollegen sollen so lange weiterhin in den Fahrzeugen zum Einsatz  
790 kommen, bis das autonome Fahren akzeptiert und sicher ist. Langfristig müssen den Fahrerinnen  
791 und Fahrern vielfältige Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote gemacht werden. Hierbei  
792 muss das Ziel sein, dass die Beschäftigten gemäß ihren Neigungen und Fähigkeiten an einem  
793 anderen Arbeitsplatz tätig werden.

794 Wir setzen uns dafür ein, dass die Betriebe eine solche Überführung gewährleisten und  
795 unterstützen.

796 Fahrerinnen und Fahrer, die kurz vor dem Rentenalter stehen, sollen bis zum Ende ihrer Tätigkeit  
797 einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zugesichert bekommen. Insbesondere da  
798 diesen eventuell nicht die Möglichkeit offensteht, durch Weiterbildung und Qualifizierung in  
799 einen anderen Tätigkeitsbereich zu wechseln. In diesem Fall sollen die Betriebe entsprechend  
800 verpflichtet werden, eine Weiterführung des bisherigen Arbeitsverhältnisses zu gewährleisten.

801 *Wir müssen auf die Herausforderungen, denen wir mit dem Einsatz autonomen Fahrens gegenüber*  
802 *stehen werden, reagieren. Deshalb fordern wir,*

- 803 • die sozialverträgliche Integration des autonomen Fahrens in den ÖPNV,
- 804 • weiterhin Fahrerinnen und Fahrer bei der Begleitung des autonomen Fahrens zu  
805 beschäftigen und dazu frühzeitig Konzepte zu entwickeln,
- 806 • die Zusicherung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Fahrerinnen und  
807 Fahrer, die kurz vor dem Rentenalter stehen sowie
- 808 • die Weiterbeschäftigung von jüngeren Kolleginnen und Kollegen bis diese durch  
809 Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote gemäß ihren Neigungen und Fähigkeiten  
810 an einem anderen Arbeitsplatz tätig werden können.

#### 811 Empfehlung der Antragskommission

812 Annahme in geänderter Fassung:

- 813 - Ersetze (Seite 9, Zeile 58f.) „vollständig elektrisch“ durch „vollständig nachhaltig“
- 814 - Füge ein (Seite 11, Zeile 128): „Tagestickets sollen künftig 24 Stunden gültig sein. Weitere  
815 Ticketangebote zur Tourismusförderung z. B. ein 48- und 72-Stunden-Ticket sollen  
816 geprüft werden.“
- 817 - Füge ein (Seite 11, Zeile 134 als Stichpunkt): „Tagestickets mit einer Gültigkeit von 24  
818 Stunden.“
- 819 - Füge ein (Seite 11, nach Zeile 123: „Langfristig soll die Einführung anderer Modelle, z.B.  
820 wie ein ticketloser oder umlagefinanzierter ÖPNV, geprüft werden.“
- 821 - Füge ein (Seite 11, Zeile 126): „Die Sozialverträglichkeit des 365-Euro-Tickets soll z. B.  
822 durch ein Ratensystem sichergestellt werden.“
- 823 - Ersetze (Seite 11, Zeile 111-113) durch: „Mittelfristig werden wir dieses Angebot für  
824 Auszubildende und arbeitssuchende Jugendliche einführen, um das Angebot erkennbar  
825 sozialer zu gestalten.“

- 826 - Füge ein (Seite 14, Zeile 237): „Im ÖPNV der Region Hannover soll ein öffentlicher  
827 Fahrradverleih in die Mobilität der Zukunft integriert werden. Dazu gehört auch die  
828 Integration in den ÖPNV-Tarif und die Gültigkeit bestehender Vergünstigungen wie der  
829 GVH-SparCard, GVH-MobilCard´s, der JobCard und ähnlichen. Der öffentliche  
830 Fahrradverleih ergänzt die bisherigen Fortbewegungsmittel Bus und Bahn. Die  
831 Verleihstationendichte soll sich daher am Netz des bestehenden ÖPNV orientieren und  
832 Haltestellen sinnvoll miteinander verbinden. Eine hohe Stationendichte ist anzustreben.  
833 Durch feste Verleihstationen wird ein solches Gesamtkonzept aus Bus, Bahn und Rad  
834 möglich und es wird erleichtert, die Räder zu finden und zurückzugeben. Ob der  
835 öffentliche Fahrradverleih als Betriebsteil beispielsweise der Üstra oder als weiteres,  
836 kommunales Verkehrsunternehmen organisiert wird, ist zu prüfen. Nach erfolgreicher  
837 Etablierung soll außerdem der Verleih von Lastenfahrrädern getestet werden. Um einen  
838 unkomplizierten Hin- und Rückweg beispielsweise zum Arbeitsplatz zu gewährleisten,  
839 muss die Stationendichte entweder so hoch sein, dass keine weiten Fußwege bis zur  
840 nächsten Station zurückgelegt werden müssen oder es muss möglich sein, die Fahrräder  
841 individuell abzustellen. Um hohe Nutzungszahlen zu erreichen, soll der öffentliche  
842 Fahrradverleih sinnvoll beworben werden und der weitere Ausbau von Fahrradwegen  
843 und -straßen vorangetrieben werden. Auch die Integration in das Semesterticket für  
844 Studierende und die Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen, um  
845 Erwerbstätige für das Angebot zu gewinnen, wird als sinnvoll erachtet. Um die Sicherheit  
846 der Nutzerinnen und Nutzer zu gewährleisten, ist der Verleih von Fahrradhelmen an den  
847 Fahrradverleihstationen unumgänglich. Wir wollen, dass der ÖPNV in der Region  
848 Hannover diese Lücke schließt und das Fahrrad als Teil einer nachhaltigen und  
849 vielseitigen Mobilität entdeckt wird.“
- 850 - Füge ein (Seite 18, Zeile 378): „Wir fordern die Einführung von englischen  
851 Lautsprecherdurchsagen zusätzlich zu den deutschen Lautsprecherdurchsagen in allen  
852 Bahnen & Bussen der Üstra in der Region Hannover, unabhängig von Messezeiten.“
- 853 - Füge ein (Seite 18, Zeile 400 nach „usw. an“) ein: „Dabei muss auch die Modernisierung  
854 von Haltestellen mit einer Mindestausstattung berücksichtigt werden.“
- 855 - Füge ein (Seite 18, Zeile 402): „Mobilität durch den ÖPNV muss auch in der Nacht  
856 ermöglicht werden. Dafür muss ein Nachtsternverkehr werktags geprüft werden.“
- 857 - Füge ein (Seite 18, Zeile 408 als Stichpunkt): „ein besseres ÖPNV-Angebot in der Nacht.“
- 858 - Füge ein (Seite 19, Zeile 446): „Es soll ein Stadtbahn-Ringverkehr in der Stadt Hannover  
859 eingeführt werden. Dafür soll ein ganzheitliches Konzept erarbeitet werden, bei dem  
860 Stadtplanerinnen und Stadtplaner einbezogen werden und die angrenzenden  
861 Umlandkommunen angebunden werden. Der Stadtbahn-Ringverkehr wird ein Teil des  
862 Gesamtkonzeptes sein. In der Planungs- und Bauphase soll der Ringverkehr provisorisch  
863 durch Busse im Testbetrieb erfolgen und mittels einer Fahrgastbefragung evaluiert  
864 werden.“
- 865 - Füge ein (Seite 20, Zeile 473 als Stichpunkt): „einen Stadtbahn-Ringverkehr“.
- 866 - Füge ein (Seite 21, Zeile 520): „Es soll die Asphaltierung eines Radwegs entlang des  
867 Mittellandkanals auf einer Uferseite im Stadtgebiet von Hannover vorgenommen  
868 werden.“
- 869 - Füge ein (Seite 22, Zeile 528 als Stichpunkt): „einen asphaltierten Radweg entlang des  
870 Mittellandkanals.“
- 871 - Ersetze (Seite 24, Zeile 602f.): „Aufgrund der erhöhten Geschwindigkeit von E-Bikes sind  
872 Fahrradwege insbesondere mit einer Trassierungsgeschwindigkeit von bis zu 25 km/h  
873 herzustellen.“

- 874 - Ersetze (Seite 24, Zeile 613f.): „insbesondere Fahrradwege für E-Bikes mit einer  
875 Trassierungsgeschwindigkeit von bis zu 25 km/h herzustellen und wo möglich auf 2,50  
876 m Breite zu konzipieren,“
- 877 - Füge ein (Seite 26, Zeile 694): „Wir wollen das Konzept der  
878 Wasserstoffkreislaufwirtschaft im Hinblick auf geeignete Einstiegsmaßnahmen in der  
879 Region einer Prüfung unterziehen.“

## A2 Fond für umwelt- und sozialverträgliche Verkehrswende einrichten

Antragsteller\*innen: Ortsverein Herrenhausen Stöcken

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Um die Ziele einer menschengerechten, umweltfreundlichen und entwicklungsfreundlichen  
2 Mobilität zu erreichen, müssen Maßnahmen beschlossen werden, die eine operativ erfolgreiche  
3 Herangehensweise ermöglichen:

4 Dazu zählen:

5 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der gesamten Verkehrsinfrastruktur

6 Weiterentwicklung der umweltverträglichen Antriebstechnik

7 Verringerung und Minimalisierung von gesundheitsschädlichen Beeinträchtigungen durch  
8 unkontrollierten Ausbau von Mobilität

9 Diese Maßnahmen dienen der Gesundheit aller Menschen und nützen der gesellschaftlichen  
10 und umweltverträglichen Mobilität. Ihre Realisierung ist nicht allein mit marktwirtschaftlichen  
11 Mechanismen zu lösen. Sie bedürfen einer verlässlichen politischen und finanziellen Steuerung.

12 Die Lösung wird langfristig kostenintensiv.

13 Die zuverlässige Finanzierung ist nur durch eine verlässliche Steuerumlage auf die  
14 Mineralölkosten möglich, die ausgabengebunden eingesetzt werden muss. Ein solcher Fonds  
15 sollte dort finanzielle Möglichkeiten steuerlich ausschöpfen, wo unvernünftige Mobilität, wie z.  
16 B. SUV- Nutzung, Kerosinverbrauch, Massentourismus zu Dumpingpreisen,  
17 Dieselsubventionierung offensichtlich sind.

18 Damit diese Finanzierung nicht zu ungebührlichen finanziellen Belastungen und sozialer  
19 Ungerechtigkeit führt, soll aus diesen Steuereinnahmen auch ein solcher Fonds gegründet  
20 werden, der als Ausgleichsfonds dienen kann.

21 *Begründung:*

22 Wir können die Diskussion über die Mobilität nicht einschränken auf den Verkehr in der Region  
23 Hannover. Die SPD muss über die Region Hannover hinaus blicken und Konzepte entwickeln, die  
24 Lösungsansätze für das künftige Handeln aufzeigen. Auch wenn diese manchmal unpopulär  
25 sind. Aber wenn wir für das Grundsatzthema Mobilität einen Ansatz gefunden haben, können  
26 wir die Region Hannover als Musterbeispiel in das Gespräch bringen.

27 Es gibt viele Formen von Mobilität, vom Fußgänger über den Radfahrer, dem Automobilverkehr  
28 bis zum Flugzeug. Verkehrsarten mit besonders hohem Energieverbrauch, dem Ausstoß giftiger  
29 Gase und anderer negativer Eigenschaften stellen eine gesundheitliche Gefährdung der  
30 Menschheit dar. Das sind

31 a. das Automobil (Personen- und Güterfernverkehr, SUV)

32 b. das Flugzeug (Urlaubs-, Fernverkehr)

33 c. Eisenbahnverkehr (Personen-, Güterverkehr)

34 d. Schiffsverkehr (Kreuzfahrt-, Güterverkehr)

35 Gemeinsam ist ihnen ihre Schädlichkeit d.h. hoher Energieverbrauch, Platzbedarf,  
36 Lärmbelästigung, Gesundheitsgefährdung, hohe CO<sub>2</sub> –Produktion, Umweltschädlichkeit u.s.w.

37 Deswegen ist es im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger diese Verkehrsarten zu reduzieren,  
38 bzw. auf regenerative Energieformen umzustellen und dieses zu einem politischen Programm  
39 zu machen.

40 Es ist eine langjährige Erfahrung, dass alles über den Preis zu steuern ist. Bisher waren fossile  
41 Brennstoffe relativ preiswert und haben dazu beigetragen, dass der Verkehr explosionsartig  
42 angestiegen ist. Bei der Entwicklung und Konstruktion der Verkehrsmittel spielte der Verbrauch  
43 von Kraftstoff für den Antrieb eine geringe Rolle. Auch geht viel Energie als Wärme (Kühlung),  
44 verloren, d.h. ungenutzt (ist ja billig!). Außerdem werden noch Kraftstoffe (Diesel) vom Staat  
45 subventioniert. Erst wenn sich der Energiepreis erhöht, wird die Anschaffung und der Betrieb des  
46 Verkehrsmittels teurer und der Nutzer überlegt, ob tatsächlich alle Fahrten notwendig sind und  
47 die Größe des Fahrzeuges erforderlich. Eine Diskussion um die hier aufgezeichnete Problematik  
48 würde auf jedem Fall das öffentliche Bewusstsein schärfen.

49

50 Empfehlung der Antragskommission:

51 Ablehnung

## A3 Einführung eines umlagefinanzierten ÖPNV

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion, SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk Region Hannover steht langfristig für die Einführung eines  
2 umlagefinanzierten Öffentlichen Personennahverkehrs in der Region. Aus diesem  
3 Grunde soll die Region ein Modell entwickeln, wonach alle Einwohner\*innen der Region  
4 Hannover gegen Vorlage eines Personaldokumentes, aus dem der Wohnsitz  
5 hervorgeht, ohne Erwerb eines Fahrscheines den ÖPNV in der Region nutzen können.

6 *Begründung:*

7 Die Weiterentwicklung in der Region ist einer der wesentlichen Faktoren, die zu  
8 Lebensqualität, Mobilität und Gesundheit der Menschen in der Region Hannover  
9 beitragen. Aus diesem Grunde soll langfristig die Einführung eines umlagefinanzierten,  
10 fahrscheinlosen ÖPNV geprüft werden. Zur Nutzungsberechtigung soll ausschließlich  
11 ein Personaldokument dienen, das den Wohnsitz der Fahrgäste in der Region Hannover  
12 nachweist.

13 Ein solches Modell setzt die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur voraus.  
14 Es könnte zugleich zu erheblichen Einsparungen führen, da Verkaufsstellen und -  
15 automaten nur noch in geringer Anzahl vorgehalten werden müssten, auf die Kontrolle  
16 von Schwarzfahrten weitestgehend verzichtet und damit auch die Strafverfolgung und  
17 der Strafvollzug für das „Erschleichen von Beförderungsleistungen“ entfallen würde.

18 Die Kosten hierfür würden einerseits über eine Regionsumlage eingenommen werden,  
19 die – sozial und nach spezifischen Altersgruppen gestaffelt – pro Einwohner\*in erhoben  
20 würde. Zugleich sollen Verhandlungen mit dem Bund und dem Land über  
21 Fördermöglichkeiten für einen solchen Modellversuch aufgenommen werden. Zudem  
22 soll mit dem Land darüber verhandelt werden, einen Anteil für die Einsparungen in  
23 Justiz und Strafvollzug durch den Verzicht auf die Verfolgung von Schwarzfahrten zu  
24 erhalten.

25 Empfehlung der Antragskommission:

26 Erledigt durch den Leitantrag A1 in Form der Antragskommission

## A4 Radschnellweg von Altwarmbüchen bis zur Musikhochschule

Antragsteller\*innen: Ortsverein Bothfeld

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion, SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD-Region Hannover möge beschließen:
- 2 Die Planungen für den Bau eines Radschnellweges von Altwarmbüchen bis zur Musikhochschule
- 3 sollen begonnen und umgesetzt werden.
- 4 A. Was sind Radschnellwege
- 5 Radschnellwege unterscheiden sich grundsätzlich von normalen Fahrradwegen.
- 6 Radschnellwege sollen Wohngebiete und Arbeitsplätze mit Hannovers Innenstadt verbinden.
- 7 Sie sollen wegen der dann möglichen höheren Geschwindigkeiten von Fahrrädern und E-Bikes
- 8 den Einzugsradius erhöhen und die Fahrzeiten verkürzen. Sie sollen eine echte Alternative zur
- 9 Automobilität darstellen und damit zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung beitragen. Normale Fahrradwege
- 10 dienen als Zubringer zu den Radschnellwegen.
- 11 B. Welche Kriterien müssen Radschnellwege erfüllen?
- 12 Trennung vom Kfz-Verkehr, wenig Ampeln
- 13 Trennung vom Fußgängerverkehr
- 14 Gute und gepflegte Fahrbahnen mit Asphalt
- 15 Fahrspurbreite 4 m bei Zweirichtungsfahrbahnen
- 16 Möglichst durchgehend Beleuchtung
- 17 Fahrgeschwindigkeiten von 25 km/h ermöglichen
- 18 Gute Beschilderung
- 19 Regelmäßige Reinigung und Pflege und Winterdienst
- 20 Gesicherte Stellplätze an P+R Stationen der S-Bahn und Stadtbahn
- 21 C. Welche Radschnellwege sind derzeit in der Planung?
- 22 Derzeit sind in der Stadt Hannover zwei Radwege in der Planung:
- 23 - Radschnellweg Hannover – Lehrte
- 24 - Radschnellweg Hannover – Garbsen
- 25 D. Welche Beschlüsse hat der SPD-Ortsverein Bothfeld bisher gefasst?
- 26 Am 7. April 2018 hat der Vorstand des SPD-Ortsvereins Bothfeld einstimmig beschlossen, die
- 27 Verwaltung aufzufordern, mit der Planung und Realisierung eines Radschnellweges von
- 28 Altwarmbüchen bis zur Musikhochschule zu beginnen.

29 Die Verwaltung hat den Antrag des SPD-Ortsvereins Bothfeld negativ entschieden, weil  
30 angeblich die Planungskapazitäten nur für die beiden bereits geplanten Radschnellwege  
31 ausreichen. Es ist deshalb erforderlich die ebenfalls betroffenen Ortsvereine List-Nord und -Süd,  
32 Groß-Buchholz und Isernhagen-Altwarmbüchen in die Überlegungen mit einzubeziehen, um  
33 den politischen Druck auf die Verwaltung zu erhöhen.

34 Der ADFC ist mit Schreiben vom 15. Januar 2019 von unserem Vorhaben unterrichtet und um  
35 eine Stellungnahme gebeten worden. Inzwischen hat der Vorsitzende des ADFC, Herr Eberhard  
36 Röhrig-van der Meer, die vorgeschlagene Trasse abgefahren und sehr positiv bewertet.

37 Er hat außerdem empfohlen mit dem SPD-Ortsverein Isernhagen-Altwarmbüchen Kontakt  
38 aufzunehmen.

#### 39 E. Radschnellweg von Altwarmbüchen bis zur Musikhochschule

40 Die von uns vorgeschlagene Route hat den Vorzug, dass sie die Kriterien, die an Radschnellwege  
41 gestellt werden, erfüllt.

42 Der Radschnellweg knüpft an die bereits von der Region vorgeschlagene Velo-Route in  
43 Altwarmbüchen an. Der von uns geplante Radschnellweg soll von der Autobahnbrücke über die  
44 A2 auf der süd-östlichen Straßenseite der Kirchhorster Straße entlang dem Laher Friedhof bis zur  
45 Buchholzer Straße angelegt werden. Für dieses Straßenstück bestehen keine Platzprobleme, da  
46 der Grünstreifen nur verrohrt werden muss, um die Schnellwegbreite von 4 Metern für eine  
47 Befahrung in beiden Richtungen zu realisieren.

48 Über den Paracelsusweg wird der vorhandene Fahrradweg entlang des Messeschnellweges  
49 erreicht, der allerdings verbreitert, bzw. auf neuer Trasse gebaut werden muss. Der  
50 Mittellandkanal kann auf dem bisherigen Fußweg auf nördlicher Seite überquert werden. Die  
51 Fußgänger könnten dann ausschließlich die südliche Seite benutzen. Von dort wird der  
52 Radschnellweg immer entlang des Messeschnellweges bis zur Klingerstraße weitergeführt,  
53 wobei der heute vorhandene Trampelpfad ab Pinkenburger Straße ausgebaut werden muss  
54 (Grunderwerb erforderlich). Zur Überquerung der Klingerstraße ist am Weidetorkreisel  
55 allerdings eine Ampel erforderlich.

56 Vom Weidetorkreisel könnte der Fahrradschnellweg weiter entlang der nördlichen Seite des  
57 Messeschnellweges durch die Eilenriede führen und käme dann südlich des ehemaligen Militär-  
58 Krankenhauses auf einen bereits vorhandenen Weg und von dort schließlich zum Steuerndieb.  
59 Von hier könnte der vorhandene Fahrradweg bis zum Zoo verbreitert oder als Alternative der  
60 Fahrradschnellweg auf der nord-westlichen Seite der Waldallee durch die Eilenriede bis zur  
61 Musikhochschule geführt werden.

62 Die Vorteile für die vorgeschlagene Wegeführung liegen auf der Hand. Die Trasse des  
63 Radschnellweges verläuft weitgehend abseits der Wohnbebauung. Es bestehen auch kaum  
64 Probleme mit dem Autoverkehr. Die Wegeführung ist die kürzeste Verbindung von  
65 Altwarmbüchen in die Innenstadt. Der Radschnellweg wird weitgehend durch vorhandene  
66 Grünflächen geführt. Die vorhandenen Fahrradwege aus Bothfeld, Groß-Buchholz, Roderbruch  
67 und der List können als Zubringer zum Radschnellweg dienen. Dieser Vorschlag muss  
68 selbstverständlich vom FB Planen und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Hannover noch  
69 detailliert ausgearbeitet werden.

- 70 *Begründung:*
- 71 Erfolgt mündlich.
- 72 Empfehlung der Antragskommission:
- 73 Überweisung als Material an die SPD-Regionsfraktion

## A5 Einführung der Wasserstoffkreislaufwirtschaft

Antragssteller\*innen: Ortsverein Misburg/Anderten

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die SPD unterstützt eine Energiewende, die die Wasserstoffkreislaufwirtschaft zum Ziel hat.
- 2 Wir rufen die SPD-Fraktion in der Regionsversammlung Hannover dazu auf, sich für dieses Ziel
- 3 einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass die Behörden der Region Hannover, speziell
- 4 Wirtschafts- und Umweltdezernat, das Konzept der Wasserstoffkreislaufwirtschaft im Hinblick
- 5 auf geeignete Einstiegsmaßnahmen in der Region einer Prüfung unterziehen und sinnvolle
- 6 Schritte dazu realisieren.
- 7 Wir rufen Politik und die zuständigen Behörden dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass die
- 8 Infrastruktur zur Versorgung mit Wasserstoff (insbesondere für Betriebe wie z.B. Hersteller von
- 9 Wasserstoffzügen) öffentlich gefördert wird.
- 10 Dieser Antrag ist als weiterführende Ergänzung des neuen Mobilitätskonzepts des SPD-
- 11 Unterbezirks Region Hannover gedacht.
- 12 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover ruft die höheren Parteiebenen der SPD bis zur
- 13 Bundespartei dazu auf, sich diesem Antrag anzuschließen.
- 14 *Begründung:*
- 15 Die Welt, wie wir sie derzeit kennen, wird in einigen Jahrzehnten nicht mehr existieren. Der von
- 16 Menschen gemachte anthropogene Klimawandel führt zu einem nachhaltigen Anstieg der
- 17 globalen Mitteltemperatur, die sich schon jetzt in extremen Wetterlagen und
- 18 Klimakatastrophen niederschlägt. Sollte der ungebremste Ausstoß von Kohlendioxid durch
- 19 Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle nicht umgehend verringert werden,
- 20 wird sich unser Planet bis Ende des Jahrhunderts bis zur Unkenntlichkeit verwandelt haben und
- 21 ein lebensfeindlicher Ort sein. Weite Teile Europas, Amerikas, Afrikas und Asiens werden
- 22 aufgrund der wachsenden Hitze, Wüstenflächen und vermehrter Klimakatastrophen
- 23 unbewohnbar sein. Das Leben an den küstennahen Standorten wird nicht mehr möglich sein, da
- 24 der Meeresspiegel durch das Schmelzen der polaren Eiskappen und Gletscher bis zu 50 m
- 25 ansteigen wird. Die Erde verkommt zu einem Platz, wo Pflanzen und Tiere verschwinden und der
- 26 Mensch keinen Platz mehr hat. Wenn unsere Kinder und Enkelkinder noch einer Welt vorfinden
- 27 sollen, in der es sich lohnt zu leben, dann ist eine umgehende und nachhaltige Wende in der
- 28 Energiepolitik hin zur Wasserstoffkreislaufwirtschaft unabdingbar. Wasserstoff, das Element
- 29 mit der chemischen Formel H<sub>2</sub> ist das häufigste Element im Universum und auf der Erde in Form
- 30 von Wasser (H<sub>2</sub>O) praktisch unbegrenzt vorhanden. Mit Wasserstoff kann man heizen oder ihn
- 31 ähnlich wie bei Benzin oder Diesel tanken. Über Brennstoffzellen betreibt er dann
- 32 Elektromotoren, die Autos oder Busse flüsterleise und vibrationsfrei beschleunigen. Wasserstoff
- 33 verbindet sich dabei wieder mit Sauerstoff und es entsteht als Abfallprodukt „Wasser“, so rein,
- 34 dass man es trinken kann. Wird der Wasserstoff dann noch über die Elektrolyse mittels
- 35 regenerativer Energie mit Hilfe von Wind- und Solarkraft gewonnen, hat man einen

- 36 Energiekreislauf ohne jegliche Belastung für die Umwelt. Die Folge ist zudem, dass die  
37 Energiewirtschaft demokratisiert wird, da jeder Endverbraucher in der Lage sein wird, einen  
38 wesentlichen Teil seines eigenen Bedarfes an elektrischer Energie und Wärme mit Hilfe des  
39 Wasserstoffs selber zu produzieren.
- 40 Empfehlung der Antragskommission:
- 41 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## A6 Stärkung der Attraktivität des ÖPNV in der Region Hannover

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, UBV

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Es möge der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
- 2 an die SPD Regionsfraktion und den Vorstand des SPD Unterbezirks Hannover weiterleiten:
- 3 1. Es wird dafür gesorgt, dass zukünftig in den nächsten 5 Jahren keine Fahrpreiserhöhungen
- 4 mehr durchgeführt werden. Eine Evaluierung soll nach 5 Jahren stattfinden.
- 5 2. Es wird dafür gesorgt, dass ein gegenüber dem Tageseinzelticket deutlich verbilligtes
- 6 Feierabendticket eingeführt wird, das täglich für die Zeit ab 18:00 gelten soll.
- 7 *Begründung:*
- 8 folgt mündlich
- 9 Empfehlung der Antragskommission:
- 10 Erledigt durch den Leitantrag A1.

## A7 VW Dieselmanipulationen: Angemessene Entschädigungen, transparente Aufklärung und klar nachvollziehbare Konsequenzen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: SPD-Landes- und Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, niedersächsische Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Geschädigten der Dieselmanipulationen von VW-  
2 Kraftfahrzeugen durch den Automobilhersteller Volkswagen AG eine angemessene  
3 Entschädigung erhalten.

4 Begründung:

5 Der Automobilhersteller Volkswagen AG hat nachweislich durch eine verbotene Software die  
6 Abgaswerte von den betroffenen Fahrzeugen resp. Motortypen vorsätzlich manipuliert,  
7 wodurch neben der zuständigen Bundesbehörde vor allem die betroffenen Verbraucher\*innen  
8 arglistig getäuscht und schlussendlich geschädigt wurden. Daraus ergeben sich diverse  
9 Nachteile für die betroffenen Verbraucher\*innen, die neben den erheblichen Wertverlust ihres  
10 (neuen) Dieselfahrzeuges mittlerweile auch Dieselfahrverbote in einigen deutschen  
11 Großstädten beinhalten. Vom immateriellen Schaden - bewusst ein ökologisch „sauberes“  
12 Dieselfahrzeug im Sinne des Umweltschutzes gekauft zu haben - ganz zu schweigen. Wenn die  
13 SPD tatsächlich als Partei für mehr Gerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft sowie im  
14 europäischen resp. globalen Raum glaubhaft eintreten und als solche auch wahrgenommen  
15 werden möchte, dann können wir uns an dieser Stelle nicht einfach aus unserer Verantwortung  
16 stehlen. Das ist auch auf viele weitere politische und gesellschaftliche Bereiche übertragbar. Es  
17 steht außer Frage, dass die finanziellen Konsequenzen für den Automobilhersteller Volkswagen  
18 AG, wenn diese Forderungen umgesetzt werden würden, erheblich wären. Jedoch kann das  
19 weder für die geschädigten Verbraucher\*innen noch für allen anderen Personen eine  
20 nachvollziehbare Begründung dafür sein, wenn aus dem rechtswidrigen und vorsätzlichen  
21 Verhalten eines Großunternehmens, aus Angst dieses in wirtschaftliche Bedrängnis zu bringen  
22 und damit Arbeitsplätze zu gefährden, keine rechtlichen und politischen nachvollziehbaren und  
23 angemessenen Konsequenzen folgen. Folglich müssen im ersten Schritt eine angemessene  
24 Entschädigung der betroffenen Verbraucher\*innen sowie eine transparente Aufklärung und klar  
25 nachvollziehbare Konsequenzen innerhalb des Automobilherstellers Volkswagen AG erfolgen.

26 Im zweiten Schritt muss ggfs. die niedersächsische Landesregierung, wohlmöglich mit Hilfe der  
27 deutschen Bundesregierung, eingreifen und mit zusätzlichen finanziellen Mittel helfen, wenn  
28 dadurch der Automobilhersteller Volkswagen AG in ernstzunehmende wirtschaftliche  
29 Schwierigkeiten gerät. Dann hätte die Politik jedoch die Möglichkeit, auf die verbindliche  
30 Einhaltung von gesetzlichen und moralischen Regeln und notwendigen strukturellen  
31 Veränderungen innerhalb des Automobilherstellers Volkswagen AG konstruktiv einzuwirken.  
32 Des Weiteren besteht in dieser Krise bzw. in diesem Kontext eine sehr große Chance für die SPD,  
33 wenn sie diese Überlegungen und Maßnahmen nicht nur auf Landes- und Bundesebene  
34 beschränken, sondern die europäische Dimension mit einbeziehen würde. Dadurch könnte sich

35 die SPD klar erkennbar und glaubwürdig als „die (europäische) Partei für Gerechtigkeit“  
36 präsentieren und profilieren. Es würden dann endlich den Worten Taten folgen, als die vielen  
37 seelenlosen und gebetsmühlenartigen Wiederholungen von leeren Worthülsen zum Thema  
38 Gerechtigkeit. Es ist eben nicht nur wichtig das Richtige zu tun, sondern es muss auch zum  
39 richtigen Zeitpunkt und auf die richtige Art und Weise geschehen.

40 Packen wir es an! Es wird Zeit für einen echten Aufbruch!

41 Empfehlung der Antragskommission:

42 Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

## A8 Freier ÖPNV für alle SchülerInnen und Schüler gleichermaßen!

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion Hannover zur Bearbeitung, SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnisnahme, Bezirksparteitag, Landtagsfraktion und Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass alle Schülerinnen und Schüler in der Region  
2 Hannover den ÖPNV kostenfrei nutzen können. Dazu wird die Einschränkung, die zwei  
3 Kilometergrenze, zwischen Wohnort und Schulstandort abgeschafft.

4 *Begründung:*

5 Dank der SPD Region Hannover ist es inzwischen fast allen Schülerinnen und Schülern in der  
6 Region Hannover möglich, den ÖPNV in der gesamten Region Hannover kostenfrei zu Nutzen.  
7 Das Angebot kann zurzeit leider nicht gleichberechtigt von allen in der Gesamtheit genutzt  
8 werden.

9 Da das Wohnortprinzip noch gilt und die Entfernung zur Schule maßgeblich darüber entscheidet,  
10 wann eine Fahrkarte gewährt wird, können einige Schülerinnen und Schüler nicht den ÖPNV wie  
11 viele andere Nutzen.

12 Mit der Abschaffung würde man alle Schülerinnen und Schüler in der Region Hannover  
13 gleichstellen und alle bisher ausgegrenzten Schülerinnen und Schüler an den ÖPNV  
14 heranführen. Zugleich würden Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen motiviert,  
15 eine wohnortnahe Schule anzuwählen.

16 Empfehlung der Antragskommission:

17 Annahme in geänderter Fassung:

18 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die zwei Kilometergrenze zwischen Wohnort  
19 und Schulstandort abgeschafft wird.

## A9 Chancen für die MHH und deren Nutzer und Nutzerinnen nicht verspielen!

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion Hannover zur Kenntnisnahme, SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnisnahme, SPD-Landtagsfraktion zur Umsetzung

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass das Land Finanz-Mittel zur Verfügung stellt
- 2 für einen ordentlichen Anschluss der MHH an den ÖPNV und alle weiteren Mobilitätsfaktoren.

3 *Begründung:*

- 4 Mit der Standortentscheidung vom 01.04.2019 hat man sich auch dafür ausgesprochen, auf die
- 5 jetzige vorhandene Anbindung an den ÖPNV, der Zuwege für RTW's und sämtlichen anderen
- 6 Nutzungsgruppen zu verzichten.

- 7 Der neue Standort wird von uns damit nicht in Frage gestellt, jedoch muss eine Lösung her, das
- 8 Gebiet mobilitätstechnisch neu zu erschließen. Da das Land sich für die schnellere und
- 9 wirtschaftlichere Variante beim Neubau der MHH entschlossen hat. Kann im Gegenzug nicht die
- 10 Landeshauptstadt Hannover und die Region Hannover die Kosten für eine Erschließung der
- 11 neuen Fläche und Zuwegungen herhalten.

12

13 Empfehlung der Antragskommission:

14 Annahme

## A10 Mehr Kompetenz für „Politik vor Ort“ bezüglich der übertragenen Wirkungskreise

Antragsteller\*innen: List-Nord

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die höheren Gremien weiterleiten:
- 2 Die Bundes- und Kommunalgesetzgebung muss Öffnungsklauseln erhalten, wonach den „vor
- 3 Ort“ zuständigen politischen Gremien die Entscheidungskompetenzen bzgl. der Anwendung der
- 4 Regelungen der StVO übertragen werden.
- 5 *Begründung:*
- 6 Bezirks- und Ortsräte sind nach dem NKomVG für viele Dinge, die vor Ort entschieden werden
- 7 sollen, zuständig. Es ist nicht logisch, dass dazu nicht auch z.B. das „Halteverbot“ in einer kleinen
- 8 Straße, deren Bedeutung nicht über die Grenzen des Ortes/Stadtbezirkes hinausgeht, gilt. Vor
- 9 Ort und nah an den Bürgern Entscheidungen zu treffen ist die Idee einer
- 10 bürger\*innenfreundlichen Politik. Oft scheitern kleine Maßnahmen, die dem Wunsch der Bürger
- 11 entspringen am Widerstand der Verwaltungen, die noch im Rahmen des „übertragenden
- 12 Wirkungskreises“ zuständig sind und u.U. eigene Interessen verfolgen. Hier muss das Primat der
- 13 Politik vor Ort gestärkt werden.
- 14
- 15 Empfehlung der Antragskommission:
- 16 Ablehnung

## A11 Sanierung des Radwegs Mittellandkanal

Antragsteller\*innen: Ortsverein Bothfeld/Groß-Buchholz/Kleefeld-Heideviertel/Misburg/Vahrenwald-List/Vahrenheide-Sahlkamp

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD-Region Hannover möge beschließen:

2 Der SPD-Unterbezirk Hannover unterstützt die Initiative von mehreren SPD-  
3 Bezirksratsfraktionen der Stadt Hannover, die Asphaltierung eines Radwegs entlang des  
4 Mittellandkanals auf einer Uferseite im Stadtgebiet von Hannover vorzunehmen.

5 Darüber hinaus soll die Errichtung dieses Radwegs zum Bestandteil des Mobilitätskonzeptes für  
6 die Region Hannover werden und der Radweg in das bestehende Radverkehrsnetz eingebunden  
7 werden.

8 *Begründung:*

9 In Kooperation der Landeshauptstadt Hannover mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt  
10 wurde im Rahmen des Ausbaus des Mittellandkanals ein Gestattungsvertrag für die öffentliche  
11 Nutzung der Betriebswege als Fuß- und Radweg geschlossen. Die Fuß- und Radwege entlang des  
12 Mittellandkanals sind entsprechend dieser Vereinbarung im Rahmen der Verbreiterung dieser  
13 wichtigen Wasserstraße im Jahr 1998 in wassergebundener Bauweise, teilweise zusätzlich  
14 geschottert, neu angelegt worden. Seit dieser Zeit hat sich die Nutzung der Wege insbesondere  
15 durch Radfahrer stark erhöht. Inzwischen ist der Radweg zu einer wichtigen Wegeverbindung  
16 für Radfahrer geworden, viele Berufstätige und Schulkinder nutzen diese Wege. Auch seitens der  
17 Landeshauptstadt Hannover wurde diese Wegeverbindung in das Radwegenetz eingebunden,  
18 gut ausgeschildert und in Flyern beworben.

19 Die durch die Bauart bedingte starke Staubbildung im Sommer bei Trockenheit sowie  
20 Pfützenbildung bei Regenwetter schränkt die Nutzbarkeit jedoch stark ein. Durch die intensive  
21 Nutzung in den letzten Jahren verbunden mit einer bedingt nachhaltigen Instandsetzung des  
22 Wasser- und Schifffahrtsamts ist eine Nutzung inzwischen nur noch sehr eingeschränkt möglich.  
23 Radfahrer weichen bereits auf die Seitenstreifen aus, wie die beigefügten Fotos belegen. Die  
24 Deckschicht ist zudem in einigen Bereichen vollständig abgenutzt, größere Steine der  
25 darunterliegenden Schotterschicht treten hervor.

26 Daher wurden 2018 in mehreren Stadtbezirksräten mit breiter Mehrheit (überwiegend  
27 einstimmig) entsprechende Anträge auf Schwarzdeckenausbau beschlossen. Mit Entscheidung  
28 15-0042/2018 lehnt die Verwaltung jedoch den Ausbau mit Hinweis auf fehlende Finanzmittel  
29 ab.

30 In den Haushaltssitzungen der beteiligten Stadtbezirksräte wurden daher entsprechende  
31 Haushaltsanträge für dieses Projekt beschlossen. Diese wurden als Haushaltsbegleitantrag vom  
32 Rat aufgegriffen und verabschiedet. Dieser Antrag sieht vor, dass die Stadtverwaltung Hannover  
33 Verhandlungen mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt aufnimmt, planerische Voraussetzungen

34 schafft und eine Kostenplanung erstellt. Darüber hinaus sollen Fördermöglichkeiten von EU,  
35 Bund, Land und Region geprüft werden.

36 Dieser Haushaltbegleitantrag befindet sich aktuell im Verfahren.

37 Ein Ablehnungsgrund der Stadtverwaltung Hannover (s. Entscheidung 15-0042/2018) zu den  
38 Anträgen der Stadtbezirksräte ist die Tatsache, dass das Grundeigentum der betreffenden  
39 Flächen nicht bei der Stadt Hannover liegt, sondern sich im Besitz der Generaldirektion  
40 Wasserstraßen und Schifffahrt (Bundesbehörde) befindet. Es gibt jedoch Förderprogramme des  
41 Bundes, die darauf basieren, dass die Kommune, in deren Bereich sich die Liegenschaft befindet,  
42 einen solchen Ausbau beantragt.

43 Im Bundeshaushalt 2015, Kapitel 1203, Titel 780 12 ist eine Grundlage für den  
44 „Fahrradtauglichen Ausbau von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen“ geschaffen worden.  
45 Der Haushaltsvermerk sieht folgendes dazu vor:

46 „Mit der Maßgabe der hälftigen finanziellen Beteiligung sowie der Übernahme der  
47 Verkehrssicherungspflicht durch Kommunen und Gemeindeverbände können mit diesen  
48 Ausgaben Betriebswege an Bundeswasserstraßen auch für den Radverkehr tauglich ausgebaut  
49 werden. Hierzu können auf Antrag einmalig Mittel aus diesem Titel in Höhe von 50% der Kosten  
50 für den Radwegeausbau (..) verwendet werden.“

51 Wie aus dem Fahrradportal des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zu  
52 entnehmen ist, engagiert sich der Bund für eine sichere, bedarfsgerechte und komfortable  
53 Radverkehrsinfrastruktur durch den Bau von Radwegen ... und ist für die Ertüchtigung von  
54 Betriebswegen an Bundeswasserstraßen für Zwecke des Radverkehrs zuständig.

55 Die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt hat kein eigenes Interesse für die  
56 Aufwertung des Betriebsweges, da dieser für die alleinige Nutzung als Betriebsweg ausreichend  
57 ausgebaut ist. Jedoch steht diese Bundesbehörde aufgrund der vom Bund aufgelegten  
58 Förderprogramme einem Ausbau auch nicht grundsätzlich negativ entgegen wie bereits  
59 Ausbauprogramme an anderen Wasserstraßen belegen.

60 Die Landeshauptstadt Hannover strebt eine spürbare Erhöhung des Radfahreranteils am  
61 Gesamtverkehrsaufkommen an. Dies ist auch aufgrund der aktuellen Luftverunreinigungen  
62 durch den motorisierten Individualverkehr zwingend erforderlich. Daher ist es wichtig, das  
63 Radwegenetz dem Bedarf entsprechend auszubauen bzw. zu erweitern.

64 Das Konzept der Velorouten sieht eine sternförmige Ausrichtung von Radwegrouten zur  
65 Innenstadt Hannovers vor, Verbindungen im äußeren Bereich sind nicht Gegenstand dieses  
66 Konzeptes, werden aber zwingend benötigt, um in den äußeren Stadtbereichen das  
67 Radverkehrsnetz zu komplettieren.

68 Die Radwege entlang des Mittellandkanals stellen bislang eine wichtige Ost-West-Verbindung  
69 dar, die es langfristig zu erhalten gilt!

70 Empfehlung der Antragskommission:

71 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## A12 24h-Ticket

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Wir fordern die Abschaffung des „Üstra TagesTickets“, da dieses nur eine Gültigkeit bis
- 2 Betriebsschluss besitzt. Stattdessen soll ein sogenanntes „24h-Ticket“ eingeführt werden.
- 3 Dies bedeutet, dass dieses Ticket ab dem Moment des Erwerbs eine Gültigkeit von genau 24
- 4 Stunden besitzt. Ebenfalls soll das Ticket für alle Üstra Zonen gelten.
- 5 Der Preis darf den eines Üstra-TagesTickets nicht übersteigen.
- 6 *Begründung:*
- 7 Das bisherige Üstra-Tagesticket ist, egal zu welcher Uhrzeit es erworben wird, ausschließlich bis
- 8 zum Betriebsschluss gültig.
- 9 Dies ist besonders für Personen die das Ticket erst zu später Stunde nutzen können eine
- 10 Motivation schwarz oder mit dem Auto zu fahren, da sie weniger Leistung für das gleiche Geld
- 11 bekommen.
- 12 Ebenfalls ist das Modell des Tagestickets bis Betriebsschluss veraltet, da andere Städte bereits
- 13 ein 24h-Ticket anbieten. Dieses Modell wird dort gut angenommen.
- 14 Wir sind der Meinung: Mit der Einführung eines 24h-Tickets wird die Zahl der Schwarzfahrer und
- 15 KFZ-Nutzung in Hannovers Innenstadt reduziert und der ÖPNV mehr & effektiver genutzt.
- 16 Empfehlung der Antragskommission:
- 17 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## A13 Zukunftsorientierter ÖPNV in Hannover

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 In der Stadt Hannover nimmt der ÖPNV nur langsam zu. Wir wollen diesen Anteil steigern und  
2 mehr ÖPNV in Hannover wagen. Daher fordern die Einführung eines Stadtbahn-Ringverkehrs in  
3 der Stadt Hannover. Dafür soll ein ganzheitliches Konzept erarbeitet werden bei dem  
4 Stadtplaner\*innen einbezogen werden und die angrenzenden Umlandkommunen angebunden  
5 werden. Der Stadtbahn-Ringverkehr wird ein Teil des Gesamtkonzeptes sein. In der Planungs-  
6 und Bauphase soll der Ringverkehr provisorisch durch Busse im Testbetrieb erfolgen und mittels  
7 einer Fahrgastbefragung evaluiert werden.

8 *Begründung:*

9 In der Stadt Hannover gibt es bei der Stadtbahn einen sogenannten Sternverkehr. Dieser ist nicht  
10 mehr zeitgemäß und verhindert das schnelle vorankommen in den äußeren Ringen (z.B. Von  
11 Wettbergen nach Ahlem). Für diese Strecken wird häufig das Auto verwendet. Dies belastet die  
12 Umwelt und den Straßenverkehr in der Stadt Hannover. Die Einführung eines Ringverkehrs  
13 würde dies enorm reduzieren und Pendlern die Möglichkeit eröffnen auf den ÖPNV anstelle des  
14 Autos umzusteigen.

15 Empfehlung der Antragskommission:

16 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## A14 Nachsternverkehr an 365 Tagen im Jahr

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 Einen Nachsternverkehr an 365 Tagen im Jahr anzubieten, wobei in den Nächten von Sonntag  
3 auf Montag bis Donnerstag auf Freitag in der Zeit von 1 Uhr bis 6 Uhr alle 60 min eine S-Bahn  
4 und U-Bahn pro Linie und Fahrtrichtung anzubieten ist.

5 *Begründung:*

6 Hannover ist eine Metropolregion und erhebt den Anspruch in einem Atemzug mit den  
7 Metropolen Berlin, Hamburg, München und Köln genannt zu werden, dann sollte Hannover mit  
8 ca. 550.000 Menschen in der Stadt und über 1 Mio. Menschen die in der Region Hannover leben  
9 und arbeiten auch im ÖPNV widerspiegeln können. Hierzu gehört dann auch flächendeckend in  
10 den Nachtstunden den Menschen die Möglichkeit zu geben, sicher und günstig aus dem  
11 Stadtzentrum nach Hause zu kommen und umgekehrt auch von zu Hause ins Stadtzentrum bzw.  
12 zum Hauptbahnhof oder zum Flughafen zu gelangen. In Berlin, Hamburg, München oder Köln  
13 kommen die Menschen 24/7/365 an ihr Ziel - in Hannover nicht. Hannover ist eine sehr grüne,  
14 aber auch eine sehr wachsende Stadt und Hannover will in der nächsten Dekade Europäische  
15 Kulturhauptstadt werden, dazu gehört auch ein attraktiver, sicherer und günstiger ÖPNV in  
16 Tagesrandlagen wie der Zeit zwischen 1 und 6 Uhr nachts an Werktagen.

17 Empfehlung der Antragskommission:

18 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## A15 Freie Fahrt statt Fahrverbote- ÖPNV nach Wiener Vorbild in Hannover

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 Dass eine Jahreskarte für 365€ im Jahr für den gesamten öffentlichen Personennahverkehr des  
3 GVH-Gebiets eingeführt wird.

4 *Begründung:*

5 Die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs wird in Zukunft weiter steigen. Die  
6 Einwohner\*innenzahl in der Region Hannover steigt. Abgasimmissionen und  
7 Feinstaubbelastung durch Diesel werden ein immer wichtigeres Thema. Zudem wächst in der  
8 Region Hannover die Zahl der Menschen die täglich mehrere Kilometer zur Arbeit pendeln. Dabei  
9 greifen viele auf das Auto zurück. Über etwaige Fahrverbote für Diesel in Städten wird seit vielen  
10 Monaten diskutiert. Dies kann jedoch keine sozialverträgliche Lösung sein die Umwelt und das  
11 Klima zu schützen. Stattdessen sollten Anreize geschaffen werden das Auto stehen zu lassen  
12 und auf den ÖPNV umzusteigen. Dazu gehören der Ausbau des ÖPNV und eine Jahreskarte nach  
13 dem Wiener Modell. Eine Jahreskarte nach Wiener Vorbild würde dazu führen, dass in Hannover  
14 wesentlich weniger Autos unterwegs sind. Viel mehr Menschen würden dann mit Bus und Bahn  
15 unterwegs sein. Dies entlastet nicht nur die Straßen, sondern führt auch zu sauberer Luft und  
16 einem geringeren CO2 Ausstoß. Es steigert auch die Lebensqualität der Menschen, die nun nicht  
17 mehr so viel im Stau stehen und vom Berufsverkehr gestresst werden. Zudem wird der  
18 Geldbeutel vieler Pendler\*innen geschont, wenn diese statt eines Kraftfahrzeugs den ÖPNV  
19 nutzen.

20 Empfehlung der Antragskommission:

21 Erledigt durch Leitantrag A1.

## A16 Zeitgemäße Ausstattung von Bushaltestellen

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

- 1 Wir fordern ein einheitliches Rastersystem für die Ausstattung von Bushaltestellen im
- 2 öffentlichen Nahverkehr, welches mit Frequenz und Lage der Haltestelle zusammenhängt.
- 3 Dieses Rastersystem soll von Experten\*Innen der Regionsverwaltung in Zusammenarbeit mit der
- 4 GVH erarbeitet werden.
- 5 *Begründung:*
- 6 Der öffentliche Nahverkehr wird besonders in unserer nahen Zukunft ein großes Thema. Im Zuge
- 7 des Klimawandels müssen wir den Ausstoß von Feinstaub und CO<sup>2</sup> stark reduzieren. Um dies
- 8 nicht mit Sanktionen, sondern mit Anreizen zu gestalten wollen wir den Komfort an den
- 9 Bushaltestellen verbessern. Dazu gehören:
- 10 Fahrplan, schriftlicher Aushang
- 11 Mülleimer
- 12 Bushäuschen
- 13 Sitzmöglichkeit
- 14 Elektronische Fahrplananzeige
- 15 Diese Punkte sollen in einer gewichteten Vergleichsmatrix eingearbeitet werden, welche wir auf
- 16 jede Haltestelle anwenden können, um eine gute Orientierung zu haben, welche Investitionen
- 17 sich an welchen Haltestellenstandorten lohnen.
- 18 Empfehlung der Antragskommission:
- 19 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## A17 Kostenfreie ÖPNV-Nutzung für alle Freiwillig Dienstleistende Bundesweit

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Wir fordern bundesweit eine einheitliche kostenfreie Nutzung des ÖPNVs für Freiwillig  
2 Dienstleistende.

3 *Begründung:*

4 Tag für Tag – selbst an Feiertagen – machen sich Freiwillige auf den Weg zu ihrem Dienst. Sie  
5 spenden Zeit und Engagement für unsere Gesellschaft. Dafür bekommen sie ein Taschengeld in  
6 Höhe von maximal 390€ - oftmals weniger! Von diesem Geld muss nicht selten die eigene  
7 Verpflegung sowie Hobbys und Freizeit finanziert werden. Damit Freiwillige flexibel ihre Region  
8 erkunden können, sich kostenfrei mit Gleichgesinnten zusammenschließen können oder zur  
9 Arbeit kommen, fordern wir eine Bundesweite einheitliche Regelung nach den Beispielen der  
10 GVH Sparcard für die Region Hannover oder des Schülertickets aus.

11

12 Empfehlung der Antragskommission:

13 Annahme

## A18 Mobil mit Bus, Bahn, und Rad – Bikesharing in den ÖPNV integrieren!

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Im ÖPNV der Region Hannover soll ein öffentlicher Fahrradverleih in die Mobilität der Zukunft  
2 integriert werden. Dazu gehört auch die Integration in den ÖPNV-Tarif und die Gültigkeit  
3 bestehender Vergünstigungen wie der GVH-SparCard, GVH-MobilCard's, der JobCard und  
4 ähnlichen. Der öffentliche Fahrradverleih ergänzt die bisherigen Fortbewegungsmittel Bus und  
5 Bahn. Die Verleihstationendichte soll sich daher am Netz des bestehenden ÖPNV orientieren und  
6 Haltestellen sinnvoll miteinander verbinden. Eine hohe Stationendichte ist anzustreben. Durch  
7 feste Verleihstationen wird ein solches Gesamtkonzept aus Bus, Bahn und Rad möglich und es  
8 wird erleichtert, die Räder zu finden und zurückzugeben. Ob der öffentliche Fahrradverleih als  
9 Betriebsteil beispielsweise der Üstra oder als weiteres, kommunales Verkehrsunternehmen  
10 organisiert wird, ist zu prüfen. Nach erfolgreicher Etablierung soll außerdem der Verleih von  
11 Lastenfahrrädern getestet werden. Um einen unkomplizierten Hin- und Rückweg beispielsweise  
12 zum Arbeitsplatz zu gewährleisten, muss die Stationendichte entweder so hoch sein, dass keine  
13 weiten Fußwege bis zur nächsten Station zurückgelegt werden müssen, oder es muss möglich  
14 sein, die Fahrräder individuell abzustellen. Um hohe Nutzungszahlen zu erreichen, soll der  
15 öffentliche Fahrradverleih sinnvoll beworben werden und der weitere Ausbau von  
16 Fahrradwegen und -straßen vorangetrieben werden. Auch die Integration in das Semesterticket  
17 für Studierende und die Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen, um  
18 Erwerbstätige für das Angebot zu gewinnen, wird als sinnvoll erachtet. Um die Sicherheit der  
19 Nutzer\*inne zu gewährleisten, ist der Verleih von Fahrradhelmen an den  
20 Fahrradverleihstationen unumgänglich.

21 Wir wollen, dass der ÖPNV in der Region Hannover diese Lücke endlich schließt und das Fahrrad  
22 als Teil einer nachhaltigen und vielseitigen Mobilität entdeckt!

23 *Begründung:*

24 Für die Lebensqualität in der Region Hannover ist ein gelungenes Gesamtkonzept der Mobilität  
25 entscheidend. Im Konzept für den ÖPNV sind Fahrräder nicht ausreichend berücksichtigt  
26 worden, obwohl Fahrräder aus dem Alltag vieler Menschen nicht mehr wegzudenken sind.  
27 Radfahren ist nachhaltig und gesund und bietet gleichzeitig

28 Unabhängigkeit von Fahrplänen und festen Fahrstrecken. Durch ein öffentliches  
29 Fahrradverleihsystem wird das Radfahren zum einen Allgemein gefördert, weil das Rad nicht  
30 zuerst privat erworben und regelmäßig gewartet oder repariert werden muss. Durch die  
31 Integration in den ÖPNV-Tarif lohnt sich außerdem schon die unregelmäßige Nutzung des Rads,  
32 insbesondere bei Monatstarifen wie der GHV-SparCard. Der Verleih ermöglicht Pendler\*innen  
33 die Nutzung von Fahrrädern am Arbeitsort. Zum anderen ist die Konzeption als Verleihsystem  
34 effizienter als private Fahrräder, die, ähnlich wie bei Autos, die meiste Zeit nicht genutzt werden  
35 und erlaubt eine sinnvolle Verflechtung mit dem bestehenden ÖPNV-Netz, beispielsweise um  
36 Bahnlinien zu verbinden, zwischen denen sonst nur am Kröpcke umgestiegen werden kann.

37 Zudem schafft der öffentliche Fahrradverleih ein weiteres Fortbewegungsmittel im  
38 Nachtverkehr, wenn Busse und Bahnen selten fahren. Der öffentliche Fahrradverleih wird bereits  
39 von einigen Städten in und außerhalb Deutschlands betrieben und das  
40 Bundesverkehrsministerium hat einige dieser Konzepte evaluiert. Damit kann der öffentliche  
41 Fahrradverleih in der Region Hannover auf der Basis der gesammelten Daten und der  
42 Erfahrungen anderer Kommunen gestaltet werden. Der öffentliche Fahrradverleih soll nicht  
43 zuletzt auch die Sichtbarkeit und Präsenz von Fahrrädern im Verkehrssystem erhöhen. Damit  
44 kann das Verleihsystem als Türöffner für eine fahrradfreundlichere Region dienen und auch den  
45 Ausbau von Fahrradwegen und – Straßen befördern.

46 Empfehlung der Antragskommission:

47 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## A19 Abschaffung der Straßenbaubeitragssatzung

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Wir fordern, die Teilfinanzierung von Straßenausbaumaßnahmen durch die Kostenbeteiligung  
2 von Anlieger\*innen (Straßenausbaubeitragssatzung SABS/STRABS) abzuschaffen. Das somit  
3 den Kommunen fehlende Geld soll durch höhere Steuereinnahmen gedeckt werden.

4 *Begründung:*

5 Mit einer Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes im letzten Jahr erhalten  
6 Städte und Gemeinden künftig die Möglichkeit, die Finanzierung des Straßenausbaues durch  
7 Anlieger\*innen abzuschaffen oder zumindest die Kostenbelastung durch die Kostenverteilung  
8 auf mehrere Schultern deutlich zu mildern. Eine gerechte Gegenfinanzierung bei Abschaffung  
9 der SABS/STRABS durch eine moderate Erhöhung der Steuereinnahmen beteiligt alle und hält  
10 die Kosten für alle Einwohner\*innen gering. Die der SPD angelastete Zersetzung der  
11 kommunalen Solidarität wird wirkungsvoll gestoppt. In Hamburg beispielsweise wurde die  
12 SABS/STRABS in 2016 abgeschafft. Der Beschluss zur Streichung der entsprechenden  
13 Vorschriften ergab sich auch aus der Tatsache, dass sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen  
14 aus den Ausbaubeiträgen und deren Erhebungsaufwand als unwirtschaftlich erwiesen hat.  
15 Ähnliches ist auch bei einer Studie für Hannover herausgefunden worden. Eine Umlegung auf  
16 z.B. die Grundsteuer würde zu einer Mehrbelastung von nur 10 Euro pro Jahr führen, im Vergleich  
17 zu der Möglichkeit, dass Einzelne bis zu fünfstelligen Beträge für die Sanierungen bezahlen  
18 müssen.

19 Die Aussage unseres OB Stefan Schostok, dass die Erneuerung von Straßen allen Bürger\*innen  
20 zu Gute kommt und zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Stadt beiträgt, ist richtig.  
21 Richtig ist aber auch, dass das, was allen Bürger\*innen dient, auch von allen finanziert werden  
22 sollte. Sozialverträglich gestaltete Steuern bieten dazu die beste Praktikabilität.

23

24 Empfehlung der Antragskommission:

25 Ablehnung

## A20 Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten/stärken

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Wir fordern den Erhalt ländlicher Infrastrukturen in der Region Hannover. Es ist wichtig, dass
- 2 jeder Bürger an das Verkehrsnetz angebunden ist. Dieses müssen wir in der Region Hannover
- 3 sicherstellen.
- 4 *Begründung:*
- 5 Vor allem im ländlichen Raum gibt es viele Ortschaften, dessen Bürger darauf angewiesen sind,
- 6 mit öffentlichen Verkehrsmitteln ihren Nahrungs- und Lebensmittelpunkt zu erreichen. Um
- 7 soziale Integration zu fördern und peripherer Abschottung entgegen zu wirken, ist die Erhaltung
- 8 und Verbesserung der Nahverkehrsmittel unerlässlich.
- 9 Empfehlung der Antragskommission:
- 10 Erledigt durch Leitantrag A1.

## A21 Mehr Strecke fürs Ticket

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Wir fordern die Ausweitung des Kurzstreckentickets für Fahrten mit dem Bus bis zur siebten  
2 Haltestelle nach dem Einstieg und für Fahrten mit der Stadtbahn bis zur vierten Haltestelle nach  
3 dem Einstieg. Wenn die Ausweitung des Kurzstreckentickets zu einer erhöhten Nachfrage führt,  
4 soll das Kurzstreckenticket schrittweise wieder ausgeweitet werden, bis es für Fahrten mit dem  
5 Bus bis zur zehnten Haltestelle nach dem Einstieg und für Fahrten mit der Stadtbahn bis zur  
6 sechsten Haltestelle nach dem Einstieg gilt.

7 *Begründung:*

8 Das Kurzstreckenticket der Üstra ist ein wichtiges Angebot, um die Attraktivität des öffentlichen  
9 Nahverkehrs in Hannover zu steigern. Die derzeitige Ausgestaltung des Angebots greift aber zu  
10 kurz, um einen deutlichen Beitrag zur Entlastung des Straßenverkehrs in Hannover zu leisten:

- 11 • Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten liegen die Ticketpreise für den  
12 öffentlichen Nahverkehr in Hannover im Mittelfeld. Hier ist also noch Spielraum  
13 für eine Stadt, die eine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität anstrebt.
- 14 • Eine Ausweitung des Kurzstreckentickets soll insbesondere Kunden ansprechen,  
15 die über keine MobilCard oder ein Abo verfügen. Es ist ein zusätzliches Angebot,  
16 das auf eine Erweiterung des Kundenkreises des öffentlichen Nahverkehrs zielt.
- 17 • Eine Ausweitung des Kurzstreckentickets stellt einen Anreiz dar, bei kurzen  
18 Strecken in der Stadt auf das Auto zu verzichten, da dann auch mit Bus und Bahn.

19 Empfehlung der Antragskommission:

20 Erledigt durch Leitantrag A1.

## A22 Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Pflicht

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion, Bezirksparteitag, Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Wir fordern die Umsetzung der Barrierefreiheit, auch im öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

2 *Begründung:*

3 In unserem gesellschaftlichen Aktionismus, dem Streben nach Erfolg, verlieren wir oft unseren  
4 Blick auf Menschen, die unter ganz anderen Voraussetzungen ein Leben führen. Menschen mit  
5 körperlichen, geistigen oder psychischen Krankheitsbildern begegnen uns immer wieder beim  
6 Einkaufen, am Bahnhof oder bei der Arbeit. Leider haben wir ein lückenhaftes Versorgungsnetz,  
7 um auch diesen Menschen die uneingeschränkte Teilhabe am Leben zu bieten. Deshalb fordern  
8 wir barrierefreie Zugänge zu allen Bushaltestellen und Bahnhöfen, sowie ein Markierungssystem  
9 für Busse und Bahnen (z.B. mit Symbolen der „leichten Sprache“), laute Haltestellenansagen  
10 auch an Bushaltestellen, sowie die Einführung von Fahrplänen in Braille-Schrift und  
11 Haltemarkierungen am Boden durch Rillen, damit auch Menschen mit einer Sinnesbehinderung  
12 eine möglichst stressfreie Nutzung der Verkehrsmittel ermöglicht werden kann. Gerade die  
13 öffentlichen Verkehrsmittel sind für viele Menschen, von Krankheit betroffen oder auch nicht,  
14 der Zugang zur Gesellschaft.

15

16 Empfehlung der Antragskommission:

17 Annahme

## A23 Zweisprachige Lautsprecheransagen in Hannover

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Wir fordern die Einführung von englischen Lautsprecherdurchsagen zusätzlich zu den deutschen
- 2 Lautsprecherdurchsagen in allen Bahnen & Bussen der Üstra in der Region Hannover,
- 3 unabhängig von Messezeiten.

4 *Begründung:*

- 5 Hannover ist eine Stadt mit internationalem Stellenwert. So haben zum Beispiel im Jahr 2015
- 6 499.893 Gäste aus dem Ausland in Hannover übernachtet. Diese sollten ebenfalls die
- 7 Möglichkeit bekommen, ohne Probleme den ÖPNV in Hannover nutzen zu können.

8 Empfehlung der Antragskommission:

- 9 Erledigt durch Leitantrag A1 in Form der Antragskommission.

## B1 Leitantrag Gemeinsam Chancen schaffen gegen Kinderarmut

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion Hannover, SPD-Regionsfraktion, Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 In einem der wohlhabendsten Länder der Welt, wie Deutschland es ist, gibt es leider noch immer
- 2 zu viele Menschen, die von Armut betroffen sind oder sich in einer armutsgefährdeten Situation
- 3 befinden oder drohen, dahinein zu geraten. Die Schere zwischen Armut und Reichtum geht
- 4 immer weiter auseinander, die Gesellschaft wird dadurch gespalten, der soziale Frieden leidet
- 5 von Jahr zu Jahr immer mehr darunter und der Zusammenhalt verringert sich zunehmend.
  
- 6 Als sozialdemokratische Partei ist es unsere ureigene Aufgabe, sich um die Menschen zu
- 7 kümmern, die unter besonders schwierigen Lebensbedingungen in verschiedener Hinsicht
- 8 leben, und für sie da zu sein. Gegen jegliche Art der Benachteiligung und Diskriminierung setzen
- 9 wir uns ein, wir fordern und fördern den gegenseitigen Respekt und stellen die Menschenwürde
- 10 an erste Stelle als unsere höchste Maxime, nach der wir in voller Mitmenschlichkeit handeln.
- 11 Schließlich wünscht sich niemand in Armut zu leben, doch leider gibt es noch immer viele
- 12 Faktoren, die dazu führen können, in eine solche Situation zu geraten. Jede Form der Armut ist
- 13 ernst zu nehmen. Es müssen daher für alle Altersgruppen Maßnahmen entwickelt werden, wie
- 14 man der Armut angemessen begegnen kann.
  
- 15 Die SPD Region Hannover setzt sich selbst einen besonderen Schwerpunkt auf die Bekämpfung
- 16 von Kinder-, Jugend- und Familienarmut. Laut dem aktuellen Sozialbericht der Stadt Hannover
- 17 lebt jede\*r vierte Minderjährige\*r in einem einkommensarmen häuslichen Umfeld (27,8
- 18 Prozent), in der Region Hannover liegt die durchschnittliche Zahl etwas darunter. Bundesweit
- 19 sind es rund 2 Millionen Kinder, das heißt 25 Prozent. Demzufolge ist mindestens jedes vierte
- 20 Kind davon betroffen. Besonders trifft dies auf Kinder von Alleinerziehenden, Arbeitslosen,
- 21 Familien mit mehr als zwei Kindern und auf Familien mit Migrationshintergrund zu. Arme und
- 22 von Armut bedrohte Kinder erfahren deutliche Nachteile in materieller, kultureller und
- 23 gesundheitlicher Hinsicht. Sie haben erheblich schlechtere Chancen auf einen guten
- 24 Bildungsabschluss, gesellschaftliche Teilhabe und eine aussichtsreiche Zukunft. Im Unterschied
- 25 zu Erwachsenen haben Kinder kaum Möglichkeiten ihre Lage selbst zu verändern. Deswegen
- 26 wollen wir das Bewusstsein für Kinderarmut und deren Konsequenzen auf allen politischen
- 27 Ebenen schärfen.
  
- 28 Besondere Aufmerksamkeit kommt den Gruppen zu Teil, die in der Vergangenheit aus dem Blick
- 29 geraten sind, deren Lebensumstände in den vergangenen Jahren noch schwieriger geworden
- 30 sind. Hierzu zählen vor allem Familien mit Transferleistungsbezügen, Familien mit Flucht- oder
- 31 Migrationsgeschichte und Alleinerziehende. Sie stellen einen bedeutenden Beitrag für unsere
- 32 weitere Arbeit zur Bekämpfung von Kinderarmut dar. Wir sind überzeugt davon, dass die Armut
- 33 von Kindern nur erfolgreich bekämpft werden kann, wenn die Rechte von Kindern im
- 34 Grundgesetz verankert werden und halten an der Vereinbarung im Koalitionsvertrag auf
- 35 Bundesebene fest.

36 Echte Bildungsteilhabe ist am effektivsten, wenn von Armut betroffene Familien und Kinder von  
37 Anfang an gefördert werden. Krippe und Kindergarten sind hierbei Schlüsselinstitutionen, um  
38 Kinder und Familien effektiv zu erreichen. Sie sind sozialräumlich ausgerichtet, arbeiten  
39 kooperativ und bieten niedrigschwellige Angebote. Kindertagesstätten sollen vom Leitbild „Wir  
40 machen alle Kinder stark“ geprägt sein und Resilienzförderung muss in den Mittelpunkt ihrer  
41 Arbeit gestellt werden, d.h. den Kindern soll beigebracht werden, widrigen Situationen und  
42 Umständen aktiv zu begegnen. Die Stärken und nicht die Schwächen eines jeden Kindes stehen  
43 im Fokus.

44 Dies muss sich in der Schule fortsetzen, da dort die wesentlichen Weichen für die Zukunft der  
45 Kinder gestellt werden. Hierbei ist vor allem wichtig, dass alle Kinder lange gemeinsam lernen,  
46 dafür die notwendige Zeit zur Verfügung steht, Förderung umfassend ermöglicht wird und  
47 Schulen und ihre Schulteams die notwendige Unterstützung von Land und Kommune, nach  
48 Möglichkeit auch durch den Bund, erhalten. Ähnlich wie in der Kita sind auch hier die Familien  
49 der Kinder miteinzubinden. Die Entscheidung über den künftigen Bildungsabschluss darf nicht  
50 nach Klasse 4 fallen.

51 Schule soll Wissen vermitteln – mit einem ganzheitlichen Ansatz. Dabei muss jedes Kind  
52 mitgenommen werden. Keines darf verloren gehen. Vielmehr gilt es, die Begabung jedes Kindes  
53 – ob kreativ, musisch, analytisch, sportlich oder sprachlich – durch schulische und  
54 außerschulische Angebote zu entdecken und individuell zu fördern. Mithilfe unseres  
55 Bildungssystems sollen alle Kinder, unabhängig von ihren Start- und Lebensbedingungen, zu  
56 selbstständigen, starken und gemeinschaftsorientierten Persönlichkeiten heranwachsen.

57 Um Kinderarmut effektiv bekämpfen zu können, muss der Grundsatz gelten: Gerade auch für  
58 die Schwächsten nur das Beste! Jugendliche brauchen eine berufliche Perspektive. Dies schützt  
59 sie am besten vor Arbeitslosigkeit. Ziel ist es, dass sie nach Ende ihrer Schulzeit eine Ausbildung  
60 oder ein Studium erfolgreich angehen und abschließen. Die Voraussetzungen hierfür werden  
61 bereits in der Schulzeit gelegt. Spätestens ab der Sekundarstufe I müssen Berufsorientierung und  
62 die Förderung der Ausbildungsreife Teil des Schullebens sein. Junge Menschen müssen zudem  
63 praktische Erfahrungen im Berufsleben sammeln können, um eine Vorstellung der eigenen  
64 Zukunft zu entwickeln.

65 Die Region Hannover bekennt sich bereits heute dazu, die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu  
66 reduzieren. Sie schafft selbst Beschäftigungsangebote und stärkt den Wirtschaftsraum/  
67 Standort Region Hannover. Nicht jede\*r hat dabei die besten Startchancen wie voran Schul- und  
68 Ausbildungsabbrecher\*innen, Schüler\*innen ohne Abschluss, mit schlechten Zeugnissen,  
69 mangelnden Deutschkenntnissen oder besonderen persönlichen Problemlagen. Es gilt, diese  
70 Jugendlichen mit Startschwierigkeiten systematisch und nachhaltig durch genau auf sie  
71 zugeschnittene Unterstützung echte berufliche Zukunftschancen zu eröffnen. Dies beinhaltet  
72 auch, strukturelle Hürden abzubauen. Prävention und Qualifizierung müssen besser strukturiert  
73 werden. Dazu sind Übergänge wie von der Schule zum Beruf zu gestalten. Des Weiteren müssen  
74 besondere Formen unterstützter und geförderter Ausbildung als Anschlussperspektive für stark  
75 benachteiligte junge Menschen entwickelt werden.

76 Als Aufgabe für Kommune, Land und Bund wird darüber hinaus vor allem die besondere  
77 Förderung von Menschen mit Behinderung und Zuwanderungsgeschichte gesehen. Diese  
78 müssen bei allen Programmen und Konzepten mitberücksichtigt werden.

79 Transfer- und Geldleistungen des Staates sind nur dann sinnvoll eingesetzt, wenn Kinder und  
80 Jugendliche dadurch bessere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und auf volle soziale  
81 Teilhabe haben, und zwar unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern. Die UN-  
82 Kinderrechtskonvention schreibt für alle Kinder fest, dass sie ein Recht auf bestmögliches  
83 Aufwachsen haben – mit bestmöglicher materieller und gesundheitlicher Fürsorge, mit  
84 bestmöglicher Förderung und bestmöglicher Teilhabe. Für die SPD steht fest: Kinder sollen ohne  
85 Armut ins Leben starten, und sie haben ein Recht, ohne Diskriminierung und Stigmatisierung  
86 groß zu werden. Unser Gemeinwesen trägt hierbei die Verantwortung, für eine ausreichende  
87 finanzielle Absicherung, für eine soziale und teilhabeorientierte Infrastruktur, wie auch für ein  
88 an Chancengleichheit orientiertes Bildungssystem zu sorgen.

89 Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein! Dabei spielt es keine Rolle, wo das Kind geboren  
90 ist und in welcher Familie es aufwächst. In all unseren Belangen setzen wir uns für eine offene  
91 Gesellschaft ein, in der Vielfalt als Bereicherung gesehen und erlebt wird.

92 Die SPD Region Hannover erwartet von allen Politikebenen eine ernsthafte Befassung mit der  
93 Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut sowie den erarbeiteten Forderungen, die aus einer  
94 länger angelegten Kampagne im Unterbezirk, und insbesondere in der Stadt Hannover,  
95 resultieren. Sie sollen politisch bewertet und diskutiert werden. Es soll geprüft werden, welche  
96 Forderungen in vorhandene Strukturen und Programme integriert werden können. Darüber  
97 hinaus wollen wir den Dialog weiterführen und gemeinsam echte Chancen für alle schaffen.  
98 Langzeituntersuchungen haben gezeigt, dass Familien mit Kindern prekäre Lebensverhältnisse  
99 nur schwer überwinden können. Um allen Kindern annähernd gleiche Chancen im Leben zu  
100 ermöglichen, sind verschiedene kurz-, mittel- und langfristige konkrete Maßnahmen in einem  
101 übergreifenden Konzept notwendig. Neben Verbesserungen in der Arbeits- und Sozialpolitik ist  
102 ein besonderer Fokus auf Bildung und Ausbildung zu legen. Beispielhaft zu nennen sind die  
103 kostenfreie Bildung von der Krippe/Kita bis hin zur Ausbildung, zum Meister und Studium  
104 inklusive Lernmittelfreiheit, die Ausweitung von sozial- und sonderpädagogischer sowie  
105 interkultureller Arbeit an Schulen, der Ausbau von Kita- und Krippenplätzen sowie  
106 Ganztagschulen und ihrer Qualität, die Stärkung von Elternarbeit und Förderung der  
107 Jugendhilfe u.v.m. Die derzeit vorhandenen Maßnahmen reichen aus unserer Sicht nicht aus, da  
108 keine Rückgänge - im Gegenteil sogar - eine Erhöhung der Kinderarmut festzustellen ist. Es muss  
109 also dringend eine spürbare Unterstützung gewährleistet werden. Wir müssen deutlich machen,  
110 dass sich gerade die SPD für die Belange der benachteiligten Menschen stark macht und sich die  
111 Menschen auf uns verlassen können. Gemeinsam mit uns nahestehenden Vereinen, Verbänden,  
112 Organisationen, Institutionen, Stiftungen, Einrichtungen und den Gewerkschaften setzen wir  
113 uns dafür ein, der Kinder-, Jugend- und Familienarmut ein Ende zu setzen. Schließlich geht es um  
114 unsere heranwachsenden Generationen, um jedes einzelne Individuum genauso wie um unsere  
115 Gemeinschaft – und damit um die Zukunft unserer Gesellschaft.

116

117 Empfehlung der Antragskommission:

118 Annahme

## B2 Kindergrundsicherung jetzt!

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz/Vahrenwald-List

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover zum Beschluss und zur Weiterleitung an den Bundesparteitag, SPD-Bundesparteitag zum Beschluss, SPD-Bundestagsfraktion zur Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die Zahl der Armen oder von Armut bedrohten Kinder ist in Deutschland beschämend hoch.
- 2 Rund drei Millionen Kinder leben derzeit in Armut. In großen Städten wie Hannover sind in sozial
- 3 schwächeren Stadtteilen über die Hälfte aller Kinder auf soziale Transferleistungen angewiesen.
- 4 Insgesamt wachsen in Hannover rund 27,8 % aller Kinder in Armut auf.
  
- 5 Deshalb fordert die SPD die bedingungslose Kindergrundsicherung in der Form, wie sie das
- 6 Bündnis für Kindergrundsicherung entworfen hat. Dazu sollen alle derzeitigen
- 7 pauschalbemessenen Leistungen zu einer bedingungslosen Kindergrundsicherung
- 8 zusammengefasst werden. Die Höhe dieser Leistung muss sich am Kindlichen Existenzminimum
- 9 orientieren. Kinderfreibeträge, Kindergeld, Sozialgeld und weitere pauschalbemessene
- 10 Transferleistungen werden in dieser Gesamtleistung zusammengefasst.
  
- 11 Die bedingungslose Kindergrundsicherung muss zentraler Bestandteil des nächsten
- 12 Bundestagswahlprogrammes der SPD werden.
  
- 13 *Weitere Hinweise bzw. Begründung:*
- 14 Dem Bündnis für Kindergrundsicherung gehören insbesondere die großen Wohlfahrtsverbände
- 15 (AWO u.a.) an.
  
- 16 Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition im Bund ist zwar die Einführung einer
- 17 Kindergrundsicherung aufgeführt, aber nicht in ihrer notwendigen und vollumfänglichen Form.
  
- 18 Die Bundes-SPD hat sich im Rahmen ihrer sozialpolitischen Klausur Anfang 2019 der Forderung
- 19 nach der bedingungslosen Kindergrundsicherung nach dem Modell von Wohlfahrtsverbänden
- 20 und dem Bündnis für Kindergrundsicherung angenähert. Wir wollen diese Positionierung
- 21 unterstützen mit diesem Beitrag für die bedingungslose Kindergrundsicherung nach dem
- 22 Modell des Bündnisses für Kindergrundsicherung.
  
- 23
  
- 24 Empfehlung der Antragskommission:
- 25 Annahme

## B3 Erarbeitung eines ressortübergreifenden bundesweiten Konzepts mit Kampagne der SPD zur „Bekämpfung der Kinderarmut“

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut/AsF

Weiterleitung an: SPD-Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, ein  
2 umfassendes Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut über die betreffenden Ressorts hinweg  
3 zu schaffen. Hierfür sind konkrete Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Arbeit, Soziales  
4 und Bildung zu erarbeiten, die kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden können.

5 Gerade alleinerziehende Frauen sind von Armut bedroht. Die Bekämpfung der Diskriminierung  
6 von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und unter anderem die Bekämpfung des  
7 geschlechtsspezifischen Lohngefälles muss uns daher ein besonderes Anliegen sein.

8 Gleichzeitig fordern wir den SPD-Parteivorstand dazu auf, eine Kampagne der SPD zur  
9 Bekämpfung von Kinderarmut bundesweit zu starten und sich dem Thema schwerpunktmäßig  
10 zu widmen. Hierbei muss auch die durch Trennung der Eltern verursachte Kinderarmut  
11 thematisiert werden. Dafür sollen möglichst viele geeignete Bündnispartner\*innen ermittelt  
12 werden, die in die Kampagne miteinbezogen werden.

13 *Begründung:*

14 Wirksames Handeln gegen Kinderarmut ist längst überfällig: Die Zahl armer Kinder steigt  
15 jährlich. Rund 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von Armut und sozialer  
16 Ausgrenzung betroffen nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes. Damit lebt jedes  
17 fünfte Kind bundesweit in Armut – in einem der reichsten Länder der Welt. 1,8 Millionen Kinder  
18 und Jugendliche beziehen Grundsicherungsleistungen, davon leben knapp 1 Million Kinder in  
19 Alleinerziehenden-Haushalten. Materielle Armut ist der zentrale Risikofaktor für ein gutes  
20 Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Armut bedeutet einen ständigen Mangel in der  
21 materiellen Grundversorgung. Armut schränkt die Bildungschancen von jungen Menschen, ihre  
22 gesundheitliche Entwicklung und ihre kulturellen und sozialen Beteiligungsmöglichkeiten ein  
23 und wirkt sich auf das gesamte weitere Leben aus. Kinder- und Jugendarmut resultiert aus der  
24 Erwerbsarmut ihrer Eltern. Gute Arbeit, die beiden Eltern zumindest eine eigenständige  
25 Existenzsicherung wie auch Zeit für Fürsorge und Familienarbeit ermöglicht, ist ebenso wichtig  
26 wie die Schaffung guter Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote mit  
27 angemessenen und gerechten Löhnen.

28

29 Empfehlung der Antragskommission:

30 Annahme

## B4 Grundschule: Gleichstellen und Unterstützen

Antragsteller\*innen: AfB

Weiterleitung an: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die Grundschulen in Niedersachsen arbeiten unter neuen Herausforderungen. Der SPD-  
2 Unterbezirk Region Hannover sieht die dringende Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen in  
3 den Grundschulen langfristig zu verbessern, um sicherzugehen, dass „die Jüngsten von den  
4 Besten“ unterrichtet werden.

5 Wir fordern A 13 für alle und eine bessere Ausstattung der Schulform Grundschule: Die 100  
6 jährige Trennung der Lehrämter ist überholt und muss dringend angepasst werden. Grundschule  
7 ist die einzige Schulform, an der am meisten gearbeitet und die Bezahlung am niedrigsten ist.  
8 Alle Lehrämter sind heute von der Ausbildung gleichwertig. Heterogenität ist heute die  
9 schulische Realität an Grundschulen. Die Grundschule vereinigt alle Menschen  
10 herkunftsunabhängig. Die Ausstattung dieser Schulform muss den heutigen Bedingungen  
11 angepasst werden. Wir fordern eine Erhöhung der sogenannten „Topfstunden“ und Chancen für  
12 einen beruflichen Aufstieg, wie zB. mehr Funktionsstellen.

13 Wir fordern eine gute Ganztagschule: Alle Grundschule sind zu 100% auszustatten, vor allem  
14 Schulen, die in sozialen Brennpunkten –nicht nur Schule PLUS- arbeiten. Wir fordern einen  
15 teilgebundenen Ganztagsbereich, um den Schulträger mit in die Verantwortung zu nehmen. Wir  
16 fordern einen 2. Konrektor (Funktionsstelle), der den Ganztagsbereich verantwortlich  
17 koordiniert (Angebote und Personal). Wir fordern, dass das Pädagogische Personal, das im  
18 Rahmen des trilateralen Vertrages an den Grundschulen vollwertig arbeitet, in das Schulleben  
19 zu integrieren ist und mit vollem Stimmrecht bei schulischen Konferenzen.

20 Wir fordern, dass die Umsetzung der Inklusion weiterentwickelt wird. Förderschullehrkräfte an  
21 Grundschule unterrichten eigenverantwortlich und im Team. Diese Lehrkräfte sind Teil des  
22 Kollegiums. Grundversorgung und Personenbezogene Zuweisung: Jede einzelne Schüler\*in (mit  
23 BasU) ist uns wichtig und hat ein Recht auf Förderung. Kleine Klassen und Teamarbeit mit  
24 Kooperationszeit ermöglichen.

25 Wir fordern, die flächendeckende Einführung des Unterrichtsfaches: „Werte und Normen“.

26 Wir fordern, die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und wir fordern die Einrichtung  
27 einer Schülervertretung an der Grundschule. Demokratie muss/kann man lernen. Von Anfang  
28 an.

29

30 Empfehlung der Antragskommission:

31 Annahme

## B5 Berufliche Bildung weiterentwickeln: Elterninformation verbessern, Fachkräfteausbildung durch Doppelqualifikation aufwerten, durch Förderunterricht stützen und Schulkooperation erleichtern!

Antragsteller\*innen: AfB

Weiterleitung an: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert das Land dazu auf, mehr Stellen für BBS-
- 2 Lehrende zu schaffen und ein landesweites Programm zur Stärkung der Berufsbildenden
- 3 Schulen aufzusetzen
- 4 Das Programm zur Stärkung der Berufsbildenden Schulen sollte umfassen die Verbesserung der
- 5 Elterninformation am Ende des vierten Grundschuljahrganges über die Möglichkeiten der
- 6 schulischen und beruflichen Entwicklung ihrer Kinder durch Wechsel auf berufsbildende Schulen
- 7 nach dem Besuch allgemeinbildender Schulen (Vorbild Baden-Württemberg).
- 8 Vergabe einer Untersuchung der Erfolgszahlen aller allgemeinen und beruflichen Schulformen
- 9 im Studium um deutlich zu machen, welche Schulformen auf ein Studium in den MINT- Fächern
- 10 erfolgreich vorbereiten. Ausweitung der Fachkräfteausbildung durch optionale Förderstunden
- 11 für Auszubildende zur Vorbereitung (auch von Geflüchteten) auf die schriftliche
- 12 Facharbeiterprüfung
- 13 • Aufwertung der Fachkräfteausbildung durch Doppelqualifizierung („Berufsabitur“)
- 14 Dazu ist eine Aufstockung von 6 auf insgesamt 12 Jahreswochenstunden für Angebote zur
- 15 Doppelqualifizierung (Berufsausbildung mit Fachhochschulreife) für gute Auszubildende
- 16 notwendig.
- 17 • Änderungen im Nds. Schulgesetz
- 18 § 25 Zusammenarbeit zwischen Schulen sowie zwischen Schulen und Jugendhilfe. Für die
- 19 Kooperation soll es Schulen ermöglicht werden, ein schulübergreifendes gemeinsames
- 20 Beschlussgremium für den Kooperationsbereich zu bilden. Das NSchG hat hier eine
- 21 Regelungslücke und sieht weder gemeinsame Teilkonferenzen noch Bildungsganggruppen vor.
- 22 § 31 Verarbeitung personenbezogener Daten Der Austausch personenbezogener Schülerdaten
- 23 (Zensuren, Fehlzeiten) zwischen Kooperationsschulen und in der Lernortkooperation von Schule
- 24 und Betrieb sollte ermöglicht werden.
- 25 *Begründung:*
- 26 Sowohl für die schwachen wie für die starken Auszubildenden wäre ein optionaler zweiter
- 27 Berufsschultag ab dem 2. Ausbildungsjahr hilfreich. Das Berufliche Bildungssystem kann das
- 28 Schwarz-Weiß-Denken zwischen dualer und akademischer Ausbildung durchbrechen. BBSen
- 29 können mehr, wenn man sie denn ließe. Bisher wird das von Handwerkskammer und BBSen
- 30 gewollte Modell „Berufsabitur“ vom Land nur verbal unterstützt, kommt in der Realität aber
- 31 nicht an. Berufseinstieg und Berufsorientierung wurde in der Region Hannover auf mehrere

32 Berufsschulen verteilt. Die geplante enge Zusammenarbeit und der Wechsel der Schülerinnen  
33 und Schüler zwischen diesen Schulen wird durch Regelungen im Schulgesetz erschwert.

34

35 Empfehlung der Antragskommission:

36 Annahme

## B6 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit

Antragsteller\*innen: AfB

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag und -Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Unterbezirk Region Hannover fordert den SPD-
- 2 Landesvorstand Niedersachsen und die SPD Landtagsfraktion dazu auf, sich im Sinne einer
- 3 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit dafür einzusetzen, ein längeres gemeinsames
- 4 Lernen zu stärken. Hierfür ist es unabdingbar, die personellen und finanziellen Ressourcen für
- 5 die Schulen des gemeinsamen Lernens zur Verfügung zu stellen.

6

7 Empfehlung der Antragskommission:

8 Annahme

## B7 Quantitativer und qualitativer Ausbau von Krippen- und Kita-Plätzen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen, dass der quantitative  
2 und qualitative Ausbau von Krippen- und Kita-Plätze zwingend und konsequent fortgeführt  
3 wird. Betreuungsquoten müssen bevorzugt in den Gebieten und Stadtteilen verbessert werden,  
4 in denen viele Familien und Kinder von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind.  
5 Insbesondere muss dabei auch der Anteil von Alleinerziehenden und Menschen mit  
6 Migrationsgeschichte berücksichtigt werden.

7 *Begründung:*

8 Investitionen in diesem Bereich sind unerlässlich für die steigende Nachfrage nach Krippen-  
9 sowie Kita-Plätzen. Diese sollten in erster Linie in benachteiligten Gebieten vorhanden sein, um  
10 den Kindern möglichst früh Hilfe und Unterstützung zu bieten.

11 Die einzige deutsche Langzeitstudie, die AWO-ISS -Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein  
12 früher Kita-Besuch Teilhabemöglichkeiten und somit, allgemein ausgedrückt Lernerfahrungen  
13 ermöglicht, Resilienz fördert und somit das Armutsrisiko mindert.

14 Es besteht ein gesetzlicher Anspruch auf einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz. Doch noch  
15 lange nicht alle Eltern erhalten, trotz größtmöglicher Anstrengungen, rechtzeitiger Anmeldung  
16 einen Platz zum gewünschten Termin.

17 Keinen Betreuungsplatz zu erhalten wirkt sich auf die Berufstätigkeit, insbesondere bei Frauen,  
18 negativ aus. Junge Eltern können den Schulbesuch oder die Ausbildung nicht fortsetzen,  
19 Menschen mit Migrationsgeschichte können weder Sprachkurse noch Ausbildungen  
20 wahrnehmen. Damit wird Integration verhindert und Familien verbleiben im HARTZ IV – Bezug.

21

22 Empfehlung der Antragskommission:

23 Annahme

## B8 Stärkung und Ausweitung von Familienzentren

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirks- und Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass Familienzentren auf alle Stadtteile mit
- 2 besonderem sozialem Handlungsbedarf ausgedehnt, institutionell gestärkt, qualitativ
- 3 weiterentwickelt und in den jeweiligen Sozialraum hineinwirkend weiter geöffnet werden.
- 4 Zudem sollen die Familienzentren in das KitaG aufgenommen werden.

5 *Begründung:*

- 6 Familienzentren stellen bevorzugte Schlüsselinstitutionen zur Bekämpfung von Kinder- und
- 7 Familienarmut dar. Mit ihrer integrativen und inklusiven Arbeit für die Kinder und ihre Eltern
- 8 wird ein wertvoller Erziehungsbeitrag geleistet und diesen gilt es auszubauen. Das Modell wird
- 9 erfolgreich in der Landeshauptstadt Hannover umgesetzt und der Etat dafür wurde zum
- 10 Doppelhaushalt 2019/2020 um ein Vielfaches erhöht.

11

12 Empfehlung der Antragskommission:

13 Annahme

## B9 Reform der Erzieher\*innenausbildung

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirks- und Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen,
- 2 ...dass der Bund mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellt zur Förderung der Ausbildung von
- 3 und Umschulung zu Erzieher\*innen.
- 4 ...dass das Schulgeld für die Ausbildung zu Erzieher\*innen abgeschafft wird.
- 5 *Begründung:*
- 6 Der Bedarf an Erzieher\*innen steigt mit der Zeit immer mehr an. Es finden sich aber nicht
- 7 genügend Personen, die diesen Beruf ausüben möchten oder können. Deshalb müssen hierfür
- 8 die Bedingungen geändert werden. Ebenso muss eine bessere Bezahlung für diesen wichtigen
- 9 Beruf erfolgen, um die Attraktivität zu steigern und der Arbeit einen angemessenen Wert
- 10 beizugeben.
- 11 Empfehlung der Antragskommission:
- 12 Erledigt durch Regierungshandeln.

## B10 Vernetzung von sozialen Einrichtungen, Kindertagesstätten und Grundschulen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen, Bezirks- und -Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die Vernetzung von sozialen Einrichtungen,
- 2 Kindertagesstätten und Grundschulen finanziell und institutionell gestärkt werden. Hierzu
- 3 werden den Mitarbeiter\*innen entsprechende Ressourcen für die Netzwerkarbeit im Stadtteil
- 4 bereitgestellt. Dafür sind insbesondere zusätzliche Stunden für die Arbeit einzustellen.

5 *Begründung:*

- 6 Häufig wurde in den Fachtagen und Netzwerktreffen angesprochen, dass es an der
- 7 Vernetzungsarbeit fehlt, obwohl die Sinnhaftigkeit von verschiedenen Seiten gesehen wird.
- 8 Kooperation schreiben wir groß und sollten wir entsprechend fördern.

9

10 Empfehlung der Antragskommission:

11 Annahme

## B11 Sprachförderprogramme in den Kitas ausweiten

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:
- 2 Vorhandene eigene Programme zur Sprachförderung werden innerhalb der Kommune weiter
- 3 ausgebaut (z.B. Rucksack, Griffbereit, Hippy, etc.).
- 4 Es werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, die individuelle Sprachförderung in
- 5 Kindertagesstätten zu ermöglichen. Hierzu müssen ausreichend Fachkräfte durch geeignete
- 6 landesseitige Förderungen und ggf. Prämien in den Kitas eingestellt werden.
- 7 *Begründung:*
- 8 In diesem Antrag geht es um 2 Ebenen:
  - 9 1. Der Ausbau von bestehenden Sprachförderprogrammen, in denen Eltern und Kinder
  - 10 gemeinsam und parallel Deutsch lernen. Bei diesen Sprachlernprogrammen steht die Beziehung
  - 11 zwischen Eltern und Kind eine bedeutende Rolle. Darum leisten diese Programme über den
  - 12 reinen Spracherwerb hinaus einen großen Beitrag zur Integration.
  - 13 2. Im zweiten Punkt steht die vorschulische Sprachförderung, die aus der Schule in die Kita
  - 14 verlagert wurde, sowie die individuelle Sprachförderung in den Kitas und Familienzentren im
  - 15 Fokus. Ein erster Schritt zur Förderung ist mit dem Erlass „Brücke“ bereits gemacht.
  - 16 Sprachförderung in Kitas und Familienzentren beginnt mit der Aufnahme in die Einrichtung und
  - 17 betrifft hier nicht ausschließlich Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern auch deutsche
  - 18 Kinder mit unzureichendem Spracherwerb. Hierzu benötigen die Kitas und Familienzentren
  - 19 entsprechendes Fachpersonal für die Arbeit mit einzelnen Kindern und Kleingruppen.
- 20 Empfehlung der Antragskommission:
- 21 Annahme in geänderter Fassung:
- 22 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:
- 23 Vorhandene eigene Programme zur Sprachförderung werden innerhalb der Kommune weiter
- 24 ausgebaut (z.B. Rucksack, Griffbereit, Hippy, etc.).
- 25 Es werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, die individuelle Sprachförderung in
- 26 Kindertagesstätten zu ermöglichen. Hierzu müssen analog zu den Stunden, die in der
- 27 Grundschule durch die vorschulische Sprachförderung weggefallen sind, ausreichend Fachkräfte
- 28 durch landesseitige Förderung und ggf. Prämien in den Kitas eingestellt werden.

## B12 Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirks- und Landesparteitag sowie SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert das Land dazu auf, den Fachkraft-Kind-
- 2 Schlüssel in Krippen und Kitas zu verbessern. Die dritte Fachkraft muss in den genannten
- 3 Einrichtungen landesweit sichergestellt werden.

4 *Begründung:*

- 5 Dadurch wird eine bessere und individuellere Beziehungsarbeit und Entwicklungsbegleitung der
- 6 Kinder und Eltern geschaffen.

7

8 Empfehlung der Antragskommission:

9 Annahme

## B13 Gesundes und kostenloses Essen in Kitas und Schulen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag und -Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Das Land muss dafür Sorge tragen, dass alle Kinder und Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel
- 2 ihrer Eltern mindestens ein gesundes Frühstück oder Mittagessen pro Tag in den Kitas,
- 3 Grundschulen und allen weiterführenden Schulen erhalten. Dies soll möglichst kostenlos für die
- 4 Eltern und SuS gestaltet werden.

5 *Begründung:*

- 6 Mangelnde und falsche Ernährung behindern nicht nur die konzentrierte Teilnahme am
- 7 Unterricht, sondern stellen vor allem eine Gefährdung für die gesundheitliche Entwicklung der
- 8 Kinder dar.

9

10 Empfehlung der Antragskommission:

11 Annahme

## B14 Stärkung von regionalen Schulverbänden

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen, Bezirks- und -Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die Zusammenarbeit verschiedener Schulen  
2 und Schulformen durch regionale Schulverbände weiterforciert werden. Dazu stellt das Land  
3 mehr Stunden bzw. zeitliche Ressourcen zur Verfügung.

4 *Begründung:*

- 5 Es gibt bereits gute Modelle, wie z.B. im Schulverbund Herrenhausen-Stöcken, die erfolgreich  
6 eine Zusammenarbeit gewährleisten. Solche Modelle könnten und sollten ausgeweitet werden  
7 zum Nutzen aller.

8

9 Empfehlung der Antragskommission:

10 Annahme

## B15 Weiterer qualitativer und quantitativer Ausbau von Ganztagsgrundschulen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen, Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Ausbau der Ganztagsgrundschulen muss in qualitativer und quantitativer Hinsicht  
2 fortgeführt werden. Die finanzielle Förderung der Ganztagsgrundschulen ist spürbar  
3 auszuweiten und die Mittelverwendung noch flexibler zu gestalten. Dabei muss es auch Raum  
4 geben für Soziales Lernen, Achtsamkeit und Gewaltprävention in schulischen und  
5 außerschulischen Angeboten.

6 *Begründung:*

7 Ganztagsgrundschulen ist eine sozialdemokratische Forderung, die langfristig ausgebaut  
8 werden muss, um allen Kindern einen bestmöglichen Start in das weitere Leben zu ermöglichen.  
9 Dafür müssen die Ressourcen allerdings auch stimmen.

10 Empfehlung der Antragskommission:

11 Annahme in geänderter Fassung

12 Alle Grundschulen werden mindestens zu offenen Ganztagschulen ausgebaut. Der Ausbau der  
13 Ganztagsgrundschulen muss in qualitativer und quantitativer Hinsicht fortgeführt werden. Die  
14 finanzielle Förderung der Ganztagsgrundschulen ist spürbar auszuweiten und die  
15 Mittelverwendung noch flexibler zu gestalten. Dabei muss es auch Raum geben für Soziales  
16 Lernen, Achtsamkeit und Gewaltprävention in schulischen und außerschulischen Angeboten.

## B16 Ausweitung der Programme „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ und „Schule PLUS“

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen, Bezirks-, -Landes- und Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der SPD-Unterbezirk in der Region Hannover fordert, dass eine bedarfsgerechte Ausweitung der  
2 Programme „Schule PLUS“ sowie „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ in der  
3 Landeshauptstadt Hannover erfolgt.

4 *Begründung:*

5 Derzeit profitieren 20 Schulen in ganz Niedersachsen vom Programm „Schule PLUS“. Allein in der  
6 Landeshauptstadt Hannover betrifft dies acht Schulen. Diese Schulen erhalten besondere  
7 Unterstützung für die verschiedenen, individuellen Bedarfe der Kinder und Jugendlichen.  
8 Schülerinnen und Schüler von „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ sollen u.a. beim  
9 Spracherwerb und durch pädagogische Maßnahmen gefördert werden. Alle Kinder haben das  
10 Recht darauf, bei ihrer Entwicklung bestmöglich gefördert und unterstützt zu werden. Dafür sind  
11 umfassende Unterstützungsangebote für alle Schulformen vorzunehmen.

12 Auf Initiative der SPD-Ratsfraktion hin wird die Verwaltung nun beauftragt, ein Konzept mit  
13 konkreten Unterstützungsangeboten für Schulen zu erstellen, die aufgrund der  
14 Zusammensetzung ihrer Schülerschaft vor besonderen Herausforderungen stehen. Gemeint  
15 sind damit Schulen, deren Schülerinnen und Schüler geringe Deutschkenntnisse und einen  
16 hohen pädagogischen Förderbedarf aufweisen, überdurchschnittlich oft aus einkommensarmen  
17 Familien stammen und häufig in der Schule fehlen. Die Schulen in Hannover leisten täglich  
18 wertvolle Arbeit für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt. Damit sie ihren Bildungsauftrag  
19 auch unter schwierigeren Umständen erfüllen können, müssen bessere Rahmenbedingungen  
20 geschaffen werden. Deshalb müssen die vorhandenen Strukturen ausgebaut und mehr Hilfs-  
21 und Bildungsangebote zur Unterstützung etabliert werden. Benötigt wird u.a. eine Ausweitung  
22 der sozial- und sonderpädagogischen sowie interkulturellen Schulsozialarbeit, die Stärkung der  
23 Elternarbeit, eine verbesserte Vernetzung der Schulen und die Förderung von Schulverbänden,  
24 die Öffnung der Schulen in die Quartiere hinein sowie die Prävention und Bekämpfung  
25 schulvermeidenden Verhaltens.

26 Diese Verantwortung tragen Stadt und Land zusammen. Es wird mehr Personal mit  
27 unterschiedlichen Professionen sowie eine Erhöhung bei der Sprachförderung in den Schulen  
28 und in der frühkindlichen Bildung benötigt. Schließlich ist es das Ziel, allen Schülerinnen und  
29 Schülern trotz erschwerter Lebensbedingungen einen erfolgreichen Bildungsweg zu  
30 ermöglichen.

31 Empfehlung der Antragskommission:

32 Annahme

## B17 Flächendeckende Einführung von multiprofessionellen Teams

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Landesparteirat

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der SPD-Unterbezirksparteitag in der Region Hannover möge beschließen, dass
- 2 multiprofessionelle Klassen- und Jahrgangteams (Klassenleitungsteam, Schulsozialarbeit,
- 3 Förderschullehrkräfte, Pädagogische Fachkräfte, Einzelfallhelfer\*innen, etc.) flächendeckend an
- 4 allen Schulen eingeführt werden, insbesondere an Schulen mit besonderen Herausforderungen.
- 5 Die notwendigen zeitlichen Ressourcen dafür müssen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

6 *Begründung:*

- 7 Schule verändert sich und muss auf die Bedürfnisse der SuS besser zugerechnet werden. Mithilfe
- 8 von multiprofessionellen Teams könnte dies gut gelingen, da die verschiedenen Expertisen hier
- 9 richtig zum Einsatz kommen können, um den Kindern individuell bei ihren Problemen zu helfen.
- 10 Schüler\*innen aus schwierigen Lebensverhältnissen bedürfen einer stärkeren Hinwendung und
- 11 mehr Aufmerksamkeit als andere, die nicht unter solchen Bedingungen aufwachsen und leben.
- 12 Daher ist es unabdingbar, ihnen die Hilfe zu bieten, die sie benötigen, um gestärkt aus ihrer
- 13 Situation herauszugehen.

14

15 Empfehlung der Antragskommission:

16 Annahme

# B18 Wiedereinführung des GHR-Lehramtsstudiums in der Hochschul- und Wissenschaftsstadt Hannover

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirks- und Landesparteitag sowie SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die Lehramtsausbildung für GHR-Lehramt muss am Standort Hannover wiedereingeführt  
2 werden.

3 Darüber hinaus gehört in die Lehramtsausbildung eine stärkere Sensibilisierung für sozial- und  
4 sonderpädagogische bis hin zu psychologischen Bedarfen der Kinder und mehr Kenntnisse zur  
5 Persönlichkeitsentwicklung, wie man die Begabungen der Kinder besser erkennen und fördern  
6 kann. Außerdem müssen Medien- und Berufspädagogik fester Bestandteil der  
7 Lehramtsausbildung sein.

8 Schrittweise muss eine neue Lehramtsausbildungsreform entwickelt werden, die vom Label  
9 „Gymnasium“ und „GRH“ wegkommt, und stattdessen die einzelnen Jahrgangsstufen zum  
10 Schwerpunkt der Lehrtätigkeit nimmt.

11 *Begründung:*

12 Der Fachkräftemangel, gerade im Grundschulbereich, stellt ein großes Problem dar, dem wir  
13 entgegentreten müssen. Ohne das notwendige Personal können wir den Kindern und ihren  
14 Bedürfnissen keineswegs gerecht werden. Um entsprechendes Personal zu gewinnen, muss die  
15 Ausbildung sowie die Arbeitsbedingungen attraktiver gestaltet werden, zum Beispiel durch die  
16 versprochene Einführung von A13 für alle Lehrkräfte. Unter Gender-Gesichtspunkten ist eine  
17 höhere Bezahlung auch notwendig, um mehr Männer für diesen Beruf gewinnen zu können, um  
18 einen ausgeglichenen Anteil von weiblichen und männlichen Lehrkräften an den Schulen zu  
19 haben. Als Wissenschaftsstandort kann sich Hannover es nicht leisten, keine Studienplätze  
20 vorzuhalten, um sich selbst langfristig das notwendige Personal zu sichern.

21 Empfehlung der Antragskommission:

22 Annahme in geänderter Fassung:

23 Die Lehramtsausbildung für Grund-, Haupt- und Realschul-Lehramt muss am Standort Hannover  
24 wiedereingeführt werden.

25 Darüber hinaus gehört in die Lehramtsausbildung eine stärkere Sensibilisierung für sozial- und  
26 sonderpädagogische bis hin zu psychologischen Bedarfen der Kinder und mehr Kenntnisse zur  
27 Persönlichkeitsentwicklung, wie man die Begabungen der Kinder besser erkennen und fördern  
28 kann. Außerdem müssen Medien- und Berufspädagogik fester Bestandteil der  
29 Lehramtsausbildung sein.

30 Schrittweise muss eine neue Lehramtsausbildungsreform entwickelt werden, die vom Label  
31 „Gymnasium“ und „GRH“ wegkommt, und stattdessen die einzelnen Jahrgangsstufen zum  
32 Schwerpunkt der Lehrtätigkeit nimmt.

## B19 Herkunftssprachlicher Unterricht

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Ratsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen, Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der UBP möge beschließen, dass das Angebot des herkunftssprachlichen Unterrichts gefördert  
2 und ausgeweitet wird. Dies gilt insbesondere für Grundschulen, ein stärkerer Ausbau des  
3 herkunftssprachlichen Unterrichtes auch an weiterführenden Schulen und Berufsschulen ist  
4 jedoch unabdingbar.

5 Hierzu ist die Information der Eltern, der Kindertagesstätten, der Schulen und anderer Beteiligter  
6 über die Möglichkeit und Bedeutung des herkunftssprachlichen Unterrichtes auszubauen. Ein  
7 institutionalisiertes, verpflichtendes Bedarfsfeststellungsverfahren (über die einzelne Schule  
8 hinaus) sowie ein Verfahren für die Beantragung, organisatorische Einführung und Umsetzung  
9 innerhalb einer Schule oder eines Schulzusammenschlusses sind zu initiieren und deren  
10 Umsetzung ist regelmäßig zu überprüfen.

11 Zudem soll der herkunftssprachliche Unterricht an den weiterführenden Schulen im Rahmen  
12 eines erweiterten sprachlichen Angebotes verstärkt eingerichtet und durchgeführt werden. Im  
13 Bereich der Berufsschulen müssen innovative Forschungsergebnisse zur Verbesserung des  
14 Ausbildungserfolges von Menschen mit Fluchthintergrund durch den Einsatz von  
15 herkunftssprachlichem Unterricht Berücksichtigung finden.

16 *Begründung:*

17 Vor dem Hintergrund massiv schlechtere Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit  
18 Migrationshintergrund wird der herkunftssprachliche Unterricht als wichtiges Mittel zur  
19 Verbesserung der Bildungschancen dieser Kinder und Jugendlichen gesehen. Durch die aktuell  
20 stark gestiegenen Zahlen dieser Schüler\*innengruppe ist dringender Handlungsbedarf, um ihre  
21 Zukunftsperspektiven zu verbessern.

22 Das niedersächsische Kultusministerium hat insbesondere mit dem vor mehr als 10 Jahren in  
23 Kraft getretenen „Kerncurriculum herkunftssprachlicher Unterricht“ versucht die besondere  
24 Bedeutung dieses Unterrichtes hervorzuheben und die Umsetzung in den Schulen  
25 voranzutreiben. Mit der Einbindung des herkunftssprachlichen Unterrichtes in die  
26 Gesamtkonzeption der Schulen und der Fokussierung nicht (mehr) nur auf Sprache wird die  
27 integrative, gesamtschulische und gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Unterrichtes  
28 deutlich.

29 Der herkunftssprachliche Unterricht

30 - fördert die herkunftssprachliche Kompetenz und erhält und fördert damit - auch vor dem  
31 Hintergrund von Globalisierung und Flexibilisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt – die  
32 Mehrsprachigkeit der Kinder als besondere Kompetenz

33 - fördert die Bewusstheit für Sprachen, ist positiv für das Erlernen von Sprachen generell und ist  
34 auch für die Weiterentwicklung der deutschen Sprachkenntnisse von Vorteil. Die (zeitgleiche)  
35 Alphabetisierung in deutscher Sprache und Herkunftssprache unterstützen sich gegenseitig.

36 - thematisiert die besondere Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen mit  
37 Migrationshintergrund, unterstützt ihre Fähigkeit tolerant, kritisch und konfliktfähig kulturelle,  
38 traditionelle und religiöse Unterschiede zu erkennen, einzuschätzen und mit ihnen umzugehen,  
39 um eine eigene, tragfähige Identität aufzubauen und durch eigene interkulturelle Fähigkeiten  
40 zukünftig als Mittler zwischen den Kulturen auftreten zu können.

41 - gibt Eltern mit Migrationshintergrund schon mit der Einschulung ihrer Kinder das Gefühl von  
42 der Institution Schule ernst genommen und in ihrer besonderen Situation wertgeschätzt zu  
43 werden, kann Eltern helfen durch den Kontakt zu herkunftssprachlichen Unterrichtskräften  
44 Hemmschwellen abzubauen und so die Voraussetzungen schaffen, sich aktiv in die allgemeine  
45 Elternarbeit der Schule einzubringen.

46 - gibt Lehrkräften, Schulleitungen und Elternvertretungen die Möglichkeit durch enge  
47 Zusammenarbeit mit herkunftssprachlichen Unterrichtskräften die Inanspruchnahme der  
48 Beratungskompetenz der Landesschulbehörde, durch gemeinsame Unterrichtsprojekte u.ä.  
49 Eigene Vorurteile abzubauen und interkulturelle Kompetenzen zu erlangen und auszubauen.

50 - ist für alle Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund z.B. durch interessante  
51 Unterrichtsprojekte, Verzahnung mit anderen Unterrichtsfächern, Möglichkeit der Teilnahme  
52 am herkunftssprachlichen Unterricht auch für Kinder ohne Migrationshintergrund, Erwerb  
53 kultureller Kompetenz der Lehrkräfte, verbesserte Elternarbeit u.a. eine Bereicherung und trägt  
54 zur Verbesserung des Schulklimas bei.

55 Vor dem Hintergrund dieser Auswahl an Gründen für den herkunftssprachlichen Unterricht wird  
56 deutlich, wie wichtig die Umsetzung, Erweiterung und Überprüfung bestehender Möglichkeiten  
57 zur Initiierung dieses Unterrichtes an den Grundschulen ist. Dies darf nicht an mangelnden  
58 Ressourcen, organisatorischen Unzulänglichkeiten bei Information, Bedarfsfeststellung,  
59 Beantragung, Organisation und Durchführung oder anderen Problemen scheitern.

60 Über die Grundschule hinaus ist es wichtig, die Möglichkeiten und Chancen des  
61 herkunftssprachlichen Unterrichtes an weiterführenden Schulen und insbesondere auch an  
62 Berufsschulen zu nutzen und hier die Zukunftsperspektiven der Kinder- und Jugendlichen mit  
63 Migrationshintergrund durch die Möglichkeit der Erlangung von Schul- und  
64 Ausbildungsabschlüssen zu verbessern.

65 Empfehlung der Antragskommission:

66 Annahme in geänderter Fassung:

67 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass das Angebot des herkunftssprachlichen  
68 Unterrichtes gefördert und ausgeweitet wird. Dies gilt insbesondere für Grundschulen, ein  
69 stärkerer Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichtes auch an weiterführenden Schulen und  
70 Berufsschulen ist jedoch unabdingbar.

71 Hierzu ist die Information der Eltern, der Kindertagesstätten, der Schulen und anderer Beteiligter  
72 über die Möglichkeit und Bedeutung des herkunftssprachlichen Unterrichtes auszubauen. Ein

73 institutionalisiertes, verpflichtendes Bedarfsfeststellungsverfahren (über die einzelne Schule  
74 hinaus) sowie ein Verfahren für die Beantragung, organisatorische Einführung und Umsetzung  
75 innerhalb einer Schule oder eines Schulzusammenschlusses sind zu initiieren und deren  
76 Umsetzung ist regelmäßig zu überprüfen.

77 Zudem soll der herkunftssprachliche Unterricht an den weiterführenden Schulen im Rahmen  
78 eines erweiterten sprachlichen Angebotes verstärkt eingerichtet und durchgeführt werden. Im  
79 Bereich der Berufsschulen müssen innovative Forschungsergebnisse zur Verbesserung des  
80 Ausbildungserfolges von Menschen mit Fluchthintergrund durch den Einsatz von  
81 herkunftssprachlichem Unterricht Berücksichtigung finden.

## B20 Professionalisierung von Schulsozialarbeit

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die Schulsozialarbeit und Arbeit der Lehrkräfte in Bezug auf Elternarbeit und Beratung muss
- 2 professionalisiert und stärker seitens des Landes ausgebaut werden. Dies gilt auch für die
- 3 Auswahl der nächsten weiterführenden Schulen für den Übergang nach der 4. Klasse.

4 *Begründung:*

5 Erfolgt mündlich.

6

7 Empfehlung der Antragskommission:

8 Annahme

## B21 „Werte und Normen“ als Unterrichtsfach für alle Grundschulen in Niedersachsen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirks- und Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Das Fach „Werte und Normen“ wird für alle Grundschulen verpflichtend in Niedersachsen  
2 eingeführt.

3 *Begründung:*

4 Es ist erforderlich, dass das Fach „Werte und Normen“ bereits im jungen Alter zur Stärkung des  
5 zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts eingeführt wird, um die Heranwachsenden in das  
6 gesellschaftliche System von Anfang an gut zu integrieren und ihnen Werte, Normen und Regeln  
7 zu vermitteln. Nach einer Pilotphase der Einführung niedersachsenweit durch die  
8 Landesregierung wird es Zeit, dies ganzheitlich an allen Grundschulen in Niedersachsen zu  
9 etablieren.

10 Empfehlung der Antragskommission:

11 Annahme in geänderter Fassung:

12 Das Fach „Werte und Normen“ wird für alle Grundschulen verpflichtend in Niedersachsen  
13 eingeführt.

14 Der Studiengang „Werte und Normen“ soll an den Universitäten in Niedersachsen für das Grund-  
15 , Haupt- und Realschullehramt eingeführt und angeboten werden.“

## B22 Lernmittelfreiheit

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der SPD-Unterbezirk in der Region Hannover möge beschließen und an die höheren Parteitage
- 2 weitergeben, dass Schulbücher kostenlos für alle zur Verfügung gestellt werden und die
- 3 Teilnahme an schulinternen Veranstaltungen ermöglicht wird.

4 *Begründung:*

- 5 Die Gewährung gleicher Bildungschancen setzt einen freien Zugang zu Lernmitteln,
- 6 Bildungsmaterialien und -angeboten voraus. Zusammen mit Ländern und Gemeinden soll der
- 7 Bund ein Modell entwickeln, das den notwendigen Bedarf für eine gerechte Teilhabe und
- 8 Förderung abdeckt.

9

10 Empfehlung der Antragskommission:

11 Annahme

## B23 Sozialindex für die Kommunen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert, dass das Land Niedersachsen einen  
2 Sozialindex für die Kommunen zur Nutzung im schulischen Bereich zur Verfügung stellt.

3 *Begründung:*

4 Die Persönlichkeitsentwicklung aller Schüler\*innen steht im Mittelpunkt des Bildungsauftrags.  
5 Dafür ist es notwendig, die Lebenssituationen von Schüler\*innen bestmöglich zu erfassen, um  
6 für sie passende Rahmenbedingungen zu schaffen. Mithilfe eines Sozialindex können soziale  
7 Daten verarbeitet werden, womit die Bedarfe benachteiligter Schüler\*innen besser ermittelt  
8 werden können. Dies ist gerade auch für den Bildungsweg im weiterführenden Schulbereich  
9 notwendig. Soziale Daten im Grundschulbereich liegen zum Teil den Kommunen bereits vor.

10 Auf der Basis eines Sozialindex können Ressourcen wie Personal (Lehrkräfte, Mitarbeitende der  
11 Schulsozialarbeit, weiteres pädagogisches Fachpersonal etc.), Räumlichkeiten, Lernmittel und  
12 Verwaltungsstellen besser und bedarfsgerechter gesteuert und schließlich eingesetzt werden.

13 Hierdurch kann echte Bildungsteilhabe und Chancengerechtigkeit vorangetrieben werden. Gute  
14 Beispiele geben Hamburg und Göttingen ab, die bereits erfolgreich damit arbeiten.

15

16 Empfehlung der Antragskommission:

17 Annahme

## B24 110%ige Unterrichtsversorgung

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag und Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die Unterrichtsversorgung muss bis zu 110 % überall gewährleistet sein, damit die Schulen in
- 2 der alltäglichen Praxis auf 100 % kommen.
- 3 *Begründung:*
- 4 Erfolgt mündlich.
- 5 Empfehlung der Antragskommission:
- 6 Annahme in geänderter Fassung
- 7 Die Unterrichtsversorgung muss bis zu 110 % an den weiterführenden Schulen und bis zu 120 %
- 8 an den Grundschulen gewährleistet sein, damit die Schulen in der alltäglichen Praxis auf 100 %
- 9 kommen.

## B25 Hauptfächer und Kernkompetenzen stärken

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag und Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die Schulen mit starker heterogener Schüler\*innenschaft - wie Integrierte Gesamtschulen  
2 und Oberschulen - erhalten die Möglichkeiten, Förderstunden insbesondere in den Fächern  
3 Deutsch und Mathematik zu organisieren, um Kernkompetenzen der Schülerinnen und  
4 Schüler zu stärken. Das Angebot an handwerklicher Betätigung ist auszubauen.

5 *Begründung:*

6 Dadurch sollen die Kernkompetenzen der SuS gefördert werden. Viele Schülerinnen und  
7 Schüler gerne handwerklich arbeiten und sich so möglicherweise eine handwerkliche  
8 Ausbildung interessant finden, für die sie die Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik  
9 benötigen.

10 Einige IGS-Schulleitungen kritisieren, dass Schülerinnen und Schülern an IGSen nicht die  
11 Stunden in Deutsch und Mathematik bekommen, die z.B. in Hauptschulen möglich sind. Ihnen  
12 fehlt die Förderung in diesen Kernfächern. Mehr Flexibilität in den IGSen für diese Schülerinnen  
13 und Schüler ist notwendig, weil deutlich ist, dass sie mit dieser verminderten Stundenzahl und  
14 der Schwerpunktsetzung den Abschluss nicht erreichen - aber durchaus in der Lage wären, einen  
15 handwerklichen Beruf zu ergreifen, wenn sie in Deutsch und Mathematik bessere Kenntnisse  
16 hätten.

17

18 Empfehlung der Antragskommission:

19 Annahme

## B26 Soziales Lernen, Differenzierung und Individualisierung im Unterricht

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Das Personal und Kerncurriculum müssen stärker auf Soziales Lernen, Differenzierung und
- 2 Individualisierung im Unterricht ausgerichtet werden. Ebenso muss die interkulturelle
- 3 Kompetenz vom Personal im Rahmen der Aus- und Weiterbildung gefördert und gefordert
- 4 werden.

5 *Begründung:*

6 Erfolgt mündlich.

7

8 Empfehlung der Antragskommission:

9 Annahme

## B27 Ausbildungsslots\*innen für alle Schulen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die SPD im Unterbezirk der Region Hannover fordert, dass Ausbildungsslots\*innen in allen
- 2 weiterführenden Schulen ab der SEK I eingesetzt werden. Dafür sollen entsprechende Mittel
- 3 seitens der Kommunen und des Landes zur Verfügung gestellt werden.

4 *Begründung:*

- 5 Viele Ausbildungsplätze können mangels geeigneter Bewerberinnen und Bewerber nicht besetzt
- 6 werden, zudem bricht jeder fünfte Jugendliche die Ausbildung vorzeitig ab. Diesem Trend
- 7 möchten wir mithilfe der Ausbildungsslots\*innen gezielt entgegenwirken, damit niemand seine
- 8 oder ihre Ausbildung vorzeitig abbrechen muss.

9

10 Empfehlung der Antragskommission:

11 Annahme

## B28 Aufstockung der Jugendhilfe in den Kommunen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover sowie an die weiteren entsprechenden beschlussfassenden Gremien auf kommunaler und Landesebene

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die SPD Region Hannover fordert, dass die Jugendhilfe aufgestockt wird, damit individuelle  
2 (soziale und/oder psychologische) Beratung und Betreuung für schwierige Jugendbiografien  
3 möglich wird.

4 *Begründung:*

5 Damit kein Jugendlicher im Bildungsprozess verloren geht, sind die Mittel in der Jugendhilfe  
6 entsprechend aufzustocken. Ziel ist es, insbesondere den Jugendlichen eine weitere Chance zu  
7 Erreichung von notwendigen Schulabschlüssen einzuräumen, die aufgrund ihrer  
8 Entwicklungsbiografien, den Mut an sich selbst verloren haben. Sie benötigen individuelle,  
9 soziale und psychologische Begleitung, sowie Beratungsleistungen, die ihre persönliche  
10 Situation berücksichtigt.

11 Aufgrund der Zunahme von Schüler\*innen, die aufgrund der Schulverweigerung keinen  
12 adäquaten Schulabschluss erreichen, müssen die bestehenden Angebote erweitert werden,  
13 denn kein Jugendlicher, keine Jugendliche darf unserer Gesellschaft verloren gehen.

14 Empfehlung der Antragskommission:

15 Annahme in geänderter Fassung:

16 Die SPD Region Hannover fordert, dass die Jugendhilfe z.B. für Schulverweigerungsprojekte  
17 aufgestockt wird, damit individuelle (soziale und/oder psychologische) Beratung und Betreuung  
18 für schwierige Jugendbiografien möglich wird.

## B29 Jugendarbeitslosigkeit auf 0!

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover bekennt sich dazu, die Jugendarbeitslosigkeit auf 0  
2 zu reduzieren. Sie schafft selbst Beschäftigungsangebote oder durch Stärkung des  
3 Wirtschaftsraumes/-standortes.

4 *Begründung:*

5 Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen auf das Minimum zu reduzieren ist bereits lange ein Ziel  
6 der SPD. Der Trend der Zunahme wird besonders auf europäischer Ebene deutlich. Dem wollen  
7 wir insgesamt entgegenreten. Die Kommission zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf  
8 Regionsebene bietet dafür eine gute Grundlage, die noch stärker und effektiver als bisher dazu  
9 eingesetzt werden muss.

10 Empfehlung der Antragskommission:

11 Annahme in geänderter Fassung:

12 Unser Ziel ist es, die Jugendarbeitslosigkeit auf Null zu reduzieren. Dazu trägt die Region  
13 Hannover bei, indem sie selbst Angebote schafft und den Wirtschaftsstandort stärkt.

## B30 Stärkung und Professionalisierung von Jugendberufsagenturen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Stadt und Region Hannover sollen die gemeinsamen Jugendberufsagenturen, in denen  
2 Arbeitsagenturen, Jobcenter und kommunale Jugendberufshilfe zusammenarbeiten, weiter  
3 stärken und professionalisieren.

4 Die Jugendberufsagenturen binden die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vor  
5 Ort als unverzichtbare Partner ein.

6 *Begründung:*

7 Damit können die Leistungen nach SGB II, SGB III und SGB VIII für junge Menschen am Übergang  
8 von Schule in die Arbeitswelt zielgerichtet gebündelt werden. Schule bildet das Fundament für  
9 einen gelingenden Übergang in die Arbeitswelt.

10

11 Empfehlung der Antragskommission:

12 Annahme

## B31 Berufsberatung als fester Baustein fürs Kerncurriculum

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der UBP möge beschließen, dass die Berufsberatung als fester Baustein ins Kerncurriculum  
2 eingearbeitet wird. Dies erfolgt aktuell. Dabei soll es nicht nur als temporäres Projekt gesehen  
3 werden, sondern als Querschnittsaufgabe für alle Fachbereiche. Dies soll in der  
4 gesamtschulischen Verantwortung liegen.

5 *Begründung:*

6 Folgt mündlich.

7 Empfehlung der Antragskommission:

8 Annahme in geänderter Fassung:

9 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die Berufsberatung als fester Baustein ins  
10 Kerncurriculum eingearbeitet wird. Dies erfolgt aktuell. Dabei soll es nicht nur als temporäres  
11 Projekt gesehen werden, sondern als Querschnittsaufgabe für alle Fachbereiche. Dies soll in der  
12 gesamtschulischen Verantwortung liegen. Die Lehrkräfte müssen sowohl während ihrer  
13 Lehramtsausbildung als auch durch Fortbildungen im Lehramtsberuf darauf angemessen  
14 vorbereitet werden.

## B32 Schulspezifisches Berufsorientierungskonzept an allen weiterführenden Schulen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover möge beschließen, dass alle weiterführenden Schulen
- 2 dazu verpflichtet werden sollen, ein aussagefähiges und schulspezifisches
- 3 Berufsorientierungskonzept zu erarbeiten und umzusetzen.

4 *Begründung:*

5 Folgt mündlich.

6

7 Empfehlung der Antragskommission:

8 Annahme

## B33 Aufbau von Berufsnetzwerken

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Landesparteitag und SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert die Landtagsfraktion dazu auf,
- 2 Berufsnetzwerke aufzubauen, die mit weiterführenden Schulen kooperieren können und die
- 3 dafür benötigten finanziellen Mittel bereitzustellen.
- 4 *Begründung:*
- 5 Folgt mündlich.
- 6 Empfehlung der Antragskommission:
- 7 Annahme in geänderter Fassung:
- 8 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert das Land Niedersachsen dazu auf, die Schulen
- 9 zu ertüchtigen, Berufsnetzwerke aufzubauen, die mit weiterführenden Schulen kooperieren
- 10 können und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitzustellen.

## B34 Mehr finanzielle Beteiligung des Landes für die Prävention von Jugendarbeitslosigkeit

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk der SPD Region Hannover fordert das Land auf, die finanzielle Beteiligung an  
2 kommunalen Maßnahmen und Projekten zur Prävention und Qualifikation zu erhöhen.

3 *Begründung:*

4 Folgt mündlich.

5

6 Empfehlung der Antragskommission:

7 Annahme in geänderter Fassung

8 Der Unterbezirk der SPD Region Hannover fordert das Land auf, die finanzielle Beteiligung an  
9 kommunalen Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Jugendarbeitslosigkeit und  
10 Qualifikation zu erhöhen.

## B35 Mehr Stellen für BBS-Lehrende und Landesprogramm zur Stärkung von BBSen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert das Land dazu auf, mehr Stellen für BBS-  
2 Lehrende zu schaffen und ein landesweites Programm zur Stärkung von BB-Schulen  
3 aufzusetzen.

4 *Begründung:*

5 Die berufsbildenden Schulen müssen wieder stärker in Fokus der sozialdemokratischen Arbeit  
6 gelangen. Dafür braucht es genügend ausgebildete Fachlehrkräfte und entsprechende Stellen.

7

8 Empfehlung der Antragskommission:

9 Annahme

## B36 Medien- und Digitalpädagogik an Schulen

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Das Thema Medien-/Digitalpädagogik muss an Bedeutung im schulischen Kontext dazu  
2 gewinnen. Wir fordern die Prüfung einer Einführung von EDV-Unterricht in den Grundschulen  
3 und an allen weiterführenden Schulen.

4 *Begründung:*

5 Kinder und Jugendliche müssen auf die großen MEGA-Trends der Gesellschaft vorbereitet  
6 werden. Die Arbeitswelt ist im Wandel, die Digitalisierung verändert die Berufslandschaft.

7 Empfehlung der Antragskommission:

8 Annahme in geänderter Fassung

9 Das Thema Medien-/Digitalpädagogik muss an Bedeutung im schulischen Kontext dazu  
10 gewinnen. Wir fordern die Prüfung einer Einführung von EDV-Unterricht in den Grundschulen  
11 und an allen weiterführenden Schulen mit entsprechender Ausstattung. Lehrkräfte müssen  
12 entsprechend qualifiziert werden.

## B37 Mindestausbildungsvergütung einführen – und zwar jetzt!

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert den Bund dazu auf, eine
- 2 Mindestausbildungsvergütung angelehnt an die Forderung des DGBs i.H.v. über 635 Euro mtl.
- 3 einzuführen.
- 4 *Begründung:*
- 5 In den Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde bereits hineinverhandelt, dass eine
- 6 Mindestausbildungsvergütung eingeführt werden soll. Aktuell wird auf die Umsetzung
- 7 gewartet, da es Uneinigkeiten in der Großen Koalition zur Höhe der Vergütung gibt.
- 8 Bildungsministerin Karliczek (CDU) möchte finanziell niedriger ansetzen, als der DGB es fordert.
- 9 Gemeinsam mit den Gewerkschaften sollten wir eine gerechtere und würdigere Vergütung i.H.v.
- 10 635 Euro monatlich fordern und dafür weiter einstehen.
- 11 Empfehlung der Antragskommission:
- 12 Erledigt durch Regierungshandeln.

## B38 Gesetzliche Garantie für die Ausbildung

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion Hannover, Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert, dass alle Jugendlichen einen gesetzlichen  
2 Anspruch auf einen Ausbildungsplatz erhalten und dies in der Region Hannover für alle  
3 garantiert wird – gerade angesichts der digitalen Veränderungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt.

4 *Begründung:*

5 Alle Jugendlichen aus der Region Hannover müssen die Chance erhalten, in der Umgebung  
6 aufzuwachsen und bleiben zu können, sofern sie das wünschen. Mit einer gesetzlichen Garantie  
7 für die Ausbildung können wir langfristig Nachwuchskräfte für die Region sichern und  
8 gleichzeitig die Möglichkeit geben, sich selbst verwirklichen zu können.

9 Empfehlung der Antragskommission:

10 Annahme in geänderter Fassung

11 Der SPD-Unterbezirk der Region Hannover fordert, dass alle Jugendlichen einen gesetzlichen  
12 Anspruch auf einen Ausbildungsplatz erhalten und dies für alle garantiert wird – gerade  
13 angesichts der digitalen Veränderungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt.

14 Hinweis der Antragskommission:

15 Die Eingrenzung auf die Region Hannover muss entsprechend auch in der Begründung  
16 gestrichen werden.

## B39 Quantitative und qualitative Aufwertung der Berufsberatung der Agentur für Arbeit

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion, SPD-Regionsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an die SPD-  
2 Fraktionen der kommunalen Gremien weiterleiten:

3 Die zur Verfügung stehenden Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket sind effektiver zu  
4 bewerben. Hierzu sind die bisherigen Maßnahmen zu evaluieren und mit Blick auf ihre  
5 Effektivität zu hinterfragen.

6 Die Kommunen haben an Schlüsselinstitutionen (Kita, Schulen, Stadtteilzentren) für  
7 ausreichende Beratungsangebote zu sorgen (z.B. BuT-Lotsen).

8 Der Verwaltungsaufwand zur Verteilung von BuT- Mitteln in den Kommunen ist zu reduzieren.

9 *Begründung:*

10 Zurzeit nehmen beispielsweise in Hannover nur 52% der Berechtigten Leistungen in Anspruch.  
11 Transferleistungen können nur wirken, wenn von Armut betroffene Eltern und Familien sie auch  
12 tatsächlich kennen und einfordern können. Um den Anteil der Inanspruchnahme zu steigern,  
13 sind weitere bzw. effektivere Maßnahmen umzusetzen. Gerade an Schlüsselinstitutionen kann  
14 dafür Sorge getragen werden, die Bekanntheit von BuT-Leistungen beim betroffenen  
15 Personenkreis zu erweitern. Um die Hürde von zu hoher Bürokratie abzusenken, ist eine  
16 pauschale, antragvereinfachte Vergabe von BuT-Mitteln an Leistungsberechtigte und  
17 Förderinstitutionen ist zu prüfen.

18                    – Von der Antragstellerin zurückgezogen, demnach keine Befassung –

## B40 Inanspruchnahme von Mitteln des Bildungs- Teilhabepaket in den Kommunen steigern

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Kommunale SPD-Fraktionen, SPD-Ratsfraktion Hannover, SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an die SPD-
- 2 Fraktionen der kommunalen Gremien weiterleiten:
- 3 Die zur Verfügung stehenden Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket sind effektiver zu
- 4 bewerben. Hierzu sind die bisherigen Maßnahmen zu evaluieren und mit Blick auf ihre
- 5 Effektivität zu hinterfragen.
- 6 Die Kommunen haben an Schlüsselinstitutionen (Kita, Schulen, Stadtteilzentren) für
- 7 ausreichende Beratungsangebote zu sorgen (z.B. BuT-Lotsen).
- 8 Der Verwaltungsaufwand zur Verteilung von BuT- Mitteln in den Kommunen ist zu reduzieren.
- 9 *Begründung:*
- 10 Zurzeit nehmen beispielsweise in Hannover nur 52% der Berechtigten Leistungen in Anspruch.
- 11 Transferleistungen können nur wirken, wenn von Armut betroffene Eltern und Familien sie auch
- 12 tatsächlich kennen und einfordern können. Um den Anteil der Inanspruchnahme zu steigern,
- 13 sind weitere bzw. effektivere Maßnahmen umzusetzen. Gerade an Schlüsselinstitutionen kann
- 14 dafür Sorge getragen werden, die Bekanntheit von BuT-Leistungen beim betroffenen
- 15 Personenkreis zu erweitern. Um die Hürde von zu hoher Bürokratie abzusenken, ist eine
- 16 pauschale, antragvereinfachte Vergabe von BuT-Mitteln an Leistungsberechtigte und
- 17 Förderinstitutionen ist zu prüfen.
- 18 Empfehlung der Antragskommission:
- 19 Annahme in geänderter Fassung:
- 20 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an die SPD-
- 21 Fraktionen der kommunalen Gremien weiterleiten:
- 22 Die zur Verfügung stehenden Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket müssen effektiver
- 23 beworben werden. Hierzu müssen die bisherigen Maßnahmen evaluiert und mit Blick auf ihre
- 24 Effektivität hinterfragt werden.
- 25 Die Kommunen haben an Schlüsselinstitutionen (Kita, Schulen, Stadtteilzentren) für
- 26 ausreichende Beratungsangebote zu sorgen (z.B. BuT-Lotsen).
- 27 Der Verwaltungsaufwand zur Verteilung von BuT- Mitteln in den Kommunen ist zu reduzieren.

## B41 Unterstützung der Kommunen zur Stärkung sozialer und kultureller Teilhabe

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Landesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den  
2 Landesparteitag der SPD Niedersachsen weiterleiten:

3 Die Kommunen müssen bei der Umsetzung eigener Programme zur Ermöglichung von sozialer  
4 und kultureller Teilhabe (bspw. HannoverAktivPass) finanziell stärker unterstützt werden.

5 Die Mobilität für Kinder und Jugendliche muss langfristig kostenfrei sein. Auf dem Weg dorthin  
6 sind Vergünstigungen nach dem Hannoveraner Modell (Jugend-Netzkarte) flächendeckend  
7 einzuführen.

8 *Begründung:*

9 Die Bereitstellung von sozialer und kultureller Teilhabe ist eine gesamtgesellschaftliche  
10 Aufgabe. Dem Land Niedersachsen kommt bei der Unterstützung der Kommunen bei der  
11 Bewältigung dieser Aufgabe eine Schlüsselrolle zu. Neben der finanziellen Unterstützung der  
12 Kommunen für Programme zur sozialen und kulturellen Teilhabe kann die Ermöglichung der  
13 kostenfreien Mobilität für Kinder und Jugendliche einen wichtigen Schritt zur Bewältigung  
14 dieser Aufgabe darstellen.

15 Empfehlung der Antragskommission:

16 Annahme in geänderter Fassung:

17 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den  
18 Landesparteitag der SPD Niedersachsen weiterleiten:

19 Die niedersächsischen Kommunen müssen bei der Umsetzung eigener Programme zur  
20 Ermöglichung von sozialer und kultureller Teilhabe (bspw. HannoverAktivPass) finanziell stärker  
21 unterstützt werden.

22 Die Mobilität für Kinder und Jugendliche muss langfristig kostenfrei sein. Auf dem Weg dorthin  
23 müssen Kommunen in die Lage versetzt werden, Vergünstigungen nach dem Hannoveraner  
24 Modell (Jugend-Netzkarte) flächendeckend einzuführen.

## B42 Kinderarmut in einkommensschwächeren Familien verhindern – SGB II und SGB XII reformieren

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den  
2 Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Hannover weiterleiten:
- 3 Die derzeitigen Regelbedarfsermittlungen nach dem SGB II/SGB XII müssen überprüft werden,  
4 damit es Kinderarmut nicht begünstigt. D.h. Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht  
5 auf die Transferleistungen über SGB II/XII angerechnet werden.
- 6 Leistungslücken, insbesondere an Schnittstellen zu anderen Bereichen in der sozialen Sicherung,  
7 gilt es zu schließen. Kinder, deren Eltern im SGB II/XII-Leistungsbezug sind, profitieren nicht von  
8 einer Anhebung des Kindergeldes oder des Kinderfreibetrages.
- 9 Das vom Staat für Kinder und Jugendliche zu garantierende Existenzminimum muss sich an  
10 deren tatsächlichen Bedürfnissen an sozialer und kultureller Teilhabe und nicht an statistischen  
11 Mittelwerten orientieren. Bei der Erhebung des Bedarfs sind Kinder und Jugendliche als  
12 „Sachverständige“ einzubeziehen.
- 13 Ohne es mit Sozialleistungen gegenzurechnen, müssen Jugendliche in SGB-II/XII  
14 Bedarfsgemeinschaften selbstverdientes Geld für sich behalten dürfen
- 15 *Begründung:*
- 16 Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien dürfen nicht zusätzlich bestraft  
17 werden. Leistungen zur Bekämpfung von Kinderarmut (bspw. Kindergeld oder  
18 Unterhaltsvorschuss) dürfen daher auf entsprechende Leistungen des SGB II/XII nicht  
19 gegengerechnet werden. Dies gilt auch für selbstverdientes Geld.
- 20 Für die Gestaltung der Gesetzesreformen sind wissenschaftliche Erkenntnisse, Studien sowie die  
21 fachlichen Forderungen der freien Wohlfahrtspflege zu berücksichtigen. Hier ist die Politik  
22 gefordert, die fachliche Kompetenz der genannten Akteur\*innen wertschätzend zu nutzen und  
23 auch die Betroffenen selbst, die Kinder und Jugendlichen, als „Sachverständige“ einzubeziehen.
- 24
- 25 Empfehlung der Antragskommission:
- 26 Annahme

## B43 Kindergrundsicherung als wesentlicher Baustein zur Bekämpfung von Kinderarmut

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den
- 2 Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Hannover weiterleiten:
- 3 Alle derzeitigen pauschalbemessenen Leistungen sowie steuerliche Förderungen sind zu einer
- 4 bedingungslosen Kindergrundsicherung zusammenzufassen. Die Höhe dieser Leistung muss
- 5 sich am kindlichen Existenzminimum orientieren. Kinderfreibeträge, Kindergeld, Sozialgeld und
- 6 weitere pauschalbemessene Transferleistungen werden in dieser Gesamtleistung
- 7 zusammengefasst.
- 8 *Begründung:*
- 9 Zur effektiven Bekämpfung von Kinderarmut bedarf es einer einheitlichen und klaren Bündelung
- 10 aller Sozialleistungen sowie steuerlichen Begünstigungen zu einer Kindergrundsicherung.
- 11 Dadurch werden neben der reinen Fixierung auf die Sicherung des kindlichen Existenzminimums
- 12 auch Bürokratie abgebaut und die Bürger\*innenorientierung gestärkt.
- 13 Empfehlung der Antragskommission:
- 14 Erledigt durch B2

## B44 Weitere Stärkung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den  
2 Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Hannover sowie an die höheren Parteigremien weiterleiten:

3 Die Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket sowie für weitere Teilhabeleistungen müssen  
4 weiter erhöht werden. Zudem müssen deren Beantragung vereinfacht und die  
5 Inanspruchnahme diskriminierungsfrei gestaltet werden.

6 Finanzielle Direktzahlungen sind besser als Sachleistungen. Statt zweckgebundener Sach- und  
7 Geldleistungen sind monetäre Direktzahlungen an Eltern oder Institutionen zu bevorzugen.

8 *Begründung:*

9 Durch zweckgebundene Sach- und Geldleistungen geht ein erheblicher Anteil für Bürokratie und  
10 Verwaltung verloren. Finanzielle Direktzahlungen sind effektiver und kommen aus den  
11 Erfahrungen innerhalb der Kommunen und laut Studien aus der Wissenschaft effektiver bei den  
12 Kindern und Jugendlichen an. Insgesamt bedarf es ebenso eines Ausbaus der Mittel des BuT. Für  
13 eine größere Bürger\*innenorientierung sind deren Beantragung zu vereinfachen und die  
14 Inanspruchnahme diskriminierungsfrei zu gestalten. Dadurch soll der Anteil der  
15 Inanspruchnahme signifikant erhöht werden.

16

17 Empfehlung der Antragskommission:

18 Annahme

## B45 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) fair gestalten

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den
- 2 Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Hannover weiterleiten:
- 3 Das derzeitige Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist auf seine Wirksamkeit zu
- 4 überprüfen und an die heutigen Bedarfe von Auszubildenden an Fachschulen sowie
- 5 Studierenden an Fachhochschulen und Hochschulen anzupassen.
- 6 Die Rückzahlung des BAföGs soll von max. 10.000 Euro auf 0 Euro reduziert.
- 7 *Begründung:*
- 8 Eine qualifizierte Ausbildung darf nicht an fehlenden Finanzen scheitern. Die aktuellen
- 9 Reformpläne sind unzureichend und lassen die Zahl der Inanspruchnehmenden nur
- 10 unwesentlich wieder ansteigen nach Jahren großen Rückgangs. Das BAföG muss daher deutlich
- 11 in seiner Leistungsgestaltung ausgeweitet werden um der zunehmenden Bedeutungslosigkeit
- 12 entgegenzutreten.
- 13 Empfehlung der Antragskommission:
- 14 Erledigt durch Antrag D11.

## B46 Integration durch Bildung

Antragsteller\*innen: Projektgruppe Kinderarmut

Weiterleitung an: SPD-Bezirks- und Landesparteitag, jeweilige Fraktionen

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1    Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2    1. Wir fordern den Erhalt und die Weiterführung von Sprachlernklassen an allen Schulen mit  
3    einer flexiblen Handhabung durch die Schulen mithilfe eigener Lernkonzepte.

4    2. Es dürfen keine Kürzungen der Stunden für die Sprachlernklassen und den  
5    Sprachförderunterricht erfolgen. Im Gegenteil: Es sollen mehr Investitionen in beide Bereiche  
6    unternommen werden.

7    3. Es müssen ausreichende Schulplätze – sowohl an Regelschulen als auch an Berufsschulen -  
8    auch für nicht mehr Schulpflichtige geschaffen werden, insbesondere auch für geflüchtete junge  
9    Volljährige und junge Erwachsene.

10   4. Die Programme Sprint und Sprint-Dual müssen weitergeführt und dahingehend  
11   weiterentwickelt werden, dass der Stunden- und Fächerumfang erhöht wird sowie die  
12   Möglichkeit der Erlangung eines Schulabschlusses gewährleistet wird.

13   *Begründung:*

14   Vor dem Hintergrund massiv schlechterer Bildungschancen von Kindern, Jugendlichen und  
15   jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund sind vielfältige Maßnahmen notwendig, um  
16   diesen jungen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

17   Eine Voraussetzung hierfür ist die Weiterführung der Sprachlernklassen und des  
18   Sprachförderunterrichtes an allen Schulen. Sprachlernklassen und Sprachförderunterricht sind  
19   weiter dringend notwendig und müssen dauerhaft ausgebaut werden. Die Schulen müssen die  
20   Möglichkeit haben die Umsetzung anhand eigener Lernkonzepte den Bedürfnissen der  
21   Schüler\*innen anzupassen.

22   Die Bildungsbiographien junger Menschen sind vielfältig und es muss der Besonderheit der  
23   Lebensverläufe Rechnung getragen werden. In den letzten Jahren sind viele junge Menschen mit  
24   Fluchterfahrung - zum Teil als unbegleitete Minderjährige - zu uns gekommen. Ihre  
25   Bildungserfahrungen sind unterschiedlich, einige hatten in ihren Herkunftsländern nur wenige  
26   Jahre die Möglichkeit eine Schule zu besuchen, ihre Bildungsverläufe wurden durch die Flucht  
27   unterbrochen. Teils schwere traumatische Erfahrungen, unklare Bleibeperspektiven, sprachliche  
28   Defizite aber auch mangelnde Information und Unterstützung sowie hohe bürokratische  
29   Hürden u.a. erschweren den Wiedereinstieg in schulische Bildungsverläufe.

30   Die jungen Menschen benötigen mehr Zeit zur Erlangung von Bildungsabschlüssen und es muss  
31   vielfältige und ausreichende Bildungsangebote geben. Aktuell endet in Niedersachsen die  
32   Schulpflicht mit 18 Jahren – unabhängig von der tatsächlichen Dauer des Schulbesuches im  
33   Einzelfall!

34 Es stehen nicht ausreichend Schulplätze an Regelschulen und Berufsschulen zur Verfügung, so  
35 dass nicht mehr schulpflichtigen jungen Menschen häufig ein weiterer Schulbesuch und die  
36 Erlangung eines schulischen Abschlusses nicht möglich ist. Hier müssen ausreichend Plätze an  
37 Regelschulen und Berufsschulen geschaffen werden, damit junge Menschen die Möglichkeit  
38 haben auch über die Schulpflicht hinaus - die für sie geeignete Schule zu besuchen.

39 Darüber hinaus ist die Weiterführung und Weiterentwicklung von zusätzlichen schulischen  
40 Angeboten zur Ausbildungsvorbereitung junger Menschen notwendig.

41 Die Programme Sprint und Sprint-Dual – die jeweils ein Jahr dauern und an Berufsschulen  
42 durchgeführt werden - sollen junge Geflüchtete ohne Schulabschluss auf eine Ausbildung  
43 vorbereiten. Spracherwerb, Grundlagen der deutschen Lebens- und Arbeitswelt werden  
44 vermittelt, Praktika sollen absolviert werden. Erst im zweiten Jahre erfolgt die Förderung des  
45 Grundlagenwissens, z.B. in Mathematik und es wird – an drei Tagen in der Woche - eine  
46 mehrmonatige berufliche Einstiegsqualifizierung in einem Betrieb absolviert.

47 Das Angebot von Sprint und Sprint-Dual ist als eine Möglichkeit der Förderung junger  
48 Geflüchteter weiterzuführen und auszubauen. Wichtig ist jedoch die konzeptionelle  
49 Weiterentwicklung, um den jungen Menschen eine Ausbildungsperspektive zu ermöglichen. So  
50 ist eine Ausweitung des Stundenumfanges und Fächerumfanges dringend notwendig, ebenso  
51 wichtig ist die Möglichkeit des täglichen Schulbesuches bis zum Beginn der  
52 Einstiegsqualifizierung (aktuell lediglich Unterricht am zwei Tagen die Woche) sowie die  
53 Möglichkeit der Vorbereitung auf einen Schulabschluss.

54 Die jungen Menschen müssen über den Verlauf einzelner Bildungs- und Ausbildungsabschnitte  
55 von festen Bezugspersonen z.B. Bildungs- und Ausbildungslotsen begleitet und unterstützt  
56 werden, um ihnen vorhandene Möglichkeiten aufzuzeigen und Bildungsabbrüche zu verhindern.  
57 Hier ist die Zusammenarbeit von Schule, Berufsschule, Jugendhilfe, Zivilgesellschaft und  
58 anderen Akteuren notwendig, die in die vorhandenen Konzepte einbezogen werden müssen.

#### 59 Empfehlung der Antragskommission:

60 Annahme in geänderter Fassung:

61 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

62 1. Wir fordern den Erhalt und die Weiterführung von Sprachlernklassen an allen Schulen mit  
63 einer flexiblen Handhabung durch die Schulen mithilfe eigener Lernkonzepte.

64 2. Es dürfen keine Kürzungen der Stunden für die Sprachlernklassen und den  
65 Sprachförderunterricht erfolgen. Im Gegenteil: Es sollen mehr Investitionen in beide Bereiche  
66 unternommen werden.

67 3. Es müssen ausreichende Schulplätze – sowohl an Regelschulen als auch an Berufsschulen -  
68 auch für nicht mehr Schulpflichtige geschaffen werden, insbesondere auch für geflüchtete junge  
69 Volljährige und junge Erwachsene.

70 4. Die Programme Sprint und Sprint-Dual müssen weiterhin für junge Menschen über die  
71 Volljährigkeit und die Absolvierung der Schulpflicht hinaus angeboten werden. Sie müssen  
72 weiterentwickelt werden, u.a. muss eine Erhöhung des Stunden- und Fächerumfanges erfolgen  
73 und die Vorbereitung zur Erlangung eines Schulabschlusses gewährleistet werden.

## B47 Entwicklung und Umsetzung eines Sozialindexes für Grundschulen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover, Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion sowie zur Beschlussfassung in weiteren notwendigen politischen Gremien

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Alle Schüler\*innen haben das Recht in ihrer Individualität gefördert und in ihren Lernprozessen
- 2 optimal begleitet zu werden. Dazu ist es notwendig, die Lebenssituationen von Schüler\*innen
- 3 exakt zu erfassen, um ihnen entsprechende lernunterstützende Bedingungen zu Verfügung
- 4 stellen zu können.
  
- 5 Ein sozialer Schulindex dient der Beschreibung von sozialen Lebenssituationen der
- 6 Schüler\*innenschaften sowie die Notwendigkeiten, die in den unterschiedlichen Sozialräumen
- 7 zu einem erfolgreichen Bildungserwerb beitragen können.
  
- 8 Auf seiner Basis können entsprechende Ressourcen wie, den Einsatz von Lehrkräften,
- 9 Lernmitteln, Verwaltungsstellen und Mitarbeiter\*innen der Schulsozialarbeit bedarfsgerechter
- 10 gesteuert werden.
  
- 11 *Begründung:*
- 12 Die Entwicklung und Umsetzung eines Sozialindex trägt dazu bei, jedem Kind eine individuelle
- 13 Bildungsteilhabe zu ermöglichen. Sozialindexerhebungen werden bereits in Hamburg und in
- 14 Göttingen erfolgreich praktiziert.
  
- 15 Empfehlung der Antragskommission:
- 16 Erledigt durch Antrag B23.

## B48 Ausbau und Mittelaufstockung für Schulverweigerungsprojekte

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD -Bezirksparteitag Hannover , sowie an die weiteren entsprechenden beschlussfassend Gremien

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Damit kein Jugendlicher im Bildungsprozess verloren geht, sind die Mittel in der Jugendhilfe  
2 entsprechend aufzustocken. Ziel ist es, insbesondere den Jugendlichen eine weitere Chance zu  
3 Erreichung von notwendigen Schulabschlüssen einzuräumen, die aufgrund ihrer  
4 Entwicklungsbiografien, den Mut an sich selbst verloren haben. Sie benötigen individuelle,  
5 soziale und psychologische Begleitung, sowie Beratungsleistungen, die ihre persönliche  
6 Situation berücksichtigt.

7 *Begründung:*

8 Aufgrund der Zunahme von Schüler\*innen, die aufgrund der Schulverweigerung keinen  
9 adäquaten Schulabschluss erreichen, müssen die bestehenden Angebote erweitert werden,  
10 denn kein Jugendlicher, keine Jugendliche darf unserer Gesellschaft verloren gehen.

11 Empfehlung der Antragskommission:

12 Erledigt durch Antrag B23 in Fassung der Antragskommission.

## C1 Informationen für Mitglieder durch eine App

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk Region Hannover fordert den Parteivorstand auf, im Rahmen ihrer strukturellen  
2 Erneuerung eine Software (für Rechner und Smartphones) entwickeln zu lassen, die eine  
3 regelmäßige, übersichtliche Information der Mitglieder zu wichtigen Themen, Vorhaben und  
4 Terminen der Partei auf den verschiedenen Ebenen ermöglicht.

5 *Begründung:*

6 Mitglieder der SPD werden in unregelmäßigen Abständen von den verschiedenen Parteiebenen  
7 (Parteivorstand, Landesverband, Unterbezirk etc.) mit Informationen über Themen, Planungen  
8 und Termine versorgt. Dabei ist weder eine regelmäßige noch eine inhaltlich tragfähige  
9 Informationspolitik zu erkennen.

10 Obwohl die mangelnde, in Spitzenzeiten – voran in Wahlkämpfen – überbordende  
11 Informationspolitik der SPD gegenüber den eigenen Mitgliedern in der Analyse der  
12 Bundestagswahl an den Parteivorstand „Aus Fehlern lernen“ beklagt worden ist, hat der  
13 Parteivorstand bislang keinerlei Bemühungen erkennen lassen, diesen Mangel zu beseitigen.

14 Der Parteivorstand soll deshalb eine Software entwickeln, die es einerseits den verschiedenen  
15 Gliederungen (Parteivorstand, Landesverbände- bzw. Bezirke, Unterbezirke, Ortsvereine)  
16 ermöglicht, die Mitglieder in regelmäßigen Abständen in knapper Form zu informieren. Auf diese  
17 Weise sichert die SPD schon ihren Mitgliedern für eine klare Informationspolitik. Andererseits  
18 kann eine solche Software es Mitgliedern ermöglichen, durch eigene Einstellungen  
19 Informationen nach Ebenen, Themen o.ä. zu filtern und damit den Informationsfluss  
20 handhabbar zu gestalten.

21 Empfehlung der Antragskommission:

22 Annahme in geänderter Fassung:

23 Der Unterbezirk Region Hannover fordert den Parteivorstand auf, im Rahmen der strukturellen  
24 Erneuerung der SPD das Online-Angebot so zu optimieren, dass es auch für mobile Endgeräte  
25 gut nutzbar ist. Eine regelmäßige, übersichtliche Information der Mitglieder zu wichtigen  
26 Themen, Vorhaben und Terminen der Partei auf den verschiedenen Ebenen muss über den  
27 Mitgliederbereich der Homepage möglich und im besten Fall steuerbar sein.

## C2 Ehrenamtliche Quote für Delegierte bei Parteitag

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk Region Hannover stellt den Antrag an den Bundesparteitag, das  
2 Organisationsstatut wie folgt zu ergänzen:

3 Die SPD führt eine Quotierungsregelung ein, wonach mindestens 50 Prozent der Delegierten zu  
4 Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen mit Ehrenamtlichen besetzt werden müssen.  
5 Ehrenamtliche sind Mitglieder, die nicht mittelbar oder unmittelbar ein Einkommen durch die  
6 Partei erzielen, das keine Aufwandsentschädigung für ein kommunales Mandat darstellt. Als  
7 Bezieher\*innen eines mittelbaren Einkommens gelten auch jene Mitglieder, deren Vergütung  
8 sich nach den einschlägigen Regelungen für die Vergütung für Abgeordnete oder Minister\*innen  
9 des Bundes oder des Landes richten, oder die politische oder Wahlbeamt\*innen sind

10 *Begründung:*

11 „Die SPD hat eine Reihe von Problemen. Zu den bisher wenig ausgeleuchteten und doch zugleich  
12 zu den gravierendsten gehört der tiefe Graben, der sich zwischen Führung in Berlin und  
13 Mittelbau der Partei, den Hauptamtlichen, Parteitagsdelegierten und  
14 Unterbezirksverantwortlichen, aufgetan hat.“ So heißt es in der Analyse der Bundestagswahl  
15 2017 für den Parteivorstand „Aus Fehlern lernen“. Weiter heißt es dort: „Manche  
16 Landesparteitage dienen mehr der Präsentation der eigenen Spitze und weniger der Diskussion  
17 über inhaltliche Konzepte. Auf Bundesparteitagen werden Vorschläge von unten regelmäßig der  
18 Regierungslogik angepasst und in der Mühle der Antragskommission geschreddert.“ (Seiten 71  
19 und 74)

20 Um den Transfer von Positionen, Konzepten u.a. „von unten nach oben“ wiederherzustellen, soll  
21 deshalb eine Regelung eingeführt werden, wonach mindestens die Hälfte der  
22 Parteitagsdelegierten ehrenamtliche Mitglieder der Partei sein sollen. Unter Ehrenamtlichen  
23 sind Mitglieder zu verstehen, die ihr Einkommen nicht unmittelbar (als Beschäftigte einer  
24 Parteigliederung) oder mittelbar (als Beschäftigte einer Fraktion oder einer\*ines Abgeordneten  
25 oder als Abgeordnete, ausgenommen kommunale Mandatsträger\*innen, als Bundestags- oder  
26 Landtagsabgeordnete, als politische oder Wahlbeamt\*innen) erzielen. Diese Regelung  
27 beschädigt nicht den Wert der hauptamtlichen Mandatsträger\*innen, da diese ohnehin in  
28 beratender Funktion an den jeweiligen Parteitag teilnehmen können.

29 Die Regelung soll in das Organisationsstatut der SPD aufgenommen werden.

30 Empfehlung der Antragskommission:

31 Annahme in geänderter Fassung:

32 Der Unterbezirk Region Hannover stellt den Antrag an den Bundesparteitag, das  
33 Organisationsstatut wie folgt zu ergänzen:

34 Die SPD führt eine Quotierungsregelung ein, wonach mindestens 50 Prozent der Delegierten zu  
35 Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen mit Ehrenamtlichen besetzt werden müssen.  
36 Ehrenamtliche sind Mitglieder, die weder Hauptverwaltungsbeamt\*innen, Mitglieder des  
37 Landtages, des Bundestages oder des Europäischen Parlaments, Minister\*innen oder  
38 Wahlbeamt\*innen sind.

## C3 Informationen verlässlich und verständlich gestalten

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk Region Hannover fordert den Parteivorstand auf, eine verlässliche und  
2 verständliche Informationspolitik zu entwickeln. Eigene Positionen müssen deutlich  
3 herausgestellt, Erfolge, Kompromisse und Misserfolge stets als solche benannt und begründet  
4 werden. Zugleich hat der Parteivorstand in seinen Informationen darzulegen, wie mit dem  
5 betreffenden Thema weiter verfahren werden soll.

6 *Begründung:*

7 Die Informationen der SPD ist häufig unverständlich und unzuverlässig: Gerade im Kontext der  
8 Regierungsarbeit in Koalitionen muss das Profil unserer Partei deutlich erkennbar sein. Dafür ist  
9 es erforderlich, dass Informationen einerseits verlässlich sind und dass sie verständlich sind.

10 Verlässliche Informationen sind solche, die als Parteimeinung erst dann veröffentlicht werden,  
11 wenn es die Meinung der Partei und nicht die einzelner Politiker\*innen ist, und wenn sie die  
12 Position der SPD klar zum Ausdruck bringen. Letzteres erfordert, dass Misserfolge und  
13 Kompromisse stets als solche benannt werden: Wo die SPD Forderungen durchsetzen konnte,  
14 müssen diese ebenso klar erkennbar werden wie jene Punkte, bei denen sich die SPD nicht  
15 durchsetzen konnte. Zudem müssen Perspektiven benannt werden, wie unsere Partei mit den  
16 entsprechenden Themen und Forderungen weiter umgehen wird.

17 Verständliche Informationen meint, dass Fachtermini weitestgehend vermieden werden sollten.  
18 Die Menschen erwarten gerade von einer Volkspartei, dass sie auch „Volkes Stimme“ spricht und  
19 sich nicht in irgendwelchen beschönigenden Formeln ergeht.

20 Beispiele für eine missratene Informationspolitik auf Bundes-, aber auch auf Landesebene in  
21 letzter Zeit sind die Informationen zum Dieselskandal, zum Wohnungsgipfel, zum Kompromiss  
22 zur Neugestaltung des § 219a und zur Empfehlung eines generellen Tempolimits auf  
23 Autobahnen, das im Übrigen Beschlusslage der Partei (Hamburger Programm) ist.

24 Empfehlung der Antragskommission:

25 Annahme in geänderter Fassung:

26 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover fordert den Parteivorstand auf, eine verlässliche und  
27 verständliche Informationspolitik in leichter Sprache zu entwickeln. Eigene Positionen müssen  
28 deutlich herausgestellt, Erfolge, Kompromisse und Misserfolge stets als solche benannt und  
29 begründet werden. Zugleich hat der Parteivorstand in seinen Informationen darzulegen, wie mit  
30 dem betreffenden Thema weiter verfahren werden soll.

## C4 Interessen bedienen, Expertise gewinnen, MAVIS ergänzen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk Region Hannover stellt den Antrag an den Bundesparteitag, die  
2 Mitgliederdatenbank MAVIS um ein Feld zu speziellen Interessen und Expertisen der Mitglieder,  
3 Gastmitglieder und Interessent\*innen zu ergänzen. Damit sollen die speziellen Interessen und  
4 Fachkenntnisse von Mitgliedern etc. einerseits gezielter bedient als auch für die Partei besser  
5 nutzbar gemacht werden können.

6 *Begründung:*

7 Viele Mitglieder unserer Partei wie auch interessierte Menschen verfügen über ausgewiesene  
8 Interessen und Fachkenntnisse. Um diese sowohl durch gezielte Angebote und Informationen  
9 bedienen als auch die entsprechenden Menschen für die Mitarbeit zu bestimmten Themen und  
10 in bestimmten Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Projektgruppen gewinnen zu  
11 können, soll ein entsprechendes Feld in der Mitgliederdatenbank MAVIS ergänzt werden.

12 Empfehlung der Antragskommission:

13 Annahme in geänderter Fassung:

14 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover stellt den Antrag an den Bundesparteitag, den  
15 Mitgliedern über den Login-Bereich der Homepage zu ermöglichen, ihre Interessen und  
16 Expertisen anzugeben. Damit sollen die speziellen Interessen und Fachkenntnisse von  
17 Mitgliedern etc. einerseits gezielter bedient werden und sind andererseits für die Partei besser  
18 nutzbar. Die Angaben müssen dazu automatisiert in der Mavis verschlüsselt werden.

19

## C5 Die Trennung von Amt und Mandat vorantreiben: keine Vorstandsämter für Spitzen der Regierungen und Verwaltungen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirk Region Hannover stellt den Antrag an den Bundesparteitag, das
- 2 Organisationsstatut wie folgt zu ändern:
- 3 Die SPD schafft Strukturen, welche die Trennung von Amt und Mandat vorantreiben. Damit soll
- 4 die Richtlinienkompetenz der Partei gestärkt werden.
- 5 Die leitenden Beamt\*innen einer Bundes-, Landes- oder Bezirksregierung sowie die
- 6 Hauptverwaltungsbeamt\*innen von Kreisen und Kommunen sollen grundsätzlich keine
- 7 ordentlichen Ämter in Vorständen der gleichen oder einer übergeordneten Ebene bekleiden.
- 8 Ausgenommen von diesen Regelungen sind Ortsvereine.
- 9 *Begründung:*
- 10 Auf vielen Ebenen bestimmt oft nicht die Partei, sondern bestimmen entweder Mitglieder der
- 11 Regierungen oder Verwaltung oder die Fraktionen die Politik. Damit ist die Umsetzung
- 12 sozialdemokratischer Programmatik – bei aller gebotenen Kompromissfähigkeit – erheblich
- 13 behindert. Martin Schulz hat dies auf dem Bonner Parteitag 2017 als Fehler benannt, den die
- 14 SPD abstellen müsse.
- 15 Dazu muss der derzeitige Trend zu einer Partei der Funktionsträger\*innen unterbunden und die
- 16 Besetzung mit Mitgliedern, die kein Mandat der gleichen oder einer übergeordneten Ebene
- 17 innehaben, verstärkt werden.
- 18 Das gilt im Besonderen für die leitenden Beamt\*innen von Regierungen und Verwaltungen, die
- 19 mittelbar oder unmittelbar aus Wahlen durch die Bevölkerung in ihr Amt gelangen. Sie stehen
- 20 an der Spitze einer Verwaltung, die durch die politischen Parteien bzw. deren Fraktionen gelenkt
- 21 und kontrolliert werden soll. Sofern sie direkt gewählt werden, sind sie zudem zu einer gewissen
- 22 parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Aus diesem Grunde erscheinen diese Funktionen
- 23 unvereinbar mit einem ordentlichen Vorstandsamt der gleichen oder einer übergeordneten
- 24 Gliederung der Partei.
- 25 Diese Regelung soll auf allen Ebenen oberhalb der Ortsvereine gelten.
- 26 Die Regelung soll in das Organisationsstatut der SPD aufgenommen werden.
- 27 Empfehlung der Antragskommission:
- 28 Ablehnung

## C6 Sitzungszeiten flexibler gestalten

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: UBV, STV, SPD-Ortsvereine im UB Region Hannover

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk Region Hannover gestaltet seine Sitzungszeiten so flexibel, dass der  
2 Arbeits- und Lebenswelt aller betroffenen Mitglieder Rechnung getragen wird.

3 Die Ortsvereine und der Stadtverband Hannover werden aufgefordert, diesem Beispiel  
4 zu folgen.

5 *Begründung:*

6 Sitzungszeiten der Parteigremien orientieren sich oft an den Belangen der Vorsitzenden  
7 oder der Geschäftsführenden Vorstände. Dadurch wird Vorstandsmitgliedern und  
8 anderen interessierten Genoss\*innen oft die Möglichkeit genommen, an den Sitzungen  
9 teilzunehmen, da ihre Arbeitszeiten oder Belange der Familie nicht mit diesen Terminen  
10 zu vereinbaren sind.

11 Die flexiblere, bedarfskonforme Gestaltung der Sitzungszeiten der Vorstände und  
12 Beiräte soll es allen interessierten Mitgliedern ermöglichen, Familie, Beruf und Politik  
13 miteinander zu vereinbaren. Zugleich wird damit verhindert, dass die SPD weiterhin zu  
14 einer Funktionärspartei verkommt.

15 Empfehlung der Antragskommission:

16 Annahme in geänderter Fassung:

17 Der Unterbezirk Region Hannover gestaltet seine Sitzungszeiten so, dass der Arbeits-  
18 und Lebenswelt aller betroffenen Mitglieder möglichst weitgehend Rechnung getragen  
19 wird.

20 Die Ortsvereine und der Stadtverband Hannover werden aufgefordert, diesem Beispiel  
21 zu folgen.

## C7 Entwicklung einer Kommunikationsstrategie

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: UBV

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirk entwickelt eine Kommunikationsstrategie.
- 2 Die Entwicklung und Umsetzung soll von den Hauptamtlichen im Unterbezirk Region Hannover
- 3 getragen werden.
- 4 Die Inhalte, vor allem die perspektivisch-programmatischen Botschaften, sollen im Unterbezirk
- 5 gemeinsam mit dem Stadtverband Hannover und den Ortsvereinen entwickelt und diskutiert
- 6 werden.
- 7 *Begründung:*
- 8 Die SPD in der Region Hannover sollen mit einer Stimme sprechen. Unterschiedliche, einander
- 9 widersprechende Botschaften erzeugen eine Kakophonie, schüren das Misstrauen
- 10 untereinander und schwächen das Erscheinungsbild der SPD; einheitliche Botschaften hingegen
- 11 können einen einheitlichen Wohlklang der Sozialdemokratie in der Region erzeugen.
- 12 Deshalb brauchen wir eine Kommunikationsstrategie, die
- 13 einheitliche Botschaften zielgruppengerecht entwickelt,
- 14 Botschaften schnell verbreitet,
- 15 damit auch einen einheitlichen Informationsfluss in die verschiedenen Gliederungen des
- 16 Unterbezirks sichert,
- 17 diese Botschaften den verschiedenen medialen Formaten und Bedürfnissen anpasst und
- 18 damit auch die Verbreitung der Botschaften durch die verschiedenen Gliederungen und durch
- 19 die Mitglieder, insbesondere in den Social Media, sichert.
- 20 Diese Kommunikationsstrategie muss durch die Hauptamtlichen entwickelt und umgesetzt
- 21 werden, da das Ehrenamt und die einfachen Mitglieder der Partei damit überfordert wären.
- 22 Zudem sitzen die Hauptamtlichen in Unterbezirk weitestgehend näher an den
- 23 Informationsquellen.
- 24 Die Inhalte, vor allem programmatische Ansätze, können jedoch nicht allein von den
- 25 Hauptamtlichen entwickelt werden, sondern müssen gemeinsam mit den Ehrenamtlichen in
- 26 Unterbezirk, Stadtverband, den Fraktionen und den Ortsvereinen entwickelt und diskutiert
- 27 werden.
- 28 Empfehlung der Antragskommission:
- 29 Ablehnung

## C8 SPD erneuern – Einführung einer Ehrenamtlichen-Quote im Bundesvorstand

Antragsteller\*innen: Ortsverein Döhren-Wülfel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Ortsverein Döhren-Wülfel begrüßt das vom Bundesvorstand ausgegebene Ziel, die SPD zu
- 2 erneuern, um sie letztendlich auch wieder attraktiver und wählbarer zu machen.
- 3 Die Herausforderung besteht nun darin, herauszufinden, mit welchen konkreten Maßnahmen
- 4 die in Aussicht gestellte Erneuerung der Partei glaubwürdig eingeleitet werden kann.
- 5 Der Ortsverein Döhren-Wülfel möchte sich aktiv an diesem Prozess beteiligen und schlägt daher
- 6 konkret die Einführung einer Ehrenamtlichen-Quote vor. Diese soll 50% betragen und zunächst
- 7 nur für den Bundesvorstand gelten mit der Folge, dass der Bundesvorstand in Zukunft zu 50%
- 8 aus ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen zu bestehen hat.
- 9 *Begründung:*
- 10 erfolgt mündlich auf dem Parteitag.
- 11 Empfehlung der Antragskommission:
- 12 Annahme in geänderter Fassung:
- 13 Es wird eine Ehrenamtlichen-Quote von 50% für den Bundesvorstand eingeführt, mit der Folge,
- 14 dass der Bundesvorstand in Zukunft zu 50% aus ehrenamtlich tätigen Genossinnen und
- 15 Genossen besteht.

## C9 SPD erneuern – mehr Teilhabe- und Entscheidungsrechte der Basis bei der zukünftigen Bestimmung des Parteivorsitzes und der Kanzlerkandidatur

Antragsteller\*innen: Ortsverein Döhren-Wülfel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Ortsverein Döhren-Wülfel begrüßt das vom Bundesvorstand ausgegebene Ziel, die SPD zu
- 2 erneuern, um sie letztendlich auch wieder attraktiver und wählbarer zu machen.
- 3 Die Herausforderung besteht nun darin, herauszufinden, mit welchen konkreten Maßnahmen
- 4 die in Aussicht gestellte Erneuerung der Partei glaubwürdig eingeleitet werden kann.
- 5 Der Ortsverein Döhren-Wülfel möchte sich aktiv an diesem Prozess beteiligen und schlägt daher
- 6 konkret vor, dass bei der Bestimmung des Parteivorsitzes und der Nominierung für die
- 7 Kanzlerkandidatur ein Mitgliederentscheid generell und verbindlich eingeführt wird.
- 8 *Begründung:*
- 9 erfolgt mündlich auf dem Parteitag.
- 10 Empfehlung der Antragskommission:
- 11 Annahme in geänderter Fassung:
- 12 Bei der Bestimmung des Parteivorsitzes und der Nominierung für die Kanzlerkandidatur wird ein
- 13 Mitgliederentscheid generell und verbindlich eingeführt.

## C10 Keine erneute Koalition mit der Union – für einen klaren Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit

Antragsteller\*innen: Ortsverein Laatzen

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Keine erneute Koalition mit der Union - für einen klaren Politikwechsel zu mehr sozialer  
2 Gerechtigkeit

3 *Begründung:*

4 Seit der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten hat die SPD in Wahlumfragen  
5 deutlich an Zustimmung gewonnen. Um den Schulz-Effekt zu verfestigen, muss das Programm  
6 der SPD bis zum Bundesparteitag im Juni 2017 mit konkreten politischen Forderungen gefüllt  
7 werden, die für einen klaren Politikwechsel in Deutschland stehen.

8 Unser Ziel für die Bundestagswahl 2017 ist es, die stärkste politische Kraft in Deutschland zu  
9 werden. Wir machen vorrangig Wahlkampf für unsere eigenen Inhalte und nicht für eine  
10 Koalition. Wir werben für einen klaren Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit – in  
11 Abgrenzung zur Union und Angela Merkel.

12 Gleichzeitig sagen wir: Wenn wir stärkste politische Kraft werden, aber keine absolute Mehrheit  
13 erreichen, sind wir auf einen Koalitionspartner angewiesen, der unsere Inhalte mit uns umsetzt.  
14 Und schon heute können wir sagen: Die Union steht für keinen Politikwechsel – sondern für ein  
15 "Weiter so!"

16 Wir machen keinen Wahlkampf für eine erneute Koalition mit der CDU/CSU nach der  
17 Bundestagswahl 2017. Außerdem wenden wir uns gegen jede Form der Zusammenarbeit mit  
18 rechten oder rechtspopulistischen Parteien wie der AfD. Daher kommt für uns nur eine Koalition  
19 aus Rot-Rot, Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün in Frage. Aus diesem Grund sagen wir: Ohne eine  
20 Machtoption jenseits der Union gehen wir in die Opposition, weil uns unsere eigene  
21 Glaubwürdigkeit wichtiger ist als eine Regierungsbeteiligung.

22 Empfehlung der Antragskommission:

23 Annahme in geänderter Fassung:

24 Keine erneute Große Koalition mit der Union für die kommende Bundestagswahl - für einen  
25 klaren Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

## C11 Struktur von Parteitag

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: UBV

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Region Hannover folgenden Beschluss fassen:
- 2 „Der SPD Unterbezirk Region Hannover sieht für alle Parteitage grundsätzlich einen zeitlichen
- 3 Mindestanteil von 50 % für die Beratung und Beschlussfassung von Anträgen und Resolutionen
- 4 vor.
- 5 Antragskommissionen haben in Zukunft in erster Linie redaktionelle Funktionen und werden für
- 6 die Sortierung der Anträge zuständig sein; es gibt zukünftig keine Abstimmungen über die
- 7 Empfehlungen der Antragskommission mehr.“
- 8 *Begründung:*
- 9 Bei Parteitag sind die Antragsberatungen in der Sache immer kürzer gekommen und wurden
- 10 abgelöst durch deutlich höhere zeitliche Anteile von Grußworten und anderen nicht unmittelbar
- 11 inhaltlichen Tagesordnungspunkten, obwohl die Anzahl gestellter Anträge im Regelfall
- 12 erheblich war.
- 13 Um mit klaren Positionierungen in Zukunft auch medial wieder unverschwommener und klarer
- 14 in Erscheinung treten zu können, ist das gemeinsame inhaltliche Ringen um Positionen
- 15 unerlässlich, um dann die erzielten Beschlüsse nach außen auch einheitlicher vertreten zu
- 16 können.
- 17 Das Votum von Antragskommissionen hat auf vielen Parteitag zur Verwirrung beim
- 18 Abstimmungsverhalten geführt und die Intransparenz gefördert. Nicht selten kam es zu
- 19 zufälligen Mehrheiten. Um wieder mehr Demokratie auf Parteitag zu wagen, sollte die älteste
- 20 deutsche demokratische Partei wieder zu dem Mut finden, über Anträge offen zu diskutieren
- 21 und einzeln in der gestellten Form abzustimmen, ohne diese durch andere Anträge erledigen zu
- 22 lassen.
- 23 Keine Empfehlung der Antragskommission

## C12 Parteitage und ähnliche Formate wieder sinnvoll nutzen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover zum Beschluss, SPD-Landesparteitag, Niedersachsen zum Beschluss, SPD-Bundesparteitag zum Beschluss

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass Parteiveranstaltungen und Parteitage wieder  
2 dazu dienen sollen, politische Meinungsbildung voranzutreiben. Dazu soll die Zeit der  
3 Grußworte und sonstiger Eingangsreden zum Anfang der Veranstaltungen drastisch gekürzt  
4 werden.

5 Reden, die dennoch als nötig angesehen werden, sollen im Zweifel an das Ende der  
6 Veranstaltung gelegt werden.

7 *Begründung:*

8 Bei vielen Parteitagen oder ähnlichen Formaten gibt es schlichtweg zu viele Grußworte. Es kann  
9 nicht sein, dass den vielen Rednerinnen und Rednern mehr Zeit und Bedeutung zu gemessen  
10 wird als der politischen Sacharbeit.

11 Seit so vielen Monaten soll die sogenannte Erneuerung der Partei stattfinden. Vielleicht bedarf  
12 es gar nicht so vieler Erneuerungen, sondern einer Reflektion des eigenen Tuns.

13 Empfehlung der Antragskommission:

14 Annahme in geänderter Fassung:

15 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass Parteiveranstaltungen und Parteitage dazu  
16 dienen sollen, politische Meinungsbildung voranzutreiben. Dazu soll die Zeit der Grußworte und  
17 sonstiger Eingangsreden zum Anfang der Veranstaltungen drastisch gekürzt werden.

## C13 Einrichtung eines Arbeitskreises „Säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“

Antragsteller\*innen: Ortsverein List-Nord

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die SPD Region Hannover fordert den SPD-Bundesvorstand auf, einen Arbeitskreis „Säkulare  
2 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ einzurichten.

3 *Begründung:*

4 Der Anteil nicht konfessionsgebundener Menschen in Deutschland nimmt immer weiter zu.  
5 Trotzdem wird Genossinnen und Genossen, die sich keiner Konfession verbunden fühlen oder  
6 nicht Mitglied einer der großen Religionsgemeinschaften sind, bis heute die Einrichtung eines  
7 Arbeitskreises verweigert, der sich mit den Themen Säkularismus, Humanismus etc. beschäftigt.  
8 Und das, obwohl es im gesamten Bundesgebiet Genossinnen und Genossen gibt, denen diese  
9 Themen ein Herzensanliegen sind.

10 Die Arbeit eines solchen Arbeitskreises richtet sich nicht gegen Religionsgemeinschaften, wie  
11 gerne behauptet wird. Im Gegenteil, das gleichberechtigte Zusammenleben und -wirken aller  
12 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist eines der Hauptanliegen eines solchen  
13 Arbeitskreises.

14 Empfehlung der Antragskommission:

15 Annahme

## C14 Implementierung von Gleichstellungskonzepten auf allen Parteebenen

Antragsteller\*innen: AsF

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag sowie UBV, SPD-Bezirksvorstand, SPD-Landesvorstand

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Im Zuge des Prozesses #SPDerneuern und „SPD weiblicher machen“ ist es notwendig, die Frauen
- 2 in der Partei deutlich zu stärken. Deshalb begrüßen wir die Einrichtung einer Stabsstelle
- 3 Gleichstellung im Willy-Brandt-Haus. Dabei können wir nicht stehen bleiben. Auch auf Landes-,
- 4 Bezirks- und Unterbezirksebene muss sich die SPD besser aufstellen. Deshalb fordern wir
- 5 insbesondere die Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke auf, dem Beispiel des
- 6 Parteivorstandes zu folgen.
- 7 Die Stabsstelle Gleichstellung sollte u.a. für die folgenden Bereiche zuständig sein:
- 8 Einhaltung der Quotenregelung in allen Parteigremien und von der Partei besetzten Gremien
- 9 Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Kandidatinnen für Wahlen von der kommunalen
- 10 bis zur europäischen Ebene
- 11 Unterstützung von Frauen für und in Führungspositionen
- 12 Unterstützung und Beratung in Fällen von Sexismus, Drohungen, Beleidigungen, persönlichen
- 13 Angriffen, Mobbing, Diskriminierung und Regelbruch etc.
- 14 Unterstützung aller Parteigliederungen und Arbeitsgemeinschaften bei der
- 15 geschlechtersensiblen Vorbereitung von Veranstaltung, Kampagnen, Programmdebatten u.ä.
- 16 Andockung an Landes- oder Bezirksvorstände als beratendes Mitglied
- 17 Jährliche Berichterstattung
- 18 Angebote für Fortbildungen und Workshops für Ehrenamtliche und Hauptamtliche
- 19 die Verankerung der Gleichstellung in allen Politikfeldern
- 20 Die Ziele und Aufgaben sollen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen ASF-Vorständen bis zum
- 21 Ende des Jahres 2019 ausgearbeitet und festgelegt werden. Über die Ergebnisse werden alle
- 22 Mitglieder in der Partei informiert, insbesondere Frauen. Es soll jährlich eine Berichterstattung
- 23 und Evaluation dazu erfolgen.
- 24 Die SPD will allen Frauen und Männern innerhalb der Organisation die gleichen Chancen
- 25 ermöglichen. Jedoch ist dies in der Praxis nicht immer gegeben. Dazu gehört, Frauen jeden Alters
- 26 zu fördern und zu fordern und auf ihren jeweiligen Erfahrungsschatz und Know-How
- 27 zurückzugreifen. Die ASF lehnt es ausdrücklich ab, Frauen wegen ihres Alters zu diskriminieren.
- 28 Wir wollen Frauen jeden Alters auf dem politischen Parkett repräsentiert sehen. Insgesamt gilt
- 29 es, die Diversität abzubilden.

30 Empfehlung der Antragskommission:

31 Annahme in geänderter Fassung:

32 Im Zuge des Prozesses #SPDerneuern und „SPD weiblicher machen“ ist es notwendig, die Frauen  
33 in der Partei deutlich zu stärken. Deshalb begrüßen wir die Einrichtung einer Stabsstelle  
34 Gleichstellung im Willy-Brandt-Haus. Dabei können wir nicht stehen bleiben. Auch auf Landes-,  
35 Bezirks- und Unterbezirksebene muss sich die SPD besser aufstellen. Deshalb fordern wir  
36 insbesondere die Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke auf, dem Beispiel des  
37 Parteivorstandes zu folgen.

38 Die Stabsstelle Gleichstellung sollte u.a. für die folgenden Bereiche zuständig sein:

39 Einhaltung der Quotenregelung in allen Parteigremien und von der Partei besetzten Gremien

40 Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Kandidatinnen für Wahlen von der kommunalen  
41 bis zur europäischen Ebene

42 Unterstützung von Frauen für und in Führungspositionen

43 Unterstützung und Beratung in Fällen von Sexismus, Drohungen, Beleidigungen, persönlichen  
44 Angriffen, Mobbing, Diskriminierung und Regelbruch etc.

45 Unterstützung aller Parteigliederungen und Arbeitsgemeinschaften bei der  
46 geschlechtersensiblen Vorbereitung von Veranstaltung, Kampagnen, Programmdebatten u.ä.

47 Andockung an Landes- oder Bezirksvorstände als beratendes Mitglied

48 Jährliche Berichterstattung

49 Angebote für Fortbildungen und Workshops für Ehrenamtliche und Hauptamtliche

50 die Verankerung der Gleichstellung in allen Politikfeldern

51 Die Ziele und Aufgaben sollen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Parteigliederung bis zum  
52 Ende des Jahres 2019 ausgearbeitet und festgelegt werden. Über die Ergebnisse werden alle  
53 Mitglieder in der Partei informiert, insbesondere Frauen. Es soll jährlich eine Berichterstattung  
54 und Evaluation dazu erfolgen.

55 Die SPD will allen Frauen und Männern innerhalb der Organisation die gleichen Chancen  
56 ermöglichen. Jedoch ist dies in der Praxis nicht immer gegeben. Dazu gehört, Frauen jeden Alters  
57 zu fördern und zu fordern und auf ihren jeweiligen Erfahrungsschatz und Know-How  
58 zurückzugreifen. Insgesamt gilt es, die Diversität abzubilden.

## C15 Anträge verständlicher gestalten

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Parteitag möge beschließen:

2 1. Auf Parteitag und Konferenzen der Jusos und der SPD müssen alle Anträge in klarer und  
3 möglichst leicht verständlicher Sprache gehalten werden.

4 2. Fachbegriffe sollen durch einfachere Begriffe ersetzt werden und ansonsten erklärt werden.

5 3. Abkürzungen sind zu erklären

6 Begründung

7 Der Sinn eines Antrages ist, dass der Verband diesen beschließen möge. Für Jusos und die SPD  
8 muss eine klare und möglichst leicht verständliche Sprache Pflicht sein. Alle sollen den Antrag  
9 verstehen können ohne ein Wörterbuch in die Hand nehmen zu müssen. Die Jusos und die SPD  
10 von einer zunehmenden Akademisierung in der Sprache betroffen. Anträge wurden in der  
11 Vergangenheit oft in einer sehr komplizierten Sprache geschrieben. Die Antragsdebatte war  
12 ebenfalls von vielen Fachbegriffen betroffen ohne Umschreibungen für einzelne Wörter  
13 einzufügen. Ein Antrag soll für jede Person im Verband verständlich sein. Fachbegriffe können  
14 sehr einfach ausgetauscht werden.

15 Beispiel: artikulieren – äußern, synonym – anderer Begriff

16 Abkürzungen stören beim Lesen, wenn diese teilweise unverständlich sind. Die Wörter können  
17 einfach ausgeschrieben werden. Dann versteht die Abkürzungen auch jeder. Kurze Anträge  
18 sorgen für eine erhöhte Aufmerksamkeit. Ein zu langer Antrag wird auf Konferenzen oft  
19 abgelehnt oder ohne eine ausreichende Antragsberatung angenommen. Ein solcher Antrag wird  
20 oftmals nicht gelesen.

21 Empfehlung der Antragskommission:

22 Annahme

## C16 Antrag: „Partei erneuern, aber wie?“

Antragsteller\*innen: Ortsverein Wunstorf

Adressat: Bezirksparteitag, Landesparteitag, SPD-Bundesvorstand, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Innerhalb der letzten zwanzig Jahre hat die SPD die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Gleiches gilt  
2 für ihre Wählerinnen und Wähler. Neben den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, der  
3 demografischen Entwicklung und Fehlern bei der Politikgestaltung und -vermittlung werden  
4 auch immer wieder verkrustete Parteistrukturen als Ursache für den Mitgliederschwund und  
5 niedrige Zustimmungswerte genannt. Die Partei hat nach entscheidenden Wahlverlusten  
6 darauf immer wieder mit Organisationsreformen reagiert. Die zurückliegenden Reformprozesse  
7 haben aber keine spürbare Veränderung erreicht. Sie haben nur geringe Auswirkungen auf den  
8 tatsächlichen Parteilalltag gehabt. Auch aktuell befinden wir uns in einer solchen  
9 Organisationsreformdebatte. Unter der Überschrift „SPD erneuern“ wird seit der  
10 Wahlniederlage in 2017 eine neue Parteireform diskutiert, die in diesem Jahr zu Ende gebracht  
11 werden soll.

12

13 Eine Erneuerung der Partei wird sicher nicht gelingen, indem wir uns in Organisationsdebatten  
14 flüchten. Die inhaltliche Positionierung muss in den nächsten Jahren im Vordergrund der  
15 innerparteilichen Debatte stehen. Sie hat am Anfang dieses Jahres mit dem Vorschlag des  
16 Parteivorstandes zu einer Reform des Sozialstaates begonnen. Weitere Schritte müssen folgen.  
17 Wir alle sind aufgefordert uns hierbei einzubringen. Die Debatte muss in der Fläche der Partei  
18 ankommen.

19

20 Organisation ist Teil von Politik. Eine inhaltlich fundierte Debatte in der SPD, die alle Mitglieder  
21 erreicht, ist nur möglich, wenn die Organisation der Partei auf der Höhe der Zeit ist. Wer  
22 inhaltlich und programmatisch erneuern möchte, muss auch nennenswerte Schritte der  
23 organisatorischen Erneuerung beginnen. Erneuerung richtig verstanden kann dabei auch keine  
24 Umwälzung aller Verhältnisse bedeuten, sondern die Weiterentwicklung der Parteistrukturen,  
25 die Bewährtes erhält und auf neue Anforderungen mit frischen Ideen aber notfalls auch mit  
26 harten Veränderungen reagiert.

27

28 Im Fokus dieser Veränderung muss unsere Stärke als Partei stehen: Die Mitglieder der SPD. Die  
29 Ziele einer Parteireform müssen deshalb auch von den Mitgliedern gedacht werden. Sie müssen  
30 darin liegen, die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort zu erleichtern, indem unnötiger Ballast  
31 abgeworfen wird, die Verbindung zwischen Parteivorstand, Berufspolitik und lokaler  
32 Ehrenamtlichkeit zu verstärken, den ehrenamtlich Aktiven eine Anerkennungskultur und  
33 Wertschätzung entgegenzubringen und die Attraktivität des Engagements innerhalb der SPD  
34 deutlich zu erhöhen, auch indem sie niedrigschwelliger ermöglicht wird. Das bedeutet u.a.  
35 flexibilisierte Mitmach-Formate gleichrangig mit „traditionellen“ Arbeitsformen zu behandeln,  
36 sowohl digitale als auch analoge Mitmachkanäle auf Augenhöhe zu entwickeln und zugleich  
37 Orte der Gemeinschaft, auch des geselligen Miteinanders, zu pflegen.

38 Die Ebene der Ortsvereine ist dabei Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Reform. Auf dieser  
39 Ebene wird die Fähigkeit der Partei zum Anschluss an die Zivilgesellschaft hergestellt. Hier findet  
40 der direkte Kontakt mit der Lebenswelt der Menschen statt. Dabei geht nicht um das Prinzip  
41 Ortsverein, sondern es geht um kleine Gruppen von Aktiven und Ehrenamtlichen, die  
42 Verantwortung für die SPD vor Ort übernehmen. In den Ortsvereinen gibt es sehr  
43 unterschiedliche kleine Kerne von Aktiven-Gruppen. Sie schultern die Organisationsarbeit. Sie  
44 müssen Ausgangspunkt einer organisatorischen Weiterentwicklung der Partei sein.

45

46 Wir schlagen nachfolgende Reformmaßnahmen vor:

47

48 • Der Bundesvorstand der Partei wird von 45 auf insgesamt maximal 35 Mitglieder  
49 verkleinert. Ein kleineres Gremium kann flexibler arbeiten. Bei einer Größe von 35  
50 Mitgliedern kann aber dennoch die Breite der Partei repräsentiert werden.

51

52 • Der Bundesvorstand der Partei besteht in Zukunft zu mindestens 50% aus rein politisch  
53 ehrenamtlich tätigen Personen, die nicht in direkter finanzieller Abhängigkeit der SPD,  
54 ihren Mandatsträger/innen oder Fraktionen stehen. Dementsprechend soll § 23, Absatz  
55 1 f des Organisationsstatuts geändert werden. Perspektivisch sollen Regelungen auf  
56 Landes- und Bezirksebene entsprechend angepasst werden.

57

58 • Öffnung der Partei – Aufbau eines Netzwerks unserer Freunde: SPD-Freundinnen und  
59 Freunde, die nicht Mitglieder der Partei sind, sollen in der Partei eine größere Rolle  
60 erhalten und künftig aktiv einbezogen werden, ohne dass sie Mitgliedsbeiträge zahlen  
61 müssen. Dadurch wollen wir die Bedeutung dieser Sympathisantinnen und  
62 Sympathisanten der SPD stärken und das Bekenntnis zur SPD außerhalb der  
63 Mitgliedschaft anerkennen. Sie sollen das Antrags- und Rederecht auf  
64 Mitgliederversammlungen und Parteitag erhalten und das Recht, wie unten  
65 beschrieben, an Vorwahlen teilzunehmen. Dafür ausreichend soll die Erklärung der  
66 Mitarbeit im Netzwerk der SPD-Freundinnen und Freunde sein. Damit sollen sie auf  
67 Ortsvereinsebene zur Mitarbeit gewonnen oder ihnen die ideelle Unterstützung der  
68 Sozialdemokratie ermöglicht werden. Für jedes neu registriertes Nicht-Mitglied erhält  
69 die jeweilige Gliederung einen einmaligen Anreiz-Zuschuss in Höhe von 30 Euro nach  
70 frühestens einem halben Jahr. Die unterschiedlichen Mitarbeitersformen (z.B.  
71 Gastmitgliedschaft, Unterstützer/innen etc.) sollen zu einem Status der SPD-  
72 Freundinnen und Freunde zusammengefasst und dadurch abgelöst werden.

73

74 • Einführung von Vorwahlen: Künftig werden die Spitzenkandidatinnen und  
75 Spitzenkandidaten zu Wahlen, einschließlich des/der Bundeskanzler/in-Kandidat/in zu  
76 den Bundestagswahlen, in Vorwahlen auch von Nicht-Mitgliedern (Sympathisantinnen  
77 und Sympathisanten) bestimmt. Für die Teilnahme an dieser Vorwahl muss man sich als  
78 Nicht-Mitglied registrieren lassen und es wird für alle Teilnehmenden ein 15-Euro-  
79 Schwellen-Beitrag pro Teilnehmer/innen für die Abstimmungskosten der Wahl erhoben.  
80 Jahres-Mitgliedsjahresbeiträge von SPD-Mitgliedern werden darauf angerechnet, so  
81 dass Mitgliedern keine zusätzlichen Kosten entstehen.

- 82 • Solche Vorwahlen werden über eine Experimentierklausel in den Statuten auch für  
83 kommunale Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten als Option ermöglicht.  
84
- 85 • Online-Alternativen zum klassischen SPD-Ortsverein: SPD-Freundinnen und Freunde  
86 sollen sich über die sozialen Netzwerke mit wenig Aufwand zur SPD bekennen können.  
87
- 88 • Die Arbeitsgemeinschaften sollen Motor dieses neuen Netzwerkes der SPD-Freundinnen  
89 und Freunde werden, indem sie zielgruppenspezifische Parteiarbeit leisten. Sie sollen  
90 stärker als bisher Anschluss-Gruppen für Nicht-Mitglieder werden. Um die Wirksamkeit  
91 dieser Zielgruppenarbeit besser messen zu können, sollen automatische  
92 Mitgliedschaften durch Alter oder Geschlecht abgeschafft werden. Die Mitarbeit soll  
93 künftig von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern erklärt werden, um eine Zugehörigkeit zu  
94 begründen. Arbeitsgemeinschaften sollen als solche anerkannt werden, wenn sie eine  
95 vom Parteivorstand festzulegende Mitgliederanzahl erreichen.  
96
- 97 • Um der zunehmenden Zergliederung der Partei in Interessengruppen  
98 entgegenzuwirken, die die Entwicklung eines übereinstimmenden  
99 Gesellschaftsentwurfs erschwert, soll die Anzahl der Arbeitskreise und -gemeinschaften  
100 in der SPD reduziert werden.  
101
- 102 • Die formalen Anforderungen an Wahlen in Ortsvereinen werden vereinfacht. Den  
103 Ortsvereinen wird ermöglicht, in Ihren Satzungen offene und nicht-schriftliche Wahlen  
104 von Beisitzerinnen und Beisitzern und Delegierten aufzunehmen. Soweit von einem  
105 Mitglied auf einer Versammlung schriftliche Wahl gewünscht wird, muss diese  
106 abweichend davon auch weiter schriftlich erfolgen.  
107
- 108 • Digitale Wahlen: Interne Wahlen über eine zu entwickelnde App werden auf  
109 Ortsvereinsebene zugelassen. Das soll zur Vereinfachung der Arbeit der Ehrenamtlichen  
110 in der Partei führen. Der Sicherheitsstandard der Partei muss bei solchen digitalen  
111 Unterstützungsinstrumenten risikoorientiert betrachtet werden, so dass er auf  
112 Ortsvereinsebene hinter dem Bedürfnis nach Erleichterung der Arbeit zurücktreten  
113 muss.  
114
- 115 • Partei-App: Zum Standard der Parteiarbeit wird eine SPD-App für die direkte, zeitnahe  
116 Befragung von Mitgliedern zu politischen Themen entwickelt. Sie soll darüber hinaus  
117 auch für die direkte und exklusive Information der Mitglieder dienen und als ein zentraler  
118 Kontakt-Kanal zu den Service-Einheiten der Partei wie auch zur kommunikativen  
119 Vernetzung (Messenger nach „WhatsApp“-Beispiel) der Mitglieder. Idealerweise wird  
120 über diese App auch digitale Abstimmungen auf Ortsvereinsebene technisch ermöglicht.  
121

122 Empfehlung der Antragskommission:

123 Ablehnung

## D1 Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld wieder auf 27 Jahre setzen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Springe

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Artikel 6 des Grundgesetzes stellt die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen  
2 Ordnung. Zur Förderung eines schnellen Studienabschlusses und im Hinblick auf die  
3 Schulregelung „G8“ ist das Höchstalter für den Bezug von Kindergeld auf die Vollendung des 25.  
4 Lebensjahres herabgesetzt worden. Diese Regelung ist lebensfremd und benachteiligt Kinder in  
5 Familien mit geringem Einkommen. Durch die Einführung der flexiblen Einschulung und die  
6 Wiedereinführung von „G9“ ist es praktisch unmöglich geworden, ein Masterstudium vor  
7 Vollendung des 25. Lebensjahres abzuschließen. Dies gilt besonders, weil immer wieder  
8 Austauschjahre und Auslandsaufenthalte gefordert werden, die sich oft verzögernd auswirken.  
9 Kinder in Familien mit geringem Einkommen müssen so neben ihrem Studium mehr Geld  
10 hinzuverdienen, was ggf. zu einer weiteren Verlängerung der Studienzeiten führt. Vermögende  
11 Familien haben einerseits kein Problem, eine verlängerte Studiendauer zu finanzieren, und  
12 bekommen andererseits während der Studiendauer bis zum 25. Lebensjahr der Studierenden  
13 über Kinderfreibeträge zusätzlichen finanziellen Spielraum.

14 Deshalb ist die Altersgrenze wieder auf die Vollendung des 27. Lebensjahres anzuheben.

15 Empfehlung der Antragskommission:

16 Annahme

## D2 Kinderfreibeträge abschaffen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Springe

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Artikel 6 des Grundgesetzes stellt die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen  
2 Ordnung. Als Finanzierungsbeitrag für Familien mit Kindern gibt es Kindergeld und  
3 Kinderfreibeträge im Steuerrecht. Das Kindergeld wird bezogen auf die Anzahl der Kinder  
4 unabhängig vom Familieneinkommen gewährt, es ist sozusagen „bedingungsloses  
5 Grundeinkommen des Kindes“. Kinderfreibeträge dagegen wirken sich auf die Höhe der Steuer  
6 der Familie aus. Voraussetzung ist aber, dass zunächst einmal ein Einkommen vorhanden ist, bei  
7 dem der Kinderfreibetrag eine bedeutende Senkung der Steuerschuld bewirkt. Dies ist  
8 naturgemäß bei hohen Einkommen der Fall. Kinderfreibeträge fördern somit die Ungleichheit  
9 der finanziellen Lebensverhältnisse von Kindern. Würden sie abgeschafft und bei  
10 leistungsfähigen Familien die Unterhaltspflicht erhöht, könnten die Steuermehreinnahmen von  
11 den leistungsfähigen Familien zu einer Erhöhung des Kindergeldes für alle bedürftigen Familien  
12 genutzt werden. Beispiel für eine Steuerformel: Familien, deren zu versteuerndes  
13 Jahreseinkommen den mit der folgenden Formel ermittelten Wert übersteigt, haben in Höhe des  
14 übersteigenden Betrages das Kindergeld zurückzuzahlen: Regelbedarfsstufe 1 nach SGB II (Hartz  
15 IV) im letzten Monat des Kalenderjahres \* 12 \* (Etatfaktor + Anzahl berücksichtigungsfähiger  
16 Kinder). Der Etatfaktor ist eine vom Bundestag zu bestimmende politische Größe für die  
17 Leistungsfähigkeit. Bei einem Etatfaktor von 20 ergäbe sich ein zu versteuerndes Einkommen bei  
18 zwei Kindern für 2017 von  $409 * 12 * 22 \text{ €} = 107.076 \text{ €}$ . Bei einem zu versteuernden Einkommen  
19 von 109.500 € müssten somit 2.424 € erhaltenes Kindergeld zurückerstattet werden.

20 Deshalb sollen die Kinderfreibeträge im Einkommensteuerrecht gestrichen und eine Anpassung  
21 vorgenommen werden.

22 Empfehlung der Antragskommission:

23 Erledigt durch Antrag B2.

## D3 Antrag zur Änderung der bisherigen gesetzlichen Regelung betrieblicher Altersvorsorge (bAV) durch Entgeltumwandlung

Antragsteller\*innen: Ortsverein Laatzen

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der SPD-Ortsverein Laatzen fordert eine grundlegende Änderung der bisherigen gesetzlichen  
2 Regelung zur betrieblichen Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung (bAV). Durch Änderung  
3 zum 01.01.2004 wurde dieses Gesetz dahingehend geändert, dass die Rentempfänger den  
4 vollen Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung bezahlen müssen. Diese Regelung gehört  
5 abgeschafft.

6 *Begründung:*

7 Die derzeitige Regelung ist eine Mogelpackung und belastet die Arbeitnehmer/innen bzw. die  
8 späteren Rentenbezieher. Alle, die vor dem Jahr 2004 eine solche betriebliche Altersvorsorge  
9 abgeschlossen hatten, waren in dem guten Glauben, etwas für die Verbesserung ihrer späteren  
10 Rente zu tun.

11 Seit der gesetzlichen Änderung der bAV zum 01. Januar 2004 müssen jetzt allerdings die  
12 Rentenbezieher einer solchen betrieblichen Altersvorsorge neben der Versteuerung ihrer  
13 Rente auch noch den vollen Satz der Krankenversicherung von derzeit 14,6 % zuzüglich  
14 Zusatzbeitrag und Pflegeversicherung von 2,55 % (2,80% bei kinderlosen Rentnern) aus eigener  
15 Tasche bezahlen.

16 Für die Arbeitgeber liegt der große Vorteil in der Entgeltumwandlung darin, dass sie für die von  
17 Arbeitnehmer/innen eingezahlten Beträge keine Sozialabgaben entrichten müssen.

18 Für die späteren Rentenbezieher bedeutet dies, dass nach Abzug der Steuern und der  
19 Sozialversicherung oftmals weniger ausgezahlt wird, als sie während ihrer aktiven Zeit  
20 eingezahlt haben.

21 Empfehlung der Antragskommission:

22 Annahme in geänderter Fassung:

23 Der Unterbezirksparteitag fordert eine grundlegende Änderung der bisherigen gesetzlichen  
24 Regelung zur betrieblichen Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung (bAV). Durch Änderung  
25 zum 01.01.2004 wurde dieses Gesetz dahingehend geändert, dass die Rentempfänger den  
26 vollen Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung bezahlen müssen. Diese Regelung gehört  
27 abgeschafft.

## D4 Wiederanhebung des gesetzlichen Rentenniveaus auf 70%

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen  
2 an den SPD-Landes- und Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion, die niedersächsische  
3 Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion für die Vorbereitung einer entsprechenden  
4 Bundesratsinitiative weiterleiten:

5 „Das Rentenniveau für die Altersrente nach dem SGB VI wird wieder auf 70 % angehoben.“

6 *Begründung:*

7 Bis 1997 galt in Deutschland ein Rentenniveau von 70 %, dessen Höhe der damalige  
8 Bundesminister für Arbeit und Soziales Norbert Blüm (CDU) mit der damaligen  
9 CDU/CSU/FDP-Mehrheit gegen den erbitterten Widerstand der SPD-Bundestagsfraktion auf  
10 damals 64 % absenken ließ.

11 Das heutige Rentenniveau liegt nach weiteren „Reformen“ bei nur noch 48 %, Millionen von  
12 Mitmenschen haben eine gesetzliche Rente zu erwarten, die nicht einmal mehr das  
13 Grundsicherungsniveau erreicht, Millionen von hart arbeitenden Mitmenschen fühlen sich  
14 von der Bundespolitik im Stich gelassen.

15 Eine derzeit von der Union angedachte staatliche „Rente“, deren Bezug jedoch Bedürftigkeit  
16 und damit Vermögensarmut voraussetzt, ist jedoch nicht geeignet, eine der Lebensleistung  
17 entsprechende notwendige Wiederanhebung der Altersrente zu ersetzen. Die Anhebung des  
18 Rentenniveaus ergänzt daher die von der SPD auf Bundesebene geforderte begrüßenswerte  
19 Grundrente.

20 Ebensowenig kann eine private Vorsorge, deren Beiträge (anders als bei der gesetzlichen  
21 Rente) ausschließlich von den VersicherungsnehmerInnen zu tragen sind, die gesetzliche  
22 Rente ersetzen, die in Millionen Betrieben nicht angebotenen Betriebsrenten ebenfalls  
23 nicht.

24 Vor dem Hintergrund des gerade im Januar 2018 veröffentlichten Rekords an in Deutschland  
25 vorhandenem Wohlstand (Geldvermögen bei über 5,75 Billionen Euro) ist es jedoch eine  
26 Frage ausschließlich des politischen Willens, zumindest das damalige Rentenniveau im  
27 Sinne der Menschenwürde im Alter mit einem klaren Bekenntnis zum Bundeszuschuss  
28 wiederherzustellen.

29 Die Würde des Mitmenschen im Alter ist nicht allein eine Angelegenheit der bisherigen  
30 beitragszahlenden Bevölkerungsgruppen.

31 Empfehlung der Antragskommission:

32 Annahme

## D5 Wiedereinführung elementarer Sozialleistungen/ Arbeitslosenentschädigung neu

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen  
2 an die SPD-Bundestagsfraktion, den SPD-Bundesparteitag und den SPD-Bundes- und  
3 Landesvorstand weiterleiten:

4 „Eine Sozialleistung, die wie die 2004 abgeschaffte Arbeitslosenhilfe nach dem SGB III, die nach  
5 Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I den arbeitslos gewordenen Menschen eine  
6 weitere Absicherung bei Arbeitslosigkeit sicherstellte, wird schnellstmöglich wieder eingeführt  
7 unter mindestens dem damaligen Leistungsniveau von 53 % bzw. 57 %.“

8 *Begründung:*

9 Viele Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und merken, dass die soziale  
10 Sicherheit durch die Kürzungspolitik der letzten 20 Jahre stark nachgelassen hat.

11 In Zeiten der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten ist die Wiedereinführung der o.a. Leistung  
12 für den sozialen Frieden in Deutschland unerlässlich.

13 Empfehlung der Antragskommission:

14 Erledigt durch Sozialstaatspapier der Bundes-SPD.

## D6 Wiedereinführung elementarer Sozialleistungen/BAföG als Vollzuschuss

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
- 2 an die SPD-Bundestagsfraktion, den SPD-Bundesparteitag und den SPD-Bundes- und
- 3 Landesvorstand weiterleiten:
- 4 „Leistungen nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAföG) werden für alle
- 5 Berechtigten als Vollzuschuss eingeführt, die Altersgrenze von 30 Jahren wird abgeschafft.“
- 6 *Begründung:*
- 7 Viele Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und merken, dass die soziale
- 8 Sicherheit durch die Kürzungspolitik der letzten 20 Jahre stark nachgelassen hat.
- 9 In Zeiten der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten ist die Wiedereinführung der o.a. Leistung
- 10 für den sozialen Frieden in Deutschland unerlässlich.
- 11 Empfehlung der Antragskommission:
- 12 Erledigt durch Antrag D11 in Fassung der Antragskommission.

## D7 Wiedereinführung elementarer Sozialleistungen/ Berufsunfähigkeitsrente

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
- 2 an die SPD-Bundestagsfraktion, den SPD-Bundesparteitag und den SPD-Bundes- und
- 3 Landesvorstand weiterleiten:
- 4 „Die abgeschaffte Berufsunfähigkeitsrente nach dem SGB VI, die Menschen im Falle der
- 5 Berufsunfähigkeit Leistungen aus der Rentenkasse sicherstellte, wird schnellstmöglich wieder
- 6 eingeführt.“
- 7 *Begründung:*
- 8 Viele Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und merken, dass die soziale
- 9 Sicherheit durch die Kürzungspolitik der letzten 20 Jahre stark nachgelassen hat.
- 10 In Zeiten der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten ist die Wiedereinführung der o.a. Leistung
- 11 für den sozialen Frieden in Deutschland unerlässlich.
- 12 Empfehlung der Antragskommission:
- 13 Erledigt durch Sozialstaatspapier der Bundes-SPD.

## D8 Erweiterung des KiTaG (niedersächsisches Kindertagesstätten Gesetz)

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover, Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion sowie an die weiteren entsprechenden beschlussfassend Gremien

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Erweiterung des KiTaG (niedersächsisches Kindertagesstätten Gesetz)
- 2 Im Gesetz wird der Aufgabenbereich der Kindertagespflege gemäß des SGB VIII §22 verankert
- 3 Im Gesetz wird der Wirkungsbereich von Familienzentren in Anbindung an Tageseinrichtungen
- 4 für Kinder, aufgenommen
- 5 *Begründung:*
- 6 Der Aufgabenbereich der Kindertagespflege, wird im SGB VIII in den §§ 22 ff zur Umsetzung von
- 7 Bildung, Erziehung und Betreuung, sowie der Verwirklichung der Vereinbarkeit von Familie und
- 8 Beruf, den Tageseinrichtungen für Kinder gleichgestellt. Niedersachsen ist das einzige
- 9 Bundesland, wo die Verankerung im KiTaG noch nicht vollzogen wurde.
- 10 Familienzentrumsarbeit erweitert mit ihrem ganzheitlich geprägten Bildung- Betreuungs- und
- 11 Erziehungsansatz einen wesentlichen Beitrag unter Einbeziehung des Early Excellence-Ansatzes,
- 12 zur Bekämpfung von Kinderarmut, sowie die Einbeziehung von Eltern zur Erfüllung ihres eigenen
- 13 Bildungs- und Erziehungsauftrages.
- 14 Empfehlung der Antragskommission:
- 15 Erledigt durch Antrag B8

## D9 Familienzentren institutionell stärken

Antragsteller\*innen: Ortsverein Vahrenwald-List

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover, Landesparteitag, SPD-Landesparteitag Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Familienzentren sind institutionell im KitaG zu verankern und in ganz Niedersachsen als
- 2 ganztägigen Treffpunkte für Kinder und ihre Eltern weiterzuentwickeln. Wir schaffen im KiTaG
- 3 die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen, um den Familienzentren, wenn gewünscht und
- 4 räumlich umsetzbar, auch eine weitere Öffnung in den Stadtteil zu ermöglichen.
- 5 *Begründung:*
- 6 In Niedersachsen sind Familienzentren Orte der Begegnung, Bildung und Beratung für Familien.
- 7 Sie sind häufig an Kindertagesstätten angegliedert und sollen Eltern stärker zur Beteiligung im
- 8 Kindergarten aktivieren und besser in den Sozialraum integrieren. Getreu dem Motto: „Leben
- 9 und Lernen mit Eltern und Kindern“ finden Familien hier wohnortnah vielfältige, familien-
- 10 unterstützende Angebote, die an ihren jeweiligen Bedürfnissen und Bedarfen ansetzen.
- 11 Familienzentren stellen ein Netzwerk dar, das Kinder individuell fördert und Familien berät,
- 12 unterstützt und begleitet. So können die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit
- 13 Beratungs- und Hilfsangeboten für Familien sinnvoll miteinander verknüpft werden.
- 14 Sie leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Förderung von
- 15 gesundheitsbewusstem Verhalten sowie zur Unterstützung von Familien.
- 16 Derzeit sind Familienzentren institutionell im KitaG nicht verankert. Es bedarf daher einer
- 17 gesetzlichen Regelung zur Förderung von Familienzentren, insbesondere im Hinblick auf
- 18 Nutzung der Räumlichkeiten für Erwachsene auch außerhalb der Kita-Zeiten.
- 19 Empfehlung der Antragskommission:
- 20 Erledigt durch Antrag B8.

## D10 Mit dir chill´n, das ist, was ich will! Für ein zeitgemäßes Bundesurlaubsgesetz

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Das Bundesurlaubsgesetz ist nicht mehr zeitgemäß. In einer Arbeitswelt, die sich zunehmend  
2 flexibilisiert und in der die Tarifbindung in immer mehr Branchen massiv abnimmt, muss auch  
3 so ein zentrales Gesetz mit der Zeit gehen. Konkret müssen folgende Punkte anders oder neu  
4 geregelt werden:

5 1. Der derzeitige Mindestanspruch (24 Urlaubstage bei 6 Arbeitstagen in der Woche) ist deutlich  
6 zu wenig Urlaub. Die Belastung von Arbeitnehmer\*innen war noch nie so hoch wie momentan.  
7 Dies muss sich neben steigenden Reallöhnen auch in der spürbaren Reduzierung von Arbeitszeit  
8 widerspiegeln. Wir fordern also mehr gesetzlichen Mindesturlaubsanspruch für alle!

9 2. In Zeiten von sinkender Tarifbindung müssen mehr gesetzliche Regelungen geschaffen  
10 werden, die gewährleisten, dass die Unterschiede zwischen tarifgebundenen Unternehmen und  
11 nicht-tarifgebundenen Unternehmen oder Subunternehmen sich nicht weiter verschärfen. Der  
12 gesetzliche Urlaubsanspruch kann hier ein hilfreiches Instrument sein. Wir fordern: Gleicher  
13 Urlaub für gleiche Arbeit!

14 3. Die Flexibilisierung von Arbeit ist ebenfalls ein sich immer weiter beschleunigender Prozess.  
15 Die Erwartungen von ständiger Erreichbarkeit sind in der Regulierung von Arbeitszeit eine  
16 zentrale Fragestellung. Auch auf diese Entwicklung müssen wir eine zeitgemäße Antwort  
17 entwickeln. Wir fordern, dass auch die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit und die  
18 ausufernden Erwartungen zur Erreichbarkeit bei den gesetzlichen Regulierungen von  
19 Urlaubsansprüchen berücksichtigt werden!

20 *Begründung:*

21 Erfolgt mündlich.

22 Empfehlung der Antragskommission:

23 Annahme

## D11 BAföG reformieren

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die UBK der Jusos Region Hannover möge beschließen:

2 1. BAföG muss elternunabhängig bezogen werden können.

3 2. Der BAföG-Satz muss auf mindestens 900 Euro erhöht werden.

4 3. Zusätzlich zum Grundbetrag von 900 Euro muss es einen nach dem lokalen Mietspiegel  
5 abhängigen Mietzuschuss geben.

6 4. BAföG muss auch nach einem Studienabbruch für ein zweites Studium beantragt werden  
7 können.

8 *Begründung:*

9 Die Möglichkeit in einem so reichen Land wie der BRD einen Hochschulabschluss erfolgreich zu  
10 erlangen, darf im 21. Jahrhundert nicht mehr vom Einkommen der Eltern abhängen. Einzig und  
11 allein die intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Studierenden dürfen ausschlaggebend  
12 sein, ob man einen Hochschulabschluss erlangen kann oder nicht. Des Weiteren muss die  
13 Finanzierung des Studiums für Studierende auch in den Stadtzentren von Ballungszentren wie  
14 Hannover, Hamburg, München oder Berlin möglich sein. Die Frage der Studienfinanzierung für  
15 alle Studierenden ist im 21. Jahrhundert eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der  
16 Chancengleichheit.

17 Empfehlung der Antragskommission:

18 Annahme in geänderter Fassung:

19 Es möge der Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover folgenden Beschluss fassen und  
20 den Antrag an die entsprechenden Parteitage weiterleiten:

21 1. BAföG wird in Zukunft nur noch elternunabhängig vergeben.

22 2. Der BAföG-Grundsatz muss auf mindestens 900 Euro erhöht werden.

23 3. Zusätzlich zum Grundbedarf von 900 Euro muss es einen Mietzuschuss je nach lokalem  
24 Mietspiegel geben.

25 4. BAföG muss nach einem Studienabbruch für ein zweites Studium beantragt werden können.

26 5. Die Altersgrenze von 30 Jahren wird abgeschafft.

27 *Begründung:*

28 Die Möglichkeit in einem so reichen Land wie der BRD einen Hochschulabschluss erfolgreich zu  
29 erlangen, darf im 21. Jahrhundert nicht mehr vom Einkommen der Eltern abhängen. Einzig und

30 allein die intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Studierenden dürfen ausschlaggebend  
31 sein, ob man einen Hochschulabschluss erlangen kann oder nicht. Des Weiteren muss die  
32 Finanzierung des Studiums für Studierende auch in den Stadtzentren von Ballungszentren wie  
33 Hannover, Hamburg, München oder Berlin möglich sein. Die Frage der Studienfinanzierung für  
34 alle Studierenden ist im 21. Jahrhundert eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der  
35 Chancengleichheit.

36 Eine qualifizierte Ausbildung darf nicht an fehlenden Finanzen scheitern. Die aktuellen  
37 Reformpläne sind unzureichend und lassen die Zahl der Inanspruchnehmenden nur  
38 unwesentlich wieder ansteigen nach Jahren großen Rückgangs. Das BAföG muss daher deutlich  
39 in seiner Leistungsgestaltung ausgeweitet werden um der zunehmenden Bedeutungslosigkeit  
40 entgegenzutreten.

## D12 Spielen kennt keine Behinderungen – ein barrierefreier Spielplatz für Hannover

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion Hannover, SPD-Regionsfraktion, Kommunale SPD-Fraktionen

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 In Hannover gibt es eine Menge Spielplätze. Was fast alle dieser Spielplätze gemein haben ist,  
2 dass einen Großteil der Fläche Sand-, Rasen- oder Rindenmulchboden ist, durch umbefestigte  
3 Wege verbunden. Dies stellt für neurotypisch entwickelte Menschen kein Problem dar. Jedoch  
4 kann auch für diese der Spielplatzausflug mit Kinderwagen anstrengend werden, vor allem  
5 wenn der Boden nass ist. Hinzu kommen Eingangsbereiche, die mit einem Kinderwagen leicht  
6 zum Nadelöhr werden können. Das aber nicht nur ein vermutlich temporärer Kinderwagen zu  
7 Einschränkungen beim Besuch eines Spielplatzes führt erleben Menschen mit  
8 Beeinträchtigungen, seien es die Eltern oder die Kinder, alltäglich. Rollstuhl fahrende Eltern  
9 können mit ihren Kindern in Hannover häufig nicht auf den Spielplatz gehen, wie sollen sie sich  
10 auf dem Sandboden fortbewegen? Rollstuhlfahrende Kinder wollen genau so auf dem Spielplatz  
11 spielen wie gleichaltrige. Leider führen Barrierereiche Spielgeräte zu einem Ausschluss dieser  
12 Kinder. Es gibt Spielgeräte, die für Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gleichermaßen  
13 interessant sein können. Es gibt Fallschutzmatten, die den Sand unter Spielgeräten ersetzen  
14 kann und trotzdem sicher ist. Es gibt Wege, die man durch große Sandflächen führen kann, sowie  
15 unterfahrbare Sandkästen, damit alle Menschen am Spiel im Sandkasten teilhaben können. Es  
16 gibt die Möglichkeit, Eingangsbereiche barrierefrei zu gestalten. In anderen Ländern ist es  
17 selbstverständlich, Spielgeräte auf Fallschutzmatten statt auf Sand zu bauen. In den USA haben  
18 sogar kleine Spielplätze große, rumpfstabilisierende Schaukeln. Sogar Rollstuhl-Schaukeln und  
19 Rollstuhl-Karussells gibt es, die mit dem gesamten Rollstuhl befahren und somit bespielt werden  
20 können. Ein Wasserspielbereich ersetzt in New York auf vielen Spielplätzen den Sandkasten. Das  
21 ist zum einen eine willkommene Abkühlung an heißen Sommertagen, aber auch viel  
22 barriereärmer als ein Sandkasten. In Hannover gibt es eine Vielzahl an Schulen mit  
23 sonderpädagogischem Förderschwerpunkt. Diese Schulen besuchen eine Vielzahl an Kindern  
24 mit körperlichen Beeinträchtigungen. Des Weiteren gibt es eine Hand voll Tagesbildungsstätten  
25 sowie heilpädagogische Kindergärten. Hinzu kommen die Kinder, die mit einer körperlichen  
26 Beeinträchtigung in einer Regelschule beschult werden oder einen Regelkindergarten besuchen.  
27 Aber auch Kinder aus dem gesamten Landesgebiet können von einem barrierefreien Spielplatz  
28 in Hannover profitieren, da das Kinderkrankenhaus auf der Bult mit dem Sozialpädiatrischen  
29 Zentrum und dem Aegidius-Haus eine Anlaufstelle für Kinder mit Beeinträchtigungen über die  
30 Region Hannover hinaus darstellt. Hannover als die niedersächsische Landeshauptstadt sollte  
31 eine Vorreiterrolle in der Inklusion darstellen, auch in der Freizeitgestaltung. Deswegen muss ein  
32 zentral gelegener Spielplatz entweder barrierefrei umgebaut werden oder ein neuer Spielplatz  
33 gebaut werden, an dem alle Menschen teilhaben können.

34 *Begründung:*

35 Erfolgt mündlich.

36 Empfehlung der Antragskommission:

37 Annahme in geänderter Fassung:

38 Spielen kennt keine Behinderungen – barrierefreie Spielplätze für die Region Hannover

39 In der Region Hannover gibt es eine Menge Spielplätze. Was fast alle dieser Spielplätze gemein  
40 haben ist, dass einen Großteil der Fläche Sand-, Rasen- oder Rindenmulchboden ist, durch  
41 unbefestigte Wege verbunden. Dies stellt für neurotypisch entwickelte Menschen kein Problem  
42 dar. Jedoch kann auch für diese der Spielplatzausflug mit Kinderwagen anstrengend werden, vor  
43 allem wenn der Boden nass ist. Hinzu kommen Eingangsbereiche, die mit einem Kinderwagen  
44 leicht zum Nadelöhr werden können. Das aber nicht nur ein vermutlich temporärer  
45 Kinderwagen zu Einschränkungen beim Besuch eines Spielplatzes führt, erleben Menschen mit  
46 Beeinträchtigungen, seien es die Eltern oder die Kinder, alltäglich. Rollstuhl fahrende Eltern  
47 können mit ihren Kindern in der Region Hannover häufig nicht auf den Spielplatz gehen, wie  
48 sollen sie sich auf dem Sandboden fortbewegen? Rollstuhlfahrende Kinder wollen genauso auf  
49 dem Spielplatz spielen wie gleichaltrige. Leider führen barriereiche Spielgeräte zu einem  
50 Ausschluss dieser Kinder. Es gibt Spielgeräte, die für Kinder mit und ohne Beeinträchtigung  
51 gleichermaßen interessant sein können. Es gibt Fallschutzmatten, die den Sand unter  
52 Spielgeräten ersetzen können und trotzdem sicher sind. Es gibt Wege, die man durch große  
53 Sandflächen führen kann, sowie unterfahrbare Sandkästen, damit alle Menschen am Spiel im  
54 Sandkasten teilhaben können. Es gibt die Möglichkeit, Eingangsbereiche barrierefrei zu  
55 gestalten. In anderen Ländern ist es selbstverständlich, Spielgeräte auf Fallschutzmatten statt  
56 auf Sand zu bauen. In den USA haben sogar kleine Spielplätze große, rumpfstabilisierende  
57 Schaukeln. Sogar Rollstuhl-Schaukeln und Rollstuhl-Karussells gibt es, die mit dem gesamten  
58 Rollstuhl befahren und somit bespielt werden können. Ein Wasserspielbereich ersetzt in New  
59 York auf vielen Spielplätzen den Sandkasten. Das ist zum einen eine willkommene Abkühlung  
60 an heißen Sommertagen, aber auch viel barriereärmer als ein Sandkasten. In (der Region)  
61 Hannover gibt es eine Vielzahl an Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt. Diese  
62 Schulen werden von einer Vielzahl an Kindern mit körperlichen Beeinträchtigungen besucht. Des  
63 Weiteren gibt es eine Hand voll Tagesbildungsstätten sowie heilpädagogische Kindergärten.  
64 Hinzu kommen die Kinder, die mit einer körperlichen Beeinträchtigung in einer Regelschule  
65 beschult werden oder einen Regelkindergarten besuchen. Aber auch Kinder aus dem gesamten  
66 Landesgebiet können von einem barrierefreien Spielplatz in der Region Hannover profitieren, da  
67 z.B. das Kinderkrankenhaus auf der Bult mit dem Sozialpädiatrischen Zentrum und dem  
68 Aegidius-Haus eine Anlaufstelle für Kinder mit Beeinträchtigungen über die Region Hannover  
69 hinaus darstellt. Hannover als die niedersächsische Landeshauptstadt sollte eine Vorreiterrolle  
70 in der Inklusion darstellen, auch in der Freizeitgestaltung. Deswegen muss ein zentral gelegener  
71 Spielplatz entweder barrierefrei umgebaut werden oder ein neuer Spielplatz gebaut werden, an  
72 dem alle Menschen teilhaben können.

## D13 Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer\*innenrechte

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die Jusos stehen genau wie die SPD in einer sehr langen Tradition der Arbeiter\*innenbewegung.
- 2 Die Stärkung der Rechte und der Mitbestimmung der Arbeiter\*innen und auch aller anderen
- 3 Arbeitnehmer\*innen sind für uns daher ein elementarer und unverhandelbarer Bestandteil
- 4 unseres politischen Strebens und die Gewerkschaften sind in dieser Frage unsere natürlich
- 5 Bündnispartnerinnen. Nach über 150 Jahren dieses Kampfes haben wir gemeinsam viele
- 6 Errungenschaften erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich bedroht und
- 7 müssen daher stets verteidigt, erhalten und ausgeweitet werden. Hierbei dürfen wir nicht aus
- 8 den Augen
- 9 verlieren, dass sich unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen
- 10 Dynamik weiterentwickelt und damit auch die Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel
- 11 erfährt. Das bringt vor allem für die Arbeitnehmer\*innen ganz neue Herausforderungen mit sich,
- 12 auf die es auch im 21. Jahrhundert sozialdemokratische Antworten braucht. Einige dieser
- 13 konkreten Herausforderungen und die aus ihnen erwachsenden Forderungen sollen im
- 14 Folgenden thematisiert werden:
- 15 Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt
- 16 Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der
- 17 Organisationsgrad von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und
- 18 Beschäftigungsverhältnissen, die von Gewerkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen
- 19 umfasst sind. Dies führt zu einem Ungleichgewicht zwischen den Tarifparteien und hüllt die
- 20 Tarifautonomie aus. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche Regulierung als sinnvolle und
- 21 auch notwendige Ergänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu sehen sind, die den
- 22 Rahmen der Tarifautonomie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken
- 23 setzen. Daher sollten staatliche Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer
- 24 Arbeitswelt keine falsche und unangebrachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt
- 25 braucht politische Gestaltung und den Mut zur Veränderung.
- 26 Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber\*innen - Schluss mit der Teilzeitfalle
- 27 Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der umfassenden Flexibilität immer mehr an
- 28 Bedeutung. Viele Arbeitnehmer\*innen sehen sich wachsenden Ansprüchen gegenüber, die von
- 29 ihnen verlangen, dass sie sich zeitlich und räumlich immer stärker an ihren beruflichen
- 30 Anforderungen orientieren.
- 31 Leider gibt es bei aller Flexibilisierung einen Aspekt, der ganz und gar nicht flexibler wird: die
- 32 Teilzeitfalle. Wer einmal in Teilzeit geht, kommt nur selten wieder in eine Anstellung in Vollzeit
- 33 zurück. Das kann nicht sein: Wer in Vollzeit arbeiten will, muss das auch dürfen!

34 Wir fordern:

35 -ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die Reduzierung von Arbeitszeit mit einer  
36 vereinbarten automatischen Rückkehr in Vollzeit verknüpft.

37 -einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, der gesetzlich verankert, dass eine Rückkehr von  
38 Teil-in Vollzeit für alle Arbeitnehmer\*innen gewährleistet ist.

39 Nur Ausbeutung gehört befristet - Schluss mit der willkürlichen Befristung

40 Kettenbefristungen sind eine traurige Realität, die vor allem junge Arbeitnehmer\*innen eine  
41 mittel-oder langfristige Lebensplanung erheblich erschwert. Dieser Zustand gehört  
42 überwunden!

43 Deshalb fordern wir:

44 -die sachgrundlose willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.

45 -der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen  
46 Mechanismus entgegenzusetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.

47 -eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von  
48 Arbeitsverhältnissen um zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.

49 Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung - Schluss mit der Ungleichbehandlung von  
50 Leiharbeiter\*innen

51 Leiharbeiter\*innen leisten in vielen Betrieben genauso viel und genauso gute Arbeit wie die  
52 jeweiligen Stammebelegschaften. Dennoch werden sie gesetzlich als Arbeitnehmer\*innen 2.  
53 Klasse behandelt. Das muss aufhören!

54 Wir fordern:

55 -die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter\*innen gegenüber der Stammebelegschaft  
56 - sowohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer\*innenrechten.

57 -zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter\*innen zu besetzen.

58 Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten aufdecken und bekämpfen

59 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen dem Scheinselbstständigen selbst und den  
60 sozialen Sicherungssystemen. Deshalb muss sie noch effektiver aufgedeckt und unterbunden  
61 werden. Damit sorgen wir zugleich für einen immensen Zuwachs von  
62 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen – vor allem in den Bereichen, in denen  
63 Scheinselbstständigkeit heute noch weit verbreitet ist.

64 Wir fordern also:

65 -Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen  
66 vorzugehen.

67 App statt Stechuhren? – Für faire und gesunde Arbeitszeitregelungen in der digitalisierten  
68 Arbeitswelt

69 Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitnehmer\*innen als Vorteil empfunden werden, aber  
70 es stecken in dieser Entwicklung viele Möglichkeiten, den Arbeitsschutz zu untergraben und  
71 auszuhebeln. So werden in Deutschland immer mehr Überstunden weder erfasst noch durch  
72 Freizeit ausgeglichen oder finanziell vergütet. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang  
73 stellt auch die Durchsetzung des wichtigen und notwendigen flächendeckenden Mindestlohns  
74 dar.

75 Wir fordern:

76 -einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer\*innen auch in der digitalisierten  
77 Arbeitswelt ihre Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.

78 -gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutschland  
79 endlich Einhalt gebietet.

80 -die Einführung einer Wochen-Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

81 Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen – Für europäische und  
82 globale Arbeitnehmer\*innenrechte

83 Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvorschläge sind keineswegs nur auf die  
84 Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und Herausforderungen ähneln  
85 sich in vielen Nationalstaaten, die leider immer noch allein und individuell nach Lösungen  
86 suchen und diese Konzepte für sich erproben. Aber ein Ziel sollten alle Arbeitnehmer\*innen auf  
87 der Welt teilen: menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einer gerechten Bezahlung für  
88 ausnahmslos alle! Im Dienste dieses gemeinsamen Ziels müssen die europäischen und auch die  
89 globalen Bemühungen vorangetrieben werden, damit menschenverachtende  
90 Arbeitsbedingungen und unwürdige Entlohnung überall auch so benannt und bekämpft werden  
91 kann und nicht zu sogenannten „guten Standortbedingungen“ verklärt werden. Daher muss das  
92 mittel- bis langfristige Ziel sozialdemokratischer Arbeitspolitik sein, unsere Ziele und  
93 Maßnahmen auch europaweit und international durchzusetzen. Bei diesem  
94 Globalisierungsprozess der Arbeitnehmer\*innenrechte sind die Gewerkschaften unsere  
95 wichtigsten Bündnispartnerinnen, die auch ihrerseits ihre Organisationen jenseits der Grenzen  
96 von Nationalstaaten weiterentwickeln müssen.

97 Empfehlung der Antragskommission:

98 Annahme als Resolution in geänderter Fassung:

99 Ersetze Zeile 1 „Die SPD steht für eine langen Tradition der Arbeiter\*innenbewegung.“

## E1 Ablehnung von TTIP, Ceta und TISA

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen, an die  
2 Bundesregierung sowie an die SPD-Bundestagsfraktion, an den Bundesparteitag der SPD, den  
3 Berichterstatter zu den Abkommen im Europäischen Parlament und an die SPE sowie die  
4 Europäische Kommission weiterleiten:

5 „Die SPD lehnt die angestrebten Freihandelsabkommen zu

6 1. TTIP,

7 2. Ceta und

8 3. TISA

9 ab und fordert die Verantwortlichen dazu auf, diese Abkommen weder teilweise noch in Gänze  
10 zu unterzeichnen und zu unterstützen.“

11 *Begründung:*

12 Mit den geplanten Freihandelsabkommen sollen zugunsten der transatlantisch handelnden  
13 Unternehmen tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut und den Unternehmen  
14 unter bestimmten Voraussetzungen Schadensersatzansprüche gegenüber den Vertragsstaaten  
15 bzw. den Mitgliedsstaaten eingeräumt werden. Ferner sollen private Schiedsgerichte unter  
16 Ausschluss der Öffentlichkeit über diese Ansprüche entscheiden.

17 Mit dem Abbau tarifärer Handelshemmnisse werden den transatlantisch agierenden  
18 Handelskonzernen milliardenschwere Steuersubventionen eingeräumt, deren nachfolgende  
19 Steuerausfälle (Zölle) von den SteuerzahlerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks auszugleichen  
20 sein werden.

21 Mit dem Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse wie etwa im Bereich des Verbraucherschutzes  
22 und des Umweltschutzes führen die Abkommen Abstimmungsbedarfe zwischen den  
23 Vertragspartnern herbei mit der Folge, dass die Verbesserung von Arbeitsschutz-,  
24 Umweltschutz- und Verbraucherschutzstandards in Europa unter dem Genehmigungsvorbehalt  
25 Washingtons bzw. Ottawas steht.

26 Für eine Anhebung nordamerikanischer Arbeitnehmerschutz-, Verbraucherschutz- und  
27 Umweltstandards auf das europäische Niveau ist der Abschluss dieser Abkommen nicht  
28 erforderlich, lediglich die entsprechenden Mehrheitsbeschlüsse in den USA und Kanada.

29 Nicht nur die Einführung privater Schiedsgerichte steht im Widerspruch zur Gewaltenteilung  
30 nach europäischer Tradition und zum Recht auf den gesetzlichen Richter nach Art. 101 Abs.1 GG,  
31 auch die Einführung von Schadensersatzansprüchen gegen Vertragspartner bzw.  
32 Mitgliedsstaaten höhlt das Demokratieprinzip nach Art. 20 GG aus, dadurch dass die

- 33 Entschlussfreudigkeit demokratisch gewählter EntscheidungsträgerInnen durch die Pflicht zur  
34 Vermeidung von Schadensersatzansprüchen wesentlich eingetrübt wird.
- 35 Seit Jahrzehnten existiert bereits ein florierender transatlantischer Handel zwischen den USA  
36 bzw. Kanada und den Mitgliedern der EU; so ist z.B. der deutsche Außenhandel und auch der  
37 Außenhandelsüberschuss mit den USA auch ohne Abschluss weiterer Freihandelsabkommen  
38 auf neue Rekordhöhen gestiegen.
- 39 Von den Abkommen werden insbesondere die transatlantisch handelnden Handelskonzerne auf  
40 beiden Seiten des Atlantiks profitieren und Marktanteile hinzugewinnen, während der kleine  
41 mittelständische Handel, der sich auf die jeweiligen Volkswirtschaften konzentriert, dieselben  
42 Marktanteile und entsprechend viele Marktanteile verlieren wird.
- 43 Die SPD war immer dann stark, wenn sie an entscheidenden Weichenstellungen der  
44 Zeitgeschichte, in denen für die Demokratie und die Freiheit wesentliche Gefahren drohen, sich  
45 zu einem unmissverständlichen „Nein“ bekannt hat.
- 46 Empfehlung der Antragskommission:
- 47 Erledigt durch Beschlusslage.

## E2 Natur gestalten: Eine progressive Positionierung zur Grünen Gentechnik

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1    Gegenüber dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft, der sogenannten Grünen  
2    Gentechnik, herrscht in Europa und insbesondere in Deutschland viel Skepsis. Veränderungen  
3    im Erbgut von Pflanzen werden als Bedrohung wahrgenommen und insbesondere mit  
4    Konzernen wie Monsanto verbunden. Wir als sprechen uns dafür aus, diese pauschale  
5    Ablehnung der Grünen Gentechnik und die damit verbundene Technologiekritik zu überwinden.  
6    Wir stehen Fortschritten in der Gentechnikgrundsätzlich offen gegenüber und glauben, dass  
7    diese Fortschritte zum gesellschaftlichen Vorteil eingesetzt werden sollten, wenn  
8    entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

9    Der vorliegende Antrag legt unsere Analyse und grundsätzliche Position zur Thematik dar.

10   Begriffserklärungen und die aktuelle Lage

11   Die bisherige Gesetzgebung zu gentechnisch veränderten Organismen ist fast dreißig Jahre alt  
12   und vor dem Hintergrund inzwischen veralteter Technologien entstanden. In den letzten Jahren  
13   sind neue Methoden entstanden, über die Gene von Organismen wie beispielsweise Pflanzen  
14   verändert werden können. In den Medien besonders präsent ist die Methode CRISPR/Cas9.  
15   Neuere Methoden lassen zum einen deutlich mehr Präzision beim Verändern des Erbguts zu als  
16   alte Methoden und verringern damit deutlich potentielle Risiken. Zum anderen können sie  
17   gewünschte Veränderungen ohne das Einführen von fremden Genen erreichen. Das Einführen  
18   von fremden Genen war ein zentraler Kritikpunkt an der klassischen Gentechnik (sog. „transgene  
19   Pflanzen“). Mit neuen Methoden können Veränderungen erzielt werden, die genauso durch  
20   zufällige, natürlich und tagtäglich stattfindende Mutationen entstehen könnten und  
21   nachträglich nicht mehr von diesen zu unterscheiden sind oder die aktuell durch radioaktive  
22   Bestrahlung erzeugt werden. Die Mutationszüchtung ist jetzt schon vom Gentechnik-Gesetz  
23   ausgenommen.

24   Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Juli 2018 entschieden, dass auch die neuen  
25   Methoden unter das Gentechnik-Gesetz fallen und den gleichen Regulierungen und  
26   Sicherheitsprüfungen wie klassische Methoden unterliegen. Diese Beurteilung beruht aber nicht  
27   auf dem Ergebnis, sondern auf dem Prozess: Auch wenn zufällige Mutation oder ganz  
28   konventionelle Züchtung die gleichen Ergebnisse wie neue gentechnische Methoden erzielen  
29   kann, soll sie aufgrund ihres Herstellungsweges als gefährlich beurteilt werden. Seitdem sehen  
30   zahlreiche Expert\*innen die Forschung und vor allem die praktische Anwendung der neuen  
31   Technologien in Europa gefährdet. Dabei bietet der Eingriff in das Erbgut von Pflanzen viele  
32   Chancen.

33   Neue Gentechnik schont Ressourcen und bietet Chancen

34   Durch moderne gentechnische Verfahren können Veränderungen im Erbgut von Pflanzen  
35   erzeugt werden, wie sie auch durch konventionelle Züchtung erzeugt werden. Das Ergebnis von

36 konventioneller Züchtung und neuer Gentechnik ist also vergleichbar. Der Unterschied ist  
37 jedoch, dass der genetische Eingriff deutlich schneller ist als die Züchtung, bei der über mehrere  
38 Pflanzengenerationen das Erbgut verändert wird und damit auch die entsprechenden  
39 materiellen Ressourcen benötigt werden. Neue Sorten können so in Monaten statt in  
40 Jahrzehnten gewonnen werden. Neue und bessere Nutzpflanzen können wir für eine  
41 nachhaltige Landwirtschaft gut gebrauchen: Durch die Etablierung der Grünen Gentechnik  
42 können wir „low-input-Pflanzen“ entwickeln, die weniger Ressourcen (z.B. Dünger oder Wasser)  
43 benötigen, aber gleichzeitig höhere Erträge liefern. Auch das Einführen von Resistenzgenen  
44 gegen Pilz- oder Bakterienbefall ist zu begrüßen: Es ist besser präzise und schnell das Erbgut von  
45 Pflanzen zu verändern, als literweise Pflanzenschutzmittel zu versprühen. Das verhindert  
46 Ertragsverluste und schützt gleichzeitig die Umwelt. Das ist besonders sinnvoll, wenn  
47 Resistenzgene aus der verwandten Wildpflanze wieder in die modernen Sorten eingeführt  
48 werden. Schweizer Forscher\*innen ist genau das bereits an Äpfeln gelungen, bei denen zuvor  
49 massenhaft Antibiotika eingesetzt wurden. Es ist absurd, auch aus Sicht der Verbraucher\*innen,  
50 lieber diverse Chemikalien zu essen, als eine genetische Veränderung vorzunehmen.  
51 Insbesondere die Bio-Landwirtschaft würde davon profitieren, die nicht auf den Einsatz von  
52 Chemikalien zurückgreifen darf und auch bei Alternativen, wie z.B. dem Spritzen von Kupfer,  
53 streng reglementiert ist. Gentechnik bietet hier eine sinnvolle Alternative.

54 Wir begrüßen es außerdem, mit intelligentem Einsatz von Gentechnik die Folgen des  
55 Klimawandels abzufedern. Dürre-Sommer treten selbst im gemäßigten Klima Westeuropas  
56 immer häufiger auf und führen zu immensen Ertragsverlusten. Genetische Eingriffe bieten uns  
57 die Möglichkeit, hitzeresistente Pflanzen zu züchten. Die Technologie kann damit auch in  
58 Regionen der Welt hilfreich sein, die noch stärker vom Klimawandel betroffen sind als zum  
59 Beispiel Deutschland. Es können Pflanzensorten mit erhöhtem Vitamin- oder Eisengehalt  
60 gezüchtet werden, um Mangelernährung zu verhindern. Gleichwohl existiert die Technologie  
61 nur im Rahmen der vorhandenen politischen und ökonomischen Strukturen. Armut, Kriege,  
62 Korruption, Ausbeutung werden selbstverständlich nicht durch Gentechnik behoben. Auch darf  
63 die Gentechnik nicht als Vorwand genommen werden, um den Kampf gegen den Klimawandel  
64 abzuschwächen. Die Gentechnik kann nur Schäden des Klimawandels verringern. Dennoch  
65 müssen wir aktuell davon ausgehen, dass die Folgen des Klimawandels nicht vollständig  
66 rückgängig gemacht werden können. Selbst wenn den Klimaschutzziele auch Taten folgen  
67 sollten, werden wir in Zukunft häufiger mit Dürren konfrontiert sein. Außerdem steigt mit der  
68 Weltbevölkerung der Bedarf an Lebensmitteln. Gentechnik ist sicher kein Wundermittel für  
69 diese Herausforderungen, kann jedoch etwas zur Bewältigung beitragen.

70 Wir fordern: Eine sachliche Debatte über Gentechnik

71 Angesichts der Vorteile, die moderne, sichere Eingriffe in Pflanzengene bieten, sind wir davon  
72 überzeugt, dass eine pauschale Ablehnung neuer gentechnischer Methoden der Thematik nicht  
73 gerecht wird. Die Beurteilung solcher Eingriffe muss anhand konkreter Abwägung von Schaden  
74 und Nutzen, seien sie ökologischer, gesundheitlicher oder ökonomischer Art, erfolgen. Die  
75 prinzipielle Abwehr von Gentechnik als „Eingriff in die Natur“ macht es sich daher zu leicht.  
76 Natürlichkeit als solche sollte kein Kriterium sein, um Pflanzen als gut oder schlecht einzustufen,  
77 insbesondere vor dem Hintergrund, dass alle unsere pflanzlichen Nahrungsmittel das Ergebnis  
78 von gezielter Züchtung sind. Der Mensch emanzipiert sich durch Technologie von den  
79 eingeschränkten Möglichkeiten, die die Natur anbietet. Das ist tatsächlich überhaupt nichts

80 Neues und nicht auf die Gentechnik beschränkt. Im Lauf der gesamten kulturellen Evolution  
81 haben wir nichts anderes getan, als „die Natur“ zu manipulieren. Deshalb fordern wir eine  
82 prinzipielle Offenheit gegenüber den Chancen der neuen Gentechnik.

83 Wir fordern: Rahmenbedingungen schaffen, in denen Gentechnik sicher eingesetzt werden kann

84 Bei aller prinzipiellen Offenheit für neue, sichere Gentechnik müssen daran geknüpfte Risiken  
85 ernstgenommen werden. Solche Risiken sind für uns und in diesem Kontext vor allem:

- 86 - gesundheitliche Risiken
- 87 - ökologische Risiken
- 88 - ökonomische Risiken (z.B. Mono-kulturen einzuführen)

89 Neue Technologien dürfen nicht dem Interesse weniger, marktbeherrschender Unternehmen  
90 dienen. Die Schaffung von Monopolen und die Verdrängung anderer Sorten, insbesondere  
91 kleinbäuerlicher Strukturen in Entwicklungsländern, gilt es zu verhindern. Das betrifft auch die  
92 Frage der Patente. In der aktuellen Situation haben gentechnisch veränderte Organismen den  
93 Status von Erfindungen, sodass darauf Patente angemeldet werden können. Wir sind davon  
94 überzeugt, dass Lebensmittel nicht patentiert werden sollten. Damit die neuen Technologien  
95 ihre positive Wirkung entfalten können, müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen  
96 werden, innerhalb derer primär kleine Saatguthersteller\*innen Gentechnik nutzen können. Die  
97 reine Durchführung wird durch die neuen technologischen Möglichkeiten bereits erleichtert und  
98 kostengünstiger, daher stehen vor allem die patentrechtlichen Fragen einem einfacheren  
99 Zugang zu den Vorteilen der Gentechnik im Weg. Zudem gilt es, die Chancen der neuen  
100 Gentechnik in Konzepten der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mitzudenken, um  
101 vorhandene landwirtschaftliche Strukturen zu stärken und Gefahren wie Mangelernährung  
102 zumindest zu mindern. Bezüglich der gesundheitlichen und ökologischen Risiken sollte eine  
103 Unterscheidung abhängig vom Umfang des Eingriffs erfolgen. Geringfügige Eingriffe, bei denen  
104 nur sehr kleine Veränderung am Erbgut erfolgen oder bei Eingriffen, die lediglich (natürliche)  
105 Gene von Wildsorten wieder einführen, sollte keine Gleichsetzung mit der klassischen  
106 Gentechnik erfolgen, die auf dem unpräzisen Einführen fremder Gene beruht. Die erst  
107 genannten Eingriffe sollten daher auch weniger aufwendigen Sicherheitsprüfungen  
108 unterliegen. Ein Kriterium für die Grenzziehung zwischen streng und weniger streng regulierten  
109 Veränderungen kann sein, ob neuartige Gene eingeführt worden sind oder lediglich mit den  
110 natürlich vorhandenen Genen gearbeitet worden ist. Es gilt zu prüfen, wie eine solche Grenze  
111 am sinnvollsten gezogen werden kann.

112 Wir fordern: Konstruktive Konzepte für die Gentechnik erarbeiten und den Dialog fördern

113 Die neue Gentechnik bietet eine Chance um Landwirtschaft an die Herausforderungen der  
114 Zukunft anzupassen, doch diese Chance kann nur sinnvoll genutzt werden, wenn die oben  
115 genannten Risiken berücksichtigt werden. Konkrete Konzepte sind dazu bisher nicht in Umlauf.  
116 Die prinzipielle Ablehnung der Gentechnik in der Vergangenheit hat dazu geführt, dass keine  
117 konstruktiven Lösungen für die neuen Technologie erarbeitet worden sind. Wir fordern, dass das  
118 Erarbeiten neuer rechtlicher Rahmenbedingungen für neue gentechnische Methoden politisch  
119 verstärkt wird und dass gleichzeitig ein Dialog zwischen Befürworter\*innen und Kritiker\*innen  
120 der neuen Gentechnik gefördert werden muss.

121 *Begründung:*

- 122 Erfolgt mündlich.
- 123 Empfehlung der Antragskommission:
- 124 Annahme als Resolution – mit weiterer Behandlung dieses Themenfeldes auf Unterbezirksebene
- 125 – in geänderter Fassung:
- 126 Füge in Zeile 85 ein: „Wir bekennen uns klar zum Vorsorgeprinzip.“

## E3 Das Klima wird heute gestaltet. Gerechte Umweltpolitik, jetzt!

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens sind für uns unumstritten. Wir halten am 1,5° Grad  
2 Ziel fest. Darüber hinaus bekennen wir Jusos uns weiterhin zum Ziel von 100% Erneuerbaren  
3 Energien in der Bundesrepublik Deutschland bis spätestens 2050. Leider ist jedoch festzustellen,  
4 dass die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele bei weitem nicht ausreichen und auch die  
5 Energiewende immer mehr ins Stocken gerät. Um noch eine Chance zum Erreichen der  
6 selbstgesteckten energiepolitischen Ziele zu bewahren, bedarf es einem radikalen Kurswechsel.  
7 Wir müssen unsere soziale und ökologische Verantwortung umgehend ernst nehmen - sonst ist  
8 es zu spät.
- 9 Dieser Antrag analysiert die bestehenden Probleme der Energiewende und zeigt auf, was getan  
10 werden muss, um eine sozialverträgliche und ökologisch sinnvolle Energiewende bis zum Jahr  
11 2050 umsetzen zu können. Der Antrag befasst sich dabei mit folgenden Problemfeldern:  
12 Netzausbau, Speichertechnologien, Ausbau von Erneuerbaren Energien, Diversität von  
13 Erzeugungsanlagen & Stromhandel.
- 14 Netzausbau
- 15 Die Strukturen der Stromerzeugung befinden sich seit mehreren Jahren und fortlaufend im  
16 Wandel. Mit dem Abschalten alter Erzeugungsanlagen, wie AKWs und Kohlekraftwerken, und  
17 der Inbetriebnahme neuer Anlagen, etwa aus den Bereichen Photovoltaik, Biogas oder  
18 Windenergie, verändern sich (unter anderem) die Anforderungen an das Stromnetz. Vereinfacht  
19 lässt sich sagen, dass Strom über Leitungen und Trassen transportiert wird. Das Stromnetz in  
20 Deutschland ist aber auf diese neueren Technologien nicht ausgelegt. Aufgrund der  
21 Dezentralität, der kleineren installierten Leistung und der im Vergleich zu AKWs und  
22 Kohlekraftwerken häufigeren An- & Abschaltung, haben die erneuerbaren Erzeugungsanlagen  
23 ganz unterschiedliche Anforderungen an das Stromnetz. Der Ausbau des Stromnetzes in  
24 Deutschland hinkt sowohl quantitativ, als auch qualitativ stark hinter den strukturellen  
25 Entwicklungen her.
- 26 Die Gründe hierfür sind unter anderem lokale Interessen (z.B. die Ablehnung des Freistaates  
27 Bayern gegen oberirdische Trassen), sowie Investitionsstau und Fachkräftemangel. Doch wie  
28 kann es sein, dass die Grundlage unserer Stromversorgung so stiefmütterlich behandelt wird?  
29 Wie kann es sein, dass ein so entscheidender Faktor der Versorgungssicherheit bei fast allen  
30 Diskussionen um die Energiewende ignoriert wird?
- 31 Die Herausforderung die Frequenz von 50 Hz in den Netzen zu gewährleisten wird immer  
32 schwieriger und das Stromnetz in Deutschland stand schon mehr als einmal kurz vor einem  
33 Black-Out (Zusammenbruch). Eine weitere Folge eines alten und unflexiblen Stromnetzes ist ein  
34 hoher Bedarf an Regelenergie. Diese wird von teuren Spitzenlastkraftwerken oder Speichern zur  
35 Verfügung gestellt, um die Frequenz im Netz auszugleichen und zu stabilisieren. Die Kosten für

36 die bereitgestellte Regelenergie werden am Ende eines Kalenderjahres auf die EEG-Umlage  
37 umgerechnet (2018 hat die Umlage 23,6% des Strompreises ausgemacht). Entgegen der  
38 Annahme, dass diejenigen die am meisten Energie konsumieren auch am meisten belastet  
39 werden, besteht allerdings für Energieintensive Sektoren die Möglichkeit sich von der Umlage  
40 befreien zu lassen. Zum großen Teil tragen somit Endverbraucher\*innen, Haushalte und kleine  
41 Unternehmen die finanzielle Hauptlast der Energiewende. Deshalb fordern wir Jusos, dass das  
42 Thema des Netzausbaus endlich die Priorität erhält, die es verdient! Sowohl die  
43 Netzbetreiber\*innen, als auch die Bundesregierung müssen in die Pflicht genommen werden,  
44 um mehr finanzielle Ressourcen für den Ausbau bereitzustellen. Unternehmen, welche von der  
45 Umlage teilweise und vollumfänglich befreit sind, sollten ebenfalls ihren Anteil zum Netzausbau  
46 leisten. Die Befreiung ist vollumfänglich aufzuheben. Die Interessen der Länder sind hierbei als  
47 sekundär zu behandeln. Ein Ausbau kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen und  
48 nicht jedes Bundesland eine Sonderbehandlung erfährt. Strom fließt in Niedersachsen, wie in  
49 Bayern am besten oberirdisch. Die physikalischen Gesetze kennen keine Grenzen.

## 50 Speichertechnologie

51 Ein Großteil der erneuerbaren Erzeugungsanlagen sind durch ihren volatilen Charakter geprägt.  
52 Oft wird in Diskussionen das Argument angeführt, dass die Sonne nicht immer scheinen und der  
53 Wind nicht immer wehen würden. Trotz der Banalität der Argumentation, ist sie leider korrekt.  
54 Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern in Deutschland den größten Anteil des  
55 erneuerbaren Stroms. Derzeit sind aufgrund der Überkapazität an installierter Leistung  
56 bilanzielle Engpässe ausgeschlossen. Derzeit werden in Deutschland noch so große Mengen  
57 Strom „produziert“, dass kein unwesentlicher Anteil ins Ausland exportiert wird. Doch wenn das  
58 Ziel von 100% erneuerbaren Energien bis 2050 ernst genommen wird, muss sich schon heute mit  
59 dem Thema von Speichern beschäftigt werden.

60 Wie bei den Erzeugungsanlagen, muss auch bei Speichern die Lösung in der Diversität von  
61 Technologien gesucht werden. Lokale Gegebenheiten müssen besser genutzt werden. Neben  
62 den klassischen Akkumulatoren gilt es auch auf eine Erhöhung der Sektorenkopplung, Power-to-  
63 Gas (vor allem Wasserstoff und Methan), Power-to-Heat und Pumpspeicherkraftwerken zu  
64 setzen. Darüber hinaus gibt es noch weitere innovative Möglichkeiten. Als Beispiel sind hier  
65 ganzheitliche Lösungen, wie der Nutzung von Kühlhäusern von Schlachtereihöfen oder  
66 Metallschmelzen als unkonventionelle Thermospeicher, zu nennen. Im Zuge der Diskussion um  
67 Speichertechnologien, wird oft das Argument der Unwirtschaftlichkeit von Speichern angeführt.  
68 Hierzu muss zum einen gesagt werden, dass die meisten konventionell und unkonventionell  
69 hergestellten Technologien am Anfang unwirtschaftlich operieren, wir allerdings den Schutz der  
70 Umwelt nicht auf die Frage reduzieren sollten, ob eine Technologie in ihren Kinderschuhen  
71 wirtschaftlich operiert oder nicht, sondern ob sie sinnvoll einsetzbar und umweltfreundlich ist.

72 Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Fonds, der Gelder für die Forschung und für  
73 Pilotprojekte mit der Anwendung von unkonventionellen Speichern ermöglicht. Zur  
74 Stabilisierung des Stromnetzes und dem Ausgleich von Engpässen bedarf es darüber hinaus der  
75 Bezuschussung von umweltfreundlichen Speichertechnologien. Die Bezuschussung soll sich an  
76 der Höhe der installierten Leistung und der Einsatzstunden im Jahr messen.

## 77 Ausbau von Erneuerbaren Energien

78 Der Ausbau von Erneuerbaren Energien in Deutschland stagniert. Die Gründe hierfür sind  
79 vielfältig. Einige nennenswerte sind die Einführung eines Ausschreibungssystemes, langwierige  
80 Genehmigungsverfahren, Planungsunsicherheiten für Investor\*innen sowie der 6h-Regelung  
81 mit der jüngsten Novellierung des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG). Seit  
82 Beginn 2017 gibt es ein Ausschreibungssystem für die Erzeugungsanlagen von Erneuerbaren  
83 Energien. Konkret bedeutet das, dass die Anbieter\*innen mit den günstigsten Preisen für eine  
84 Kilowattstunde (kWh) Strom einen festgeschriebenen Preis für die Erzeugung und Einspeisung  
85 von Strom über 20 Jahre erhalten (Einspeisevergütung). Dadurch, dass Unternehmen mit  
86 großem finanziellem Spielraum eine höhere Anzahl an Anlagen bei Hersteller\*innen, zu  
87 günstigeren Preisen abnehmen können, ist es ihnen möglich günstigere Preise bei den  
88 Ausschreibungsverfahren anzubieten. Darüber hinaus müssen für die Bewerbung bei den  
89 Ausschreibungsverfahren, sämtliche Genehmigungen vorliegen. Für kleine Investor\*innen wie  
90 zum Beispiel Kommunen, ist das Risiko, sich an einer solchen Ausschreibung zu beteiligen, zu  
91 groß. Durch das Ausschreibungsverfahren wird nicht nur der Ausbau gebremst, sondern auch die  
92 Akzeptanz der Energiewende bei den Bürger\*innen vor Ort verringert.

93 Darüber hinaus wurde die 6h-Regelung eingeführt. Diese besagt, dass wenn der Strompreis an  
94 der Energiebörse in sechs aufeinanderfolgenden Stunden negativ ist, der\*die Betreiber\*in von  
95 Anlagen für diesen Zeitraum seinen\*ihren Strom nicht vergütet bekommt. Auch diese Regelung  
96 führt nicht dazu, dass Investor\*innen dazu ermutigt werden sich an der Energiewende zu  
97 beteiligen. Es ist nur sehr schwer vorherzusagen, wie sich die Börse in den nächsten Jahren  
98 entwickeln wird und wie häufig diese Regelung Anwendung findet. Es ist aber davon  
99 auszugehen, dass mittelfristig die Häufigkeit von negativen Strompreisen, aufgrund der  
100 Überkapazität und der volatilen Erzeugungsanlagen, zunehmen wird.

101 Deshalb fordern wir eine erneute Novellierung des EEGs, welche die 6h-Regelung und das  
102 Ausschreibungsmodell wieder abschafft, eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren  
103 vorsieht und die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger\*innen erhöht.

#### 104 Diversität von Erzeugungsanlagen

105 Wenn politisch die strombezogene Energiewende in Deutschland diskutiert wird, wird fast  
106 ausschließlich von Wind- und Photovoltaikenergie gesprochen. Darüber hinaus gibt es zum  
107 Beispiel aber auch noch Wasserkraft- & Biogasanlagen. Das Potential von Wasserenergie ist in  
108 Deutschland nahezu komplett erschlossen. Das Potential von Biogasanlagen hingegen aber  
109 nicht. Biogasanlagen werden in der aktuellen Gesetzgebung nur am Rande berücksichtigt und  
110 Genehmigungen für den Bau von Biogasanlagen werden kaum noch erteilt. Ein wesentlicher  
111 Grund hierfür ist, dass ein Großteil der Biogasanlagen mit Mais betrieben werden. Bei Mais  
112 handelt es sich um eine Kulturpflanze, welche nicht sonderlich förderlich für unser Ökosystem  
113 ist. Sie ist bei Landwirt\*innen dennoch sehr beliebt, da der Ertrag der Maispflanze mit keiner  
114 anderen Pflanzenart in Deutschland zu vergleichen ist. Wenn wir Mais in Strom umwandeln,  
115 dann sollten die Auswirkungen auf unser Ökosystem minimiert werden. Bodenfreundlichen und  
116 biodiversitätsförderliche Fruchtfolgen müssen gewährleistet werden, wenn Kulturpflanzen wie  
117 Mais angebaut werden. Alternativ können Biogasanlagen auch mit Gülle oder diversen anderen  
118 organischen Materialien betrieben werden. Doch Biogasanlagen bieten im Gegensatz zur Wind-  
119 und Photovoltaikenergie einen großen Vorteil: sie sind steuerbar. Biogasanlagen basieren auf  
120 dem Prinzip eines Motors, welcher mit Gas betrieben wird. Durch die Verbrennung des Gases

121 wird Strom und Wärme umgewandelt. Biogasanlagen können mittelfristig eine gute Ergänzung  
122 zu Speichern sein. Wenn es zu lokalen Engpässen kommt, können Biogasanlagen in Betrieb  
123 genommen werden, um diese zu schließen. Eine finanzielle Bevorzugung solcher Anlagen wäre  
124 wünschenswert. Zusätzlich fordern wir die Verpflichtung von Wärmenutzkonzepten für die  
125 Genehmigung von neuen Biogasanlagen, welche von Fern- & Nahwärmenetzbetreiber\*innen in  
126 Kooperation mit den Anlagenbetreiber\*innen erarbeitet werden müssen. Darüber hinaus  
127 fordern wir die Verpflichtung von bodenfreundlichen und biodiversitätsfördernden  
128 Maßnahmen, beim Anbau von Mais als nachwachsender Rohstoff.

## 129 Stromhandel

130 Seit dem Jahr 2002 ist besteht in Deutschland die Möglichkeit, Strom am Terminmarkt der  
131 European Energy Exchange (EEX) und seit 2008 am Spotmarkt der European Power Exchange  
132 (EPEX) zu handeln. Am langfristigen Terminmarkt kann Strom zwei Tage bis sechs Jahre im  
133 Voraus gehandelt werden. Am kurzfristigen Spotmarkt hingegen nur für den Folgetag und bis 15  
134 Minuten vor Erfüllung der Leistung. Im Jahr 2016 wurden nach Angaben der EEX in der Preiszone  
135 Deutschland/Österreich circa 2.665 TWh Strom gehandelt. Die EEX gibt an, dass sie 2016 in  
136 Deutschland einen Marktanteil von 37% hatte. Im Jahr 2016 lag der Bruttostromverbrauch in  
137 Deutschland und Österreich hingegen aber nur bei 595,7 TWh. Das bedeutet, dass an der EEX  
138 Strombörse 4,5-mal mehr Volumen gehandelt wurde, als in beiden Ländern verbraucht wurde  
139 und das bei einem Marktanteil von gerade einmal 37%. Der Grund hierfür ist, dass an der EEX  
140 Börse rein spekulativer Handel mit Strom betrieben wird. Große Investor\*innen spekulieren wie  
141 sich der Strompreis verändern könnte und versuchen dadurch zusätzliche Gewinne zu  
142 verbuchen. Seit der Abschaffung des physikalischen Handels 2005 an der EEX, ist es nur noch  
143 möglich das Recht auf den Strombezug zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erwerben, real  
144 erzeugter Strom wird nicht mehr gehandelt.

145 Ein weiteres Problem ist, dass die aktuelle Gesetzgebung besagt, dass die Differenz zwischen  
146 dem Mittelwert der monatlichen getätigten Transaktionen am Spotmarkt der Börse  
147 (Referenzmarktwert) und der für 20 Jahren festgeschriebenen Einspeisevergütungenn  
148 (Anzulegender Wert) durch das EEG-Konto ausgeglichen wird.

149 Je geringer der Strompreis an der Börse ist, desto größer wird die Belastung des EEGKontos und  
150 in Folge dessen, die EEG-Umlage und der Strompreis für Verbraucher\*Innen. Strom ist keinesfalls  
151 ein Luxusgut, sondern ein Grundbedürfnis. Jedem Menschen sollte der Zugang zu bezahlbarem  
152 Strom möglich sein. Ein Leben ohne Strom ist unserer Gesellschaft nicht möglich.

153 Deshalb lehnen wir Jusos den Handel von Strom an der Börse entschieden ab. Wir fordern die  
154 Abschaffung der Energiebörse und damit auch des spekulativen Handels.

155 *Begründung:*

156 Erfolgt mündlich.

157 Empfehlung der Antragskommission:

158 Annahme als Resolution

## E4 Nachhaltiger in die Ferne

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Ausstoß-Abgabe für Airlines bei EU weiten Flügen Wir fordern: Airlines  
2 müssen für all ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen CO<sub>2</sub>-Ausgleichs-Zertifikate erwerben.  
3 Flugverkehrsgesellschaften sind bereits heute in das europäische System für CO<sub>2</sub>Zertifikate-  
4 Handel eingebunden. So müssen alle Airlines für ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen CO<sub>2</sub>Äquivalentzertifikate  
5 vorweisen, jedoch müssen sie nur 15% ihrer CO<sub>2</sub>-Zertifikate erwerben. Den Rest bekommen sie  
6 von der EU geschenkt. Dies reicht allerdings nicht aus, um das Klima nachhaltig zu schützen.  
7 Daher müssen Fluggesellschaften zu 100% in die Pflicht genommen werden. Nur so werden  
8 Flugreisen und Klimaschutz vereinbar.

9 *Begründung:*

10 Ein Flug von Deutschland nach New York setzt ca. 3,65 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person frei. Dafür könnte  
11 eine Person bei gleicher Emission ein Jahr lang Auto fahren oder 53 kg Rindfleisch essen.  
12 Flugverkehr hat eine schlechtere Personenkilometerbilanz als Autofahren und setzt pro  
13 Kilometer sogar echs Mal so viel CO<sub>2</sub> wie Bahnfahren frei. Der Flugverkehr hat mit 5% einen  
14 hohen Anteil an der globalen Erwärmung, obwohl nur etwa 10% aller Weltbürger und  
15 Weltbürgerinnen jemals in einem Flugzeug saßen. Damit reist ein kleiner, wohlhabender Teil der  
16 Gesellschaft auf Kosten des größeren und ärmeren Teils. Dies ist in höchsten Maße  
17 unsolidarisch. Um dem entgegenzuwirken, müssen Airlines stärker in die Pflicht genommen  
18 werden und Zertifikate zum ökologischen und sozialen Ausgleich erwerben. Diese Zertifikate  
19 helfen dabei, soziale und ökologische Projekte zu finanzieren, die dem Klimawandel  
20 entgegenwirken.

21 Empfehlung der Antragskommission:

22 Annahme

## E5 Wiedereinbeziehung der Fluggesellschaften in den EU weiten Emissionshandel bei transatlantischen Flügen

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die erneute Teilnahme von Airlines am europäischen Emissionshandel bei transatlantischen  
2 Flügen. Seit 2012 wird der europäische Emissionshandel bei transatlantischen Flügen aufgrund  
3 der Vereinbarung „Globales Marktbasierendes Klimainstrument“ (GMBM) ausgesetzt. Dieses  
4 Instrument ist jedoch viel zu lasch und wird die Klimaerwärmung kaum stoppen. Daher muss  
5 auch bei außereuropäischen Flügen zum europäischen System zurückgekehrt werden. Auf diese  
6 Weise müssen alle Fluglinien Zertifikate erwerben, die in Europa starten oder landen.

7 *Begründung:*

8 GMBM soll den Emissionsausstoß von Flugzeugen auf den Stand von 2021 einfrieren und  
9 Überschreitungen dieser Linie bestrafen. Allerdings sind die Emissionen des Flugverkehrs bereits  
10 heute auf einem zu hohen Niveau. Für einen Flug von Frankfurt nach New York würde in diesem  
11 System nur eine Abgabe von 12€fällig. Durch diese Abgaben sollen Klimaprojekte wie Solarparks  
12 in Entwicklungsländern gefördert werden. Dies ist jedoch im Vergleich zu den ca. 73€ beim  
13 100%- Zertifikate-Handel ein viel zu kleiner Beitrag. Somit stellt GMBM keine sinnvolle  
14 Alternative zum europäischen Zertifikate-Handel dar. Eine Rückkehr zum EU-System ist daher  
15 sinnvoll und notwendig.

16 Empfehlung der Antragskommission:

17 Annahme

## F1 Neufassung zur Grundsteuer

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: SPD-Bundesvorstand, SPD-Landesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen
- 2 an den SPD-Bundes- und Landesvorstand und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:
- 3 „Aus Gerechtigkeitsgründen wird das Mietrecht durch eine entsprechende Änderung der
- 4 Betriebskostenverordnung zumindest für die Vermietung von Wohnraum dahingehend
- 5 geändert, dass die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieter abgewälzt werden darf.“
- 6 *Begründung:*
- 7 In vielen Städten und Gemeinden sind die Wohnkosten in den letzten 20 Jahren explodiert,
- 8 davon betroffenen Millionen Mitmenschen sind dabei in einem ihrer elementaren
- 9 Grundbedürfnisse, dem Wohnen, tangiert.
- 10 Den Kosten der einen Seite stehen explodierende Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung
- 11 auf Seiten der Berechtigten gegenüber.
- 12 Der vom BGB vorgesehene Regelfall, dass die Vermietenden die Betriebskosten selber tragen, ist
- 13 aufgrund ihrer Marktmacht längst zum Ausnahmefall geworden.
- 14 Aus Sicht der SPD hat das Interesse der Mitmenschen an bezahlbarem Wohnraum Vorrang
- 15 gegenüber den Renditeinteressen der Investoren.
- 16 Empfehlung der Antragskommission:
- 17 Annahme

# G1 Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Europas Geschichte ist untrennbar mit dem Kolonialismus und der Ausbeutung, Besetzung und  
2 Unterdrückung außereuropäischer Gebiete und ihrer Bevölkerungen verbunden. Dieser Aspekt  
3 der Geschichte geht in der öffentlichen Wahrnehmung in Europa jedoch oft unter. Um endlich  
4 in einen glaubwürdigen Dialog mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Kolonien treten zu  
5 können, fordern wir von den ehemaligen europäischen Kolonialmächten, dass die Aufarbeitung  
6 der Kolonialvergangenheit sichtbar erfolgt und in die öffentliche Bildung einfließt.

7 Vor allem fordern wir als ersten konkreten Schritt, koloniales Kulturgut, das sich in europäischen  
8 Museen und Sammlungen befindet, mit Herkunftsangaben zu listen und den Herkunftsregionen  
9 die Rückgabe anzubieten. Das gilt insbesondere für Objekte, die einen kultischen Hintergrund  
10 haben und/oder eindeutig als Raubgut einzustufen sind.

11 Da der Kolonialismus eine historische Schuld Europas ist und bis heute das Bild von Europa in  
12 vielen Teilen der Welt prägt, kann die Aufarbeitung jedoch nicht allein den Mitgliedstaaten  
13 überlassen werden. Wir fordern daher, dass sich die EU der Aufarbeitung der  
14 Kolonialvergangenheit verschreibt und ein Forum zum Austausch über den Umgang mit  
15 kolonialem Kulturerbe bietet. Durch Wissen- und Erfahrungstransfer zwischen den  
16 Mitgliedstaaten sowie Nicht-Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergangenheit soll die kulturelle  
17 Dekolonialisierung erleichtert werden.

18 Die EU soll die Mitgliedstaaten zur Aufarbeitung in ihren staatlichen Museen und Sammlungen  
19 drängen sowie finanzielle Anreize setzen und die Vernetzung mit Wissenschaftler\*innen in den  
20 ehemaligen Kolonien fördern. Die EU soll die Debatte über die Rückgabe der Kolonialgüter zum  
21 Anlass nehmen, Museen und andere Kultureinrichtungen in ehemaligen Kolonien bei ihrer  
22 Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit finanziell zu unterstützen. Dazu soll ein  
23 eigenes Kulturförderprogramm für die ehemaligen Kolonien geschaffen werden. Eine solche  
24 Förderung darf nicht paternalistisch vorschreiben, wie die Aufarbeitung stattzufinden hat,  
25 sondern soll Initiativen und Konzepte aus den ehemaligen Kolonien unterstützen.

26 Wir fordern endlich eine gesamteuropäische Initiative zur Aufarbeitung der Kolonialverbrechen  
27 und zur Dekolonialisierung der europäischen Museumslandschaft. Diese Initiative muss von der  
28 Europäischen Union vorgebracht werden. Wir dürfen sie nicht dem Gutdünken der  
29 Nationalstaaten überlassen.

30 *Begründung:*

31 Die Europäische Union versteht sich selbst als Friedensmacht und als eine Verteidigerin von  
32 Menschenrechten. Die Geschichte vieler ihrer Mitgliedstaaten ist jedoch vom Kolonialismus  
33 geprägt. Insbesondere die Phase des Imperialismus und des sogenannten Wettlaufs um Afrika  
34 liegt noch nicht lange zurück. Die meisten afrikanischen Kolonien wurden erst 1960 unabhängig

35 – also vor nicht einmal 60 Jahren. Die Erinnerungen an die Kolonialvergangenheit sind vielen der  
36 kolonisierten Bevölkerungen noch sehr bewusst. Bis heute haben die ehemaligen  
37 Kolonialmächte diese Zeit kaum aufgearbeitet und die Schuld ihrer Länder benannt. Das betrifft  
38 auch Deutschland, dessen Kolonialvergangenheit häufig ignoriert wird. Der Völkermord an den  
39 Herero und Nama im heutigen Namibia durch die deutsche Kolonialmacht wurde von der  
40 Bundesregierung zwar inzwischen als Völkermord anerkannt, aber nur in einem politisch-  
41 historischen und nicht in einem rechtlichen Sinne und schließt Reparationen aus. Das zeigt  
42 beispielhaft, wie sich europäische Staaten ihrer Verantwortung entziehen.

43 Im Zuge des Kolonialismus wurde zahlreiche Kulturgüter aus den Kolonien entfernt und nach  
44 Europa gebracht. Insbesondere ethnologische Museen und Sammlungen sind voll mit dem  
45 Kulturerbe nicht-europäischer Bevölkerungen, die die Schätze ihrer eigenen Kulturen vermutlich  
46 nie zu sehen bekommen werden. Bei Raubgut ist die ethische Verpflichtung zur Rückgabe  
47 besonders offensichtlich. Aber auch vermeintlich „gekaufte“ Objekte sind im Kontext des  
48 Kolonialismus und der Machtverhältnisse zwischen Kolonialmächten und Kolonien zu  
49 betrachten. Viele davon sind neben ökonomischen Interessen auch aus einer rassistisch  
50 motivierten Neugier am Exotischen ausgeführt worden. Um den ehemaligen Kolonien, die jetzt  
51 souveräne Staaten sind, auf Augenhöhe zu begegnen, muss diesen Staaten auch die Möglichkeit  
52 gegeben werden, über die Zukunft ihres Kulturerbes zu entscheiden. Neben der ethischen Pflicht  
53 würde das auch bedeuten, dass Europa mehr Glaubwürdigkeit in den ehemaligen Kolonien  
54 erreichen und somit die zukünftige Zusammenarbeit erleichtern würde. Der französische  
55 Präsident Emanuel Macron hat Bewegung in die Debatte gebracht, indem er angekündigt hat,  
56 koloniale Kunst aus Afrika zurückzugeben und einen Bericht in Auftrag gegeben, der diese  
57 Kunstwerke in Frankreich auflisten und einen Plan zum Umgang damit vorlegen soll. Diese  
58 Entwicklung wurde auch in Deutschland wahrgenommen. Allerdings lassen die konkreten  
59 Fortschritte dabei bislang zu wünschen übrig. Da die Schuld des Kolonialismus nicht allein eine  
60 deutsche, französische, britische oder belgische Angelegenheit ist, sondern die Geschichte des  
61 ganzen Kontinents geprägt hat, sollte die Aufarbeitung dieser Schuld von der Europäischen  
62 Union vorangetrieben werden. Die Aufarbeitung des Kolonialismus muss eine europäische  
63 Dimension bekommen. Dadurch soll auch verhindert werden, dass sich Mitgliedstaaten mit  
64 kolonialer Vergangenheit der Debatte entziehen. Zwar liegen die Museen und Sammlungen im  
65 Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, die EU kann also keine Rückgaben erzwingen, doch  
66 durch Kulturförderprogramme und durch das Fördern und Vermitteln des Dialogs kann die EU  
67 das Thema im Fokus der Mitgliedstaaten halten. Die EU stellt sich damit auch den Schattenseiten  
68 der europäischen Geschichte, die eben nicht nur aus griechischer Demokratie, der französischen  
69 Revolution und der europäischen Integration bestehen, sondern auch aus europäischem  
70 Größenwahn und Kolonialismus. Diese ehrliche Geschichtsbetrachtung ist wichtig, um das  
71 erneute Entstehen europäischer Überlegenheitsgefühle oder eines europäischen Nationalismus  
72 zu verhindern.

73 Empfehlung der Antragskommission:

74 Annahme als Resolution

## G2 Bekämpfung von israelbezogenen Antisemitismus – „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Antisemitismus wird mehrheitlich über versteckte Kommunikation geäußert. Der häufigste
- 2 Umweg ist der israelbezogene Antisemitismus, der mit jedem Aufflammen des Nahost-Konflikts
- 3 auf schmerzhaft Weise deutlich wird. So wird Kritik an der israelischen Regierungspolitik,
- 4 insbesondere im Umgang mit Palästinenser\*innen, als Deckmantel für antisemitische
- 5 Ressentiments genutzt, die den Staat Israel dämonisieren oder altbekannte antisemitische
- 6 Feindbilder auf Israel projizieren wie beispielsweise den Vorwurf der Brunnenvergiftung.
- 7 Die Gefährdung durch diesen verdeckten Antisemitismus nimmt noch dadurch zu, dass er nicht
- 8 auf dezidiert rechte politische Kreise beschränkt ist, sondern in verschiedenen gesellschaftlichen
- 9 Milieus und politischen Bewegungen zum Ausdruck kommt. Israelbezogener Antisemitismus
- 10 muss daher als eigenständiges Problem erkannt und bekämpft werden.
- 11 Diese Zielsetzung kann auf verschiedene Weisen umgesetzt werden.
- 12 a) Verstärkte Zusammenarbeit mit Gruppen, Stiftungen, Vereinen, die sich gegen
- 13 Antisemitismus einsetzen. Dieser Aspekt kann vom Unterbezirksvorstand der Jusos Region
- 14 Hannover für die Bündnisarbeit berücksichtigt werden.
- 15 b) Interne Sensibilisierung für israelbezogenen Antisemitismus. Leitfäden dafür können auf
- 16 verschiedenem Wege bezogen werden.
- 17 c) Öffentlichkeitswirksame Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus und
- 18 konkrete Äußerungen, in denen entsprechend Ressentiments zum Ausdruck kommen.
- 19 Außerdem ein klares und vernehmbares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und Förderung
- 20 eines lebendigen Gedenkens an die Verbrechen der Shoa.
- 21 Aus historischer Verantwortung und tiefer Überzeugung gegen alle menschenverachtenden
- 22 Ideologien machen wir somit klar: Nie darf vergessen werden, zu welchen grausamen Taten
- 23 antisemitische Gedanken und Äußerungen bereits geführt haben. Nicht nur klassischer, sondern
- 24 auch israelbezogener
- 25 Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz und als Jugendverband, der auf eine
- 26 gerechte und solidarische Welt hinarbeitet, fühlen wir uns dazu verpflichtet, jeglichem
- 27 antisemitischem Gedankengut entschlossen entgegenzutreten.
- 28 Empfehlung der Antragskommission:
- 29 Annahme in geänderter Fassung:
- 30 Wir fordern,

31 a) die verstärkte Zusammenarbeit mit Gruppen, Stiftungen, Vereinen, die sich gegen  
32 Antisemitismus einsetzen.

33 b) eine interne Sensibilisierung für israelbezogenen Antisemitismus.

34 c) eine öffentlichkeitswirksame Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus und  
35 konkrete Äußerungen, in denen entsprechend Ressentiments zum Ausdruck kommen.  
36 Außerdem ein klares und vernehmbares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und Förderung  
37 eines lebendigen Gedenkens an die Verbrechen der Shoa.

38 Hinweis der Antragskommission:

39 Der verbleibende Antragstext der Antragstellerin dient als Begründungstext zum Antrag der  
40 Antragskommission.

# H1 Gebt den Kommunen Luft zum Leben! Für eine auskömmliche Finanzierungsausstattung der Städte und Gemeinden

Antragsteller\*innen: Ortsverein Laatzen

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Die SPD Laatzen fordert das Land und den Bund auf, die Instrumente zur Kommunalfinanzierung
- 2 für die Kommunen so auszugestalten, dass auch Kommunen mit einer Siedlungs- und
- 3 Bevölkerungsstruktur wie Laatzen eine Chance haben, den gesellschaftlichen
- 4 Herausforderungen mit einem ausgeglichenen Haushalt zu begegnen.
  
- 5 die Verteilungsschlüssel für Umsatz- und Einkommenssteuer so festzulegen, dass die
- 6 kommunalen Haushalte langfristig und nachhaltig abgesichert sind.
  
- 7 die Kosten für Aufgaben, die in ihren Aufgabenbereich fallen, nicht länger auf die Kommunen
- 8 abzuwälzen, sondern selbst zu übernehmen.
  
- 9 wirksame Instrumente zur Entschuldung der Kommunen insbesondere mit Blick auf die
- 10 Kassenkredite zu entwickeln und anzubieten.
  
- 11 Die SPD Laatzen fordert die SPD-Vertreterinnen und Vertreter in Bundestag und Landtag auf, das
- 12 Ziel einer nachhaltig wirksamen finanziellen Absicherung der Kommunen zu einer Priorität ihrer
- 13 politischen Arbeit zu machen und regelmäßig, das heißt mindestens einmal jährlich, über den
- 14 Fortschritt zu berichten.
  
- 15 Dieser Antrag wird als Antrag für die Parteitage des Unterbezirks, des Bezirks, des Landes und
- 16 des Bundes eingereicht.
  
- 17 *Begründung:*
  
- 18 Ob unsere Gesellschaft funktioniert, entscheidet sich vor allem in den Städten und Gemeinden.
- 19 Vor allem, wenn es um Bildung, Inklusion, Teilhabe und Migration geht, entscheidet sich vor Ort,
- 20 ob möglichst alle von guter Bildung, wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlicher Teilhabe
- 21 profitieren können. Eine solidarische Gesellschaft kann aber nur gelingen, wenn vor Ort die
- 22 Angebote gemacht und durchgehalten werden, die wir seit Jahren unter dem Begriff des
- 23 „Laatzener Profils für Bildung“ propagieren, durchsetzen und durchhalten.
  
- 24 Aber selbst, wenn wir diese Angebote, die alle freiwillig sind, vollständig streichen würden,
- 25 könnten wir keinen ausgeglichenen Haushalt beschließen, denn diese Leistungen machen nur
- 26 knapp 7 Prozent der Ausgaben der Stadt im Ergebnishaushalt aus. Darum brauchen wir dringend
- 27 einen neuen Verteilungsschlüssel für die Anteile an der Umsatz- und der Einkommenssteuer,
- 28 damit wir in den Räten nicht nur immer den Mangel verwalten, sondern endlich wieder
- 29 finanziellen Raum für die Gestaltung unseres Gemeinwesens bekommen.
  
- 30 Erschwerend kommt hinzu, dass wir seit Jahren Maßnahmen finanzieren, die in den
- 31 Aufgabenbereich von Land oder Bund fallen, ohne dass diese bereit wären, die Kosten dafür zu
- 32 übernehmen. Die Liste ist lang, hier nur einige Beispiele: Sprachförderung in den

33 Kindertagesstätten, Sozialarbeit an den Schulen, Bereitstellung von Krippenplätzen,  
34 Unterhaltsvorschussleistungen, Kosten der Verlässlichen Grundschule.

35 Der Rat der Stadt Laatzen muss deshalb seit 2003 durchgehend in jedem Jahr einen Haushalt  
36 beschließen, der höhere Ausgaben als Einnahmen aufweist und damit die Verschuldung der  
37 Stadt anwachsen lässt. Ich verteidige jede Einsparung, die wir in den letzten 14 Jahren nicht  
38 gemacht haben, denn jede dieser Einsparung hätte zu einem massiven Qualitätsverlust im  
39 Angebot der Stadt geführt.

40 Das niedersächsische Instrument der Bedarfszuweisung an „notleidende“ Kommunen ist  
41 überholt und muss durch sinnvollere Instrumente ersetzt werden – vor allem, weil es nicht  
42 geeignet ist, die betroffenen Kommunen wirksam und langfristig zu entschulden. Zusätzlich  
43 behandelt es auch noch die betroffenen Kommunen wie unreife Kinder, die nicht mit ihrem  
44 Taschengeld umgehen können. Die SPD-Fraktion im Rat wird deshalb in den anstehenden  
45 Verhandlungen mit dem niedersächsischen Innenministerium klar vertreten, dass sie einer  
46 Bedarfszuweisung nur zustimmen wird, wenn sich das Land verpflichtet, rückwirkend und  
47 zukünftig die Kosten aus ihren eigenen Aufgaben zu übernehmen, die die Stadt bisher aus  
48 eigenen Mitteln bezahlt.

49 Wir brauchen jetzt und sofort eine Kehrtwende bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen!

50 Empfehlung der Antragskommission:

51 Annahme in geänderter Fassung:

52 Land und Bund werden aufgefordert, die Instrumente zur Kommunalfinanzierung für die  
53 Kommunen so auszugestalten, dass sie den gesellschaftlichen Herausforderungen mit einem  
54 ausgeglichenen Haushalt begegnen können, d.h., dass :

- 55 - die Verteilungsschlüssel für Umsatz- und Einkommenssteuer so festzulegen, dass die
- 56 kommunalen Haushalte langfristig und nachhaltig abgesichert sind;
- 57 - die Kosten für Aufgaben, die in ihren Aufgabenbereich fallen, nicht länger auf die
- 58 Kommunen abzuwälzen, sondern selbst zu übernehmen sind und
- 59 - wirksame Instrumente zur Entschuldung der Kommunen insbesondere mit Blick auf die
- 60 Kassenkredite zu entwickeln und anzubieten sind.

61

62 Hinweis der Antragskommission:

63 Die Begründung ist entsprechend – ohne Nennung der Stadt Laatzen – umzuformulieren bzw.  
64 zu verstehen.

## H2 Stärkung der kommunalen Finanzen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen  
2 an die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

3 „Die SPD setzt sich dafür ein, dass entsprechend des Konnexitätsprinzips die alle Aufwendungen  
4 der Städte und Gemeinde für Aufgaben, die ihnen als Pflichtaufgaben auferlegt worden sind und  
5 auferlegt werden, jeweils vollständig von derjenigen Körperschaft erstattet werden, die die  
6 jeweilige Aufgabe der Kommune auferlegt hat.

7 Um die Städte und Gemeinden auch hinsichtlich der Aufgaben aus dem freiwilligen  
8 Wirkungskreis wieder handlungsfähig zu machen, soll zur weiteren Stärkung der  
9 Kommunalfinanzen ein um weitere 2 Prozentpunkte höherer Anteil an der Einkommensteuer  
10 den Gemeinden nach Art 106 Abs.3 iVm. 5 GG zustehen (bisher 15 % des Steueraufkommens).“

11 *Begründung:*

12 Um den Kommunen ihren Handlungsspielraum wieder zu eröffnen, ist daher eine konsequente  
13 Umsetzung des Konnexitätsprinzips vonnöten („wer bestellt, bezahlt auch“) sowie eine spürbare  
14 Anhebung des Anteils an der Einkommensteuer, der den Kommunen zufällt.

15 Brisant ist der Umstand, dass im Regelfall ein großer Anteil an den Kosten für die Wahrnehmung  
16 dieser Aufgaben nicht von der Körperschaft übernommen wird, die die Wahrnehmung der  
17 Aufgabe durch die Kommune beschlossen hat.

18 Nach Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindetages ist bei den Kommunen  
19 mittlerweile ein Investitionsstau von bundesweit 128 Milliarden Euro entstanden, der  
20 insbesondere die Instandhaltung von der Verkehrsinfrastruktur, von öffentlichen Gebäuden u.a.  
21 betrifft.

22 Die Städte und Gemeinden kommen im Regelfall zu nicht einmal mehr 10 % dazu, freiwillige  
23 Aufgaben zugunsten ihrer EinwohnerInnen zu übernehmen, sie sind zumeist völlig ausgelastet  
24 und personell überfordert mit der Wahrnehmung der Pflichtaufgaben, die ihnen vom Bund bzw.  
25 vom jeweiligen Bundesland übertragen worden sind.

26 Empfehlung der Antragskommission:

27 Annahme in geänderter Fassung:

28 Die SPD setzt sich dafür ein, dass nach dem Konnexitätsprinzip alle Aufwendungen der Städte  
29 und Gemeinden für Aufgaben, die ihnen als Pflichtaufgaben auferlegt werden, jeweils  
30 vollständig von derjenigen Körperschaft erstattet werden, die die jeweilige Aufgabe der  
31 Kommune auferlegt hat.

## H3 Wiederbelebung der Vermögenssteuer

Antragsteller\*innen: Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:         Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Es möge der Parteitag des SPD Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen  
2 an den SPD-Bundes- und Landesvorstand und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten: „Aus  
3 Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögensteuer nach  
4 dem Vermögensteuergesetz (VStG) wiederbelebt. Vermögen oberhalb eines Freibetrages von 1  
5 Million € wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert werden. Grundlage der Berechnung der Steuer  
6 sind die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06.1995 (2  
7 BvL 37/91) aufgestellt hat.“

8 *Begründung:*

9 Die Vermögensteuer - einst von Theo Waigel (CSU) als unabdingbare Gerechtigkeitssteuer  
10 bezeichnet - setzt den Gerechtigkeitsgedanken um und ist als einzige Maßnahme geeignet, die  
11 immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder ansatzweise zu  
12 schließen.

13 Nach Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Februar 2014 ist die  
14 ungleiche Vermögensverteilung in ganz Europa nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.

15 Die Vermögensteuer setzt unseren Grundsatz der Solidarität in die Tat um, wonach starke  
16 Schultern mehr tragen können als schwache, und ist langfristig dazu geeignet, die jeden  
17 Endverbraucher treffende Umsatzsteuer wieder zu senken.

18 Im Übrigen trägt die Vermögensteuer als volkswirtschaftlich ankurbelnde Steuer dazu bei, den  
19 Weg aus der Finanzkrise zu weisen, indem sie angelegtes bzw. liegendes Vermögen löst und in  
20 den Wirtschaftskreislauf zurückführt.

21 Da die jährlichen Zinserträge auf das zu besteuernde Vermögen auch bei sicherer Geldanlage die  
22 Vermögensteuer von 1 % im Regelfall deutlich übersteigen, ist die Wiederbelebung der Steuer  
23 für die Betroffenen auch zumutbar.

24 Schon die Steuereinnahmen von weniger als 10 der vermögensesten Privatpersonen reichen zur  
25 Deckung sämtlicher Kosten der zur Erhebung der Steuer erforderlichen Steuerverwaltung aus.

26 Auch in anderen westlichen Industrienationen, in denen eine Vermögensteuer erhoben wird, ist  
27 es nicht zu einer von den Konservativen behaupteten Massenflucht von Steuerpflichtigen  
28 gekommen.

29 Das gute und tragfähige Bildungskonzept der SPD muss vor dem Hintergrund der angestrebten  
30 Gebührenfreiheit zur Unterfütterung seiner Glaubwürdigkeit auch eine solide finanzielle  
31 Grundlage haben.

32 Daher braucht Deutschland die Vermögensteuer für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit  
33 für alle.

34 Empfehlung der Antragskommission:

35 Annahme

## H4 Umsetzung von Beschlüssen

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die Landtagsfraktion und der  
2 Ministerpräsident den Beschluss des Landesparteitages aus 2018, die Einführung des  
3 Weihnachtsgeldes für Beamte, endlich umsetzt.

4 Zur Weiterleitung an:

5 SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen zur Umsetzung

6 *Begründung:*

7 Es ist unehrlich und absolut unglaubwürdig, wenn Parteitagsbeschlüsse derart missachtet  
8 werden, wenn unsere Partei in Regierungsverantwortung steht.

9 Grundsätzlich wird so die Demokratie und die Arbeit der eigenen Partei und damit auch die der  
10 eigenen Mitglieder komplett in Frage gestellt.

11 Auch wenn die Landtagsfraktion die Umsetzung bereits angefangen hat zu planen, ist jedoch  
12 schon ein Jahr her, dass der Beschluss gefasst und erst einmal komplett missachtet wurde.

13 Empfehlung der Antragskommission:

14 Annahme

## H5 Ausweitung des Aktiv Pass

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Wir fordern eine Ausweitung des in der Landeshauptstadt sehr beliebten AktivPasses auch auf  
2 die Umlandkommunen der Region Hannover.

3 *Begründung:*

4 Der Hannover AktivPass wird kommunal finanziert. Fast 100000 Menschen in der  
5 Landeshauptstadt Hannover erhalten diesen. Damit werden die Teilhabemöglichkeiten von  
6 einkommensschwachen Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bildung, Kultur und Freizeit  
7 gestärkt. Allerdings gibt es diese Möglichkeit nicht in den Umlandkommunen der Region  
8 Hannover. Teilweise gibt es hier eigene Ansätze, jedoch nicht flächendeckend und auch nicht in  
9 dem Umfang mit dem AktivPass vergleichbar. Diese Ungerechtigkeit und zwei  
10 Klassengesellschaft von einkommensschwachen Familien zwischen Landeshauptstadt und  
11 Umland muss abgeschafft werden.

12 Empfehlung der Antragskommission:

13 Weiterleitung als Material an die kommunalen SPD-Fraktionen und die SPD-Ratsfraktion.

## H6 Kostenloser Eintritt in Museen in der Region Hannover

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion, SPD-Regionsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Wir fordern eine verstärkte Förderung der Museen in der Region Hannover, so dass der  
2 Eintrittspreis für den Museumsbesuch für Bürger\*innen künftig entfällt. Zeitgleich darf die  
3 Qualität der Museen nicht darunter leiden bzw. soll sogar durch steigende finanzielle  
4 Ressourcen zunehmen.

5 *Begründung:*

6 Museen sind sowohl eine Bildungsstätte, als auch Kulturträger. Da wir als Sozialdemokrat\*innen  
7 schon seit jeher fordern, dass Bildung kostenlos sein muss, ist der kostenlose Zugang zu Museen  
8 eine Grundforderung von uns.

9 Einige Museen in Hannover sind bereits kostenlos, wie zum Beispiel das Designmuseum oder  
10 das Museum für Energiegeschichte. Andere Museen in Hannover, wie zum Beispiel das  
11 Sprengelmuseum, sind zumindest an einem Wochentag kostenfrei.

12 Ein dauerhafter kostenloser Eintritt kann die Motivation an Museumsbesuchen erhöhen,  
13 Chancengerechtigkeiten verringern und einen Beitrag zum Abbau von  
14 Bildungsungerechtigkeiten leisten.

15 Empfehlung der Antragskommission:

16 Annahme in geänderter Fassung:

17 Wir fordern eine verstärkte Förderung der Museen in der Region Hannover, so dass der  
18 Eintrittspreis für den Museumsbesuch für Bürger\*innen künftig entfällt. Zeitgleich darf die  
19 Qualität der Museen nicht darunter leiden bzw. soll sogar durch steigende finanzielle  
20 Ressourcen zunehmen. Außerdem trägt die SPD in der Region Hannover zur Umsetzung bei.

# I1 NKomVG novellieren, kommunalpolitisches Ehrenamt stärken

Antragsteller\*innen: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Der Unterbezirk Region Hannover stellt den Antrag an den Bezirks- und an den Landesparteitag,  
2 Landtagsfraktion und Landesregierung sollen sich für eine Novellierung des Niedersächsischen  
3 Kommunalverfassungsgesetzes einsetzen, um Nachteile bei der Freistellung unter Fortzahlung  
4 aller Entgelte während der regulären Arbeitszeit für kommunale Mandatsträger\*innen zu  
5 beseitigen.

6 *Begründung:*

7 SPD und CDU haben sich in ihrem Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode des  
8 Niedersächsischen Landtags haben SPD und CDU sich auf die Förderung des Ehrenamts  
9 verständigt und dafür „flexiblere Freistellungsregelungen“ für Ehrenamtliche zu schaffen (Zeile  
10 1391). Eine solche Flexibilisierung ist dringend notwendig, weil einerseits ganz allgemein die  
11 Gewinnung Ehrenamtlicher schwieriger wird und dementsprechend Anreize zur Übernahme  
12 eines Ehrenamts geschaffen werden müssen. Andererseits fällt insbesondere die Gewinnung  
13 von Frauen für das Ehrenamt schwerer, weil hier neben der Vereinbarkeit von Beruf und  
14 Ehrenamt auch die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt nach wie vor eine erhebliche  
15 Herausforderung darstellt.

16 Die Freistellung von Abgeordneten stößt verschiedentlich auf erhebliche Widerstände seitens  
17 der Arbeitgeber, darunter auch Behörden des Landes. Erschwert werden die Freistellungs- und  
18 Verdienstauffallregelungen durch flexibilisierte Arbeitszeitmodelle.

19 Zur Absicherung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit könnte deshalb die Regelung des § 54 (2)  
20 NKomVG zur Freistellung der Abgeordneten analog den Regeln im Betriebsverfassungs- oder im  
21 Personalvertretungsgesetz gestaltet werden.

22 Zugleich muss sichergestellt werden, dass den Ehrenamtlichen in kommunalpolitischen  
23 Mandaten durch die Freistellung keine Nachteile bei der Sozial- und Rentenversicherung  
24 entstehen. Deshalb soll – entweder durch einen entsprechenden Passus im § 55 NKomVG  
25 geregelt werden, dass die Verdienstauffälle über den Arbeitgeber der kommunalen  
26 Mandatsträger\*innen ausgezahlt und damit auch die entsprechenden Sozialabgaben  
27 aufgebracht werden.

28 Die Einzelheiten der genannten Forderungen könnten auch durch eine Ergänzung des NKomVG  
29 umgesetzt werden, wonach die Landesregierung dazu ermächtigt wird, entsprechende  
30 Regelungen durch Verordnungen zu erlassen.

- 31 Empfehlung der Antragskommission:
- 32 Annahme in geänderter Fassung:
- 33 Nachteile bei der Freistellung während der regulären Arbeitszeitunter Fortzahlung aller Entgelte
- 34 für kommunale Mandatsträger\*innen sollen beseitigt werden.

## I2 Ehrenamt – Freistellung von kommunalpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover zum Beschluss, SPD-Landesparteitag Niedersachsen zum Beschluss, SPD-Landtagsfraktion zur Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass das Niedersächsische
- 2 Kommunalverfassungsgesetz ergänzt wird um einen Abschnitt:
- 3 - der die Freistellung von gewählten kommunalpolitischen Mandatsträgerinnen und
- 4 Mandatsträger eindeutig regelt,
- 5 - dabei Ausgleichsregelungen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber schafft und
- 6 - Rechtsschutzmöglichkeiten für beide Seiten regeln.
- 7 *Begründung:*
- 8 In vielen Unternehmen ist es fast nicht mehr möglich, ein kommunalpolitisches Mandat zu
- 9 übernehmen, ohne dabei persönlich schlechter gestellt zu werden. Auch in den öffentlichen
- 10 Verwaltungen ist dies mittlerweile ein großes Problem geworden.
- 11 Die Übernahme eines politischen Ehrenamtes ist im Moment wenig attraktiv. Zum einen
- 12 herrscht eine hohe Politikverdrossenheit, aber es gibt auch sehr viele Nachteile im beruflichen
- 13 und im privaten Leben.
- 14 Es ist sehr zeitaufwendig und insbesondere in größeren Städten mit jeder Menge Sitzungen und
- 15 Terminen verbunden. Wenn aber mittlerweile nicht einmal mehr die Freistellung bei
- 16 öffentlichen Verwaltungen funktioniert, wie soll es dann überhaupt in der privaten Wirtschaft
- 17 möglich sein?
- 18 Empfehlung der Antragskommission:
- 19 Annahme

## 13 Ehrenamt – Ehrenamtgesetz

Antragsteller\*innen: Ortsverein Groß-Buchholz

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag Hannover zum Beschluss, SPD-Landesparteitag Niedersachsen zum Beschluss, SPD-Landtagsfraktion zur Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass für die vielen Ehrenamtlichen in
- 2 Niedersachsen ein Schutzvorschrift ähnlich wie im Personalvertretungsgesetz geschaffen wird.
- 3 In der Vorschrift soll definiert und folgendes geklärt werden:
- 4 - Geltungsbereich
- 5 - Freistellung
- 6 - Kündigungsschutz
- 7 - Ausgleich für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber
- 8 - Absicherung der Sozial- und Rentenbeiträge
- 9 - Weitere Rechtsschutzmöglichkeiten
- 10 - Freistellung
- 11 - Strafe für Zuwiderhandlungen
- 12 *Begründung:*
- 13 Der Staat bedient sich in vielen Bereichen des Ehrenamtes. Zum Teil sind bestimmte Bereiche
- 14 sogar gesetzlich vorgesehen, wie bei den Freiwilligen Feuerwehren oder Elternvertretungen.
- 15 Wenn der Staat es nicht schafft, seine Aufgabe selber zu erfüllen, und dann auf das Ehrenamt
- 16 zurückgreift, dann hat er auch dafür zu sorgen, dass diese Menschen auch ausreichend gefördert
- 17 und geschützt werden.
- 18 Empfehlung der Antragskommission:
- 19 Annahme

# J1 Für eine umfassende (Gesundheits-) Politik der sexuellen Selbstbestimmung

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Das derzeitige Gesundheitssystem beschränkt Frauen in ihrem Recht auf körperliche Integrität,  
2 Autonomie und selbstbestimmte Familienplanung. Frauen in Deutschland sehen sich im Falle  
3 einer ungewollten Schwangerschaft nicht nur mit einer gesetzlichen Austragungspflicht  
4 konfrontiert, sondern zugleich auch mit vielerlei Einschränkungen und Verboten, die den Frauen  
5 nicht nur die ohnehin schwierige Entscheidung erschweren, sondern auch ihre Gesundheit  
6 gefährden. Damit wird Frauen das Recht auf eine eigenständige Entscheidung genommen und  
7 zugleich die Fähigkeit, diese zu treffen, abgesprochen.
- 8 Dabei ist der Paragraph 218 ein historisches Relikt. Er besteht seit 1872, wurde 1933 wieder  
9 eingeführt und ist bis heute erhalten geblieben. Auch nach der Wiedervereinigung wurde die  
10 Chance nicht genutzt, das weitaus fortschrittlichere Abtreibungsrecht der DDR (in den ersten  
11 drei Monaten konnte eine Abtreibung ohne Pflichtberatung erfolgen) zu übernehmen.
- 12 Aber nicht nur die rechtliche Lage, sondern auch die medizinische Infrastruktur erschwert es  
13 Frauen, eigenständig über ihren Körper zu entscheiden. So ist es im ländlichen Raum zunehmend  
14 schwierig, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, da immer weniger Kliniken  
15 und Praxen diesen anbieten. Kliniken in katholischer Trägerschaft führen grundsätzlich keine  
16 Schwangerschaftsabbrüche durch und auch das medizinische Personal kann ohne Angaben von  
17 Gründen die Durchführung oder Beteiligung an einem Schwangerschaftsabbruch verweigern.  
18 Da ein Schwangerschaftsabbruch in der gynäkologischen Ausbildung konsequent nicht  
19 thematisiert wird und zudem nach wie vor grundsätzlich kriminalisiert ist, finden sich immer  
20 weniger Ärzt\*innen, die hierzu noch bereit bzw. in der Lage sind und diesen Eingriff vornehmen.
- 21 Neben der medizinischen Infrastruktur muss auch die Kostenübernahme durch die  
22 Krankenkassen geändert werden, um dem Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung zu  
23 entsprechen. So sollen gesetzliche und private Krankenkassen zukünftig alle  
24 Schwangerschaftsabbrüche bezahlen und nicht zwischen welchen ohne und mit medizinischer  
25 oder kriminologischer Indikation unterscheiden. Frauen haben das Recht, diesen Eingriff auf  
26 eigenen Wunsch vorzunehmen, und sollten in dieser ohnehin nicht einfache Situation nicht auch  
27 noch dazu gezwungen werden, ihre Einkommensverhältnisse offenzulegen bzw. die Kosten von  
28 je nach Eingriff oder Praxis zwischen 300 und 600 Euro selbst zu tragen.
- 29 Zum Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gehört neben dem Recht auf einen  
30 Schwangerschaftsabbruch auch das Recht auf Unterstützung bei der Entscheidung für ein Kind.  
31 Frauen muss es in unserer Gesellschaft ermöglicht werden, die eigene Lebensplanung trotz eines  
32 Kindes weiter verfolgen zu können. Frauen unterliegen in unserem Gesundheitssystem noch  
33 immer strukturellen Benachteiligungen und Kontrollen, die ihren Ursprung in einer männlich  
34 dominierten Gesellschaft haben und diese weiter stärken. Gesellschaftliche Diskussionen, wie  
35 die um den Paragraphen 219a, zeigen deutlich, dass Frauen das Recht auf eine eigenständige

- 36 Entscheidung über ihren Körper von Teilen der Gesellschaft noch immer abgesprochen wird. Um  
37 das Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung zu stärken, fordern wir deshalb:
- 38 - Den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.
- 39 - Den Paragraphen 218 durch eine im Sozialgesetz verankerte Fristenlösung zu ersetzen.
- 40 - Die Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung für die Durchführung von  
41 Schwangerschaftsabbrüchen sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum durch den Staat  
42 sicherzustellen.
- 43 - Abtreibung als verpflichtender Bestandteil in die gynäkologische Facharztausbildung  
44 einzubinden.
- 45 - Die verpflichtende Kostenübernahme für den Eingriff und die mit dem Eingriff verbundenen  
46 Aufwendungen durch die Krankenkassen.
- 47 - Die Kostenübernahme für Verhütungsmittel sowie die Tests für sexuell übertragbare  
48 Krankheiten, damit die sexuelle Selbstbestimmung nicht von den finanziellen Mitteln abhängig  
49 ist.
- 50 - Soziale und ökonomische staatliche Unterstützung und die notwendige Infrastruktur für alle,  
51 die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten können.
- 52 *Begründung:*
- 53 Erfolgt mündlich.
- 54 Empfehlung der Antragskommission:
- 55 Annahme

## J2 Verpflichtende Kostenübernahme durch gesetzliche und private Krankenkassen

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

1 Die Jusos Region Hannover mögen beschließen, dass Schwangerschaftsabbrüche ohne  
2 medizinische Indikation voll von gesetzlichen und privaten Krankenkassen bezahlt werden, wie  
3 es bereits bei Schwangerschaftsabbrüchen mit medizinischer oder kriminologischer Indikation  
4 der Fall ist. Sobald es eine Bürger\*innenversicherung gibt, soll dieses ebenfalls von dieser bezahlt  
5 werden.

6 *Begründung:*

7 Zurzeit bezahlen die gesetzliche und private Krankenkasse ausschließlich die verpflichtenden  
8 Beratungsgespräche, Heilmittel und bei eventuellen Komplikationen durch den Abbruch. Die  
9 eigentlichen Kosten sind von der Versicherten selbst zu tragen.

10 Bei geringen Einkommen unter 1075 Euro netto kann eine Kostenübernahme bei der jeweiligen  
11 Krankenkasse gestellt werden. Hier müssen Vermögens- und Einkommensverhältnisse  
12 offengelegt werden, es darf kein kurzfristig verfügbares Vermögen vorhanden sein. Liegt das  
13 Einkommen über dem festgelegten Grenzen müssen die Kosten von je nach Eingriff bis zu 800  
14 Euro selbst getragen werden.

15 Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung gehört zu den Grundpfeilern des Feminismus. Von  
16 einer Frau, die eine Schwangerschaft abbrechen möchte zu verlangen, dass sie ihre finanzielle  
17 Situation offenlegt und unter Umständen eine hohe finanzielle Belastung eingehen muss, steht  
18 diesem körperlichen Selbstbestimmungsrecht entgegen. Ein Schwangerschaftsabbruch muss  
19 als eine 20 medizinische Leistung akzeptiert werden und ebenso behandelt werden.

20 Empfehlung der Antragskommission:

21 Annahme in geänderter Fassung:

22 Die Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass Schwangerschaftsabbrüche ohne  
23 medizinische Indikation voll von gesetzlichen und privaten Krankenkassen bezahlt werden, wie  
24 es bereits bei Schwangerschaftsabbrüchen mit medizinischer oder kriminologischer Indikation  
25 der Fall ist. Sobald es eine Bürger\*innenversicherung gibt, soll dieses ebenfalls von dieser bezahlt  
26 werden.

## J3 Verpflegungsdesaster in Krankenhäusern

Antragsteller\*innen: Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion, Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Wir fordern eine deutliche Verbesserung der Verpflegung in Krankenhäusern, Altenheimen und
- 2 sonstigen Kliniken. Die Qualität der Speisen ist, BESONDERS im Gesundheitswesen, ein
- 3 essentieller Punkt, welcher angegangen werden muss.
  
- 4 Durch lange Garzeiten und die Vereinfachung der Hygieneprozesse im Bereich der
- 5 Lebensmittelzubereitung verschwindet ein Großteil der Vitamine im Essen. Eingefahrene
- 6 Hygieneprozesse, welche unter wirtschaftlichem Zeitdruck erfüllt werden müssen, sind nicht
- 7 mehr mit der Qualität zu vereinbaren, welche die Genesung kranker Menschen unterstützt. Die
- 8 fehlenden Vitamine machen das Essen im Gesundheitsbereich nicht zu einem qualitativen
- 9 Produkt, sondern stellen die Würde kranker Menschen in Frage. Der Kostendruck der
- 10 Großküchen lässt eine auf den Patienten angepasste und genesungsfördernde Ernährung nicht
- 11 zu.
  
- 12 Utopisch ist nicht nur das Abkochen des Essens bis zur Sterilität, sondern auch die Energie,
- 13 welche mit dem sogenannten „Cook&Chill“-Verfahren eingesetzt wird. In vielen
- 14 Arbeitsschritten wird das Essen erst gekocht, um es dann direkt wieder abzukühlen. Da die
- 15 Großküche in Empelde nur an drei Tagen in Betrieb ist und nahezu alle Krankenhäuser der KRH
- 16 damit versorgt werden, stehen die zubereiteten Speisen einerseits lange im Kühlhaus,
- 17 andererseits können sich trotz der Kühlung Keime über einen längeren Zeitraum verbreiten.
  
- 18 Eine Gesellschaft, welche im privaten Leben immer mehr auf gesunde Ernährung und
- 19 vitaminreiche Lebensmittel achtet, steht in deutlichem Widerspruch zur erhaltenen Leistung in
- 20 den Krankenhäusern.
  
- 21 Empfehlung der Antragskommission:
- 22 Annahme in geänderter Fassung:
- 23 Verpflegungsdesaster in den Krankenhäusern, Kitas und Schulen
  
- 24 Wir fordern eine deutliche Verbesserung der Verpflegung in Krankenhäusern, Altenheimen,
- 25 Kitas, Schulen und sonstigen Kliniken.
  
- 26 Hinweis der Antragskommission: Der restliche Antragstext der Antragstellerin dient als
- 27 Begründung bei der Fassung der Antragskommission.

## S1 Satzungsänderungsantrag

Antragssteller\*innen: Unterbezirksvorstand

Weiterleitung an:

Abstimmungsergebnis:       Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an:

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass Ehrenmitglieder in beratender Funktion ohne
- 2 Stimmrecht Mitglieder des Unterbezirksvorstandes sind. Dazu ist der § 9 (Absatz 2) des
- 3 Unterbezirksstatuts wie folgt zu ändern:
- 4 2. An den Sitzungen des Unterbezirksvorstandes nehmen beratend teil:
- 5 a) die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Unterbezirksbeirates und deren bzw. dessen
- 6 Stellvertreter oder Stellvertreterin.
- 7 b) die Revisorinnen/Revisoren
- 8 c) die im Bereich des Unterbezirks gewählten Mitglieder der Europa-, Bundestags- und
- 9 Landtagsfraktion
- 10 d) die / der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion in der Regionsversammlung
- 11 e) der Regionspräsident/die Regionspräsidentin, sofern er / sie Mitglied der SPD ist
- 12 f) der / die Vorsitzende des Stadtverbandes Hannover
- 13 g) je ein/e Vertreter/in der Arbeitsgemeinschaften und der vom Unterbezirksvorstand
- 14 eingerichteten Projektgruppen.
- 15 h) Ehrenmitglieder des SPD-Unterbezirks Region Hannover
- 16 Empfehlung der Antragskommission:
- 17 Erfolgt auf dem Parteitag.